

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestimmungsliste. Unter Anzeigeband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. täglich.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zuzüglich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schiffsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Koloniale Dreadnoughts.

Der Versuch der englischen Imperialisten, die Tochterstaaten mit in den wilden Strudel des Rüstungswahns zu ziehen, hat nicht den erwarteten Erfolg gezeitigt. Die liberale Mehrheit des kanadischen Senats hat die Vorlage, nach der Kanada dem Mutterlande 3 Dreadnoughts schenken sollte, verworfen und die konservative Regierung muß jetzt, um den Plan ausführen zu können, an das Land appellieren, das die Rüstungsfragen in zwei sich heftig bekämpfende Lager gespalten hat. Das geplante Geschenk hat es übrigens fertig gebracht, daß der alte Riß zwischen den französischen und englischen Kanadiern, den zwei Generationen umsichtiger Staatsmänner fast zu beseitigen verstanden hatten, wieder neu angefaßt worden ist. Alles dies hat unter den englischen Imperialisten eine tiefe Verstimmlung hervorgerufen. Doch von der Dreadnoughtberlegenheit hat man sich bald erholt. Wenn Kanada die drei Schiffe nicht baut, muß sie eben England bauen. Das ist heute die Forderung der englischen Rüstungsschwärmer, die sich auf den Marineminister berufen, der noch am 31. März dieses Jahres im Parlament erklärte:

„Ich muß wiederholen, daß die kanadischen Schiffe unbedingt notwendig sind für die ganze Weltverteidigung des britischen Reiches vom Ende des Jahres 1915 oder vom Anfang des Jahres 1916 an. . . Erhalten wir sie nicht, so wird eine Lücke entstehen, die durch weitere Opfer, die von anderen ohne unnötigen Aufschub gebracht werden müssen, gefüllt werden muß.“

Herr Churchill ist den Leuten, die keine Gelegenheit verstreichen lassen, um bewußt oder unbewußt für die Rüstungsfabrikanten Reklame zu machen, auch schon auf halbem Wege entgegengekommen. Er hat den Befehl gegeben, den Bau von drei Dreadnoughts des diesjährigen Programms um neun Monate zu beschleunigen. Da diese drei Schiffe privaten Werften zum Bau anvertraut worden sind, ist zu hoffen, daß der Appetit des Rüstungskapitals nun auf einige Zeit gestillt ist. Doch darf man nicht vergessen, daß die kanadischen Dreadnoughts sämtlich in England gebaut werden sollten, daß sich deshalb das englische Rüstungskapital schon auf den Bau der Schiffe eingerichtet hat und mit dem Auftrag rechnet. Herr Churchill hat schon A gesagt und er wird jedenfalls auch noch B sagen müssen, dafür wird schon die wieder heftig einsetzende Rüstungspropaganda der konservativen Presse sorgen. Die liberale Presse warnt die Regierung vor einer Flottenpolitik, die das mit Deutschland in dieser Frage angebahnte Einverständnis über den Haufen werfen würde. Doch die „Times“ meinen heute, daß man in gut unterrichteten Kreisen Deutschlands die englische Flottenpolitik schon verstehen werde und daß kein Wieder-ausleben des alten Streits zu erwarten sei.

Wir würden bei dieser heißen Frage nicht verweilen, wenn nicht die letzte Phase der englischen Rüstungspolitik so recht drastisch zeigte, wie hoch die Argumente sind, mit denen die Rüstungsschwärmer — und zwar nicht nur in England — ihre Forderungen zu begründen belieben. Vor etlichen Jahren lang das Argument noch plausibel. England mußte rüsten, so hieß es, weil die Deutschen fest entschlossen seien, in England einzufallen. Nun hat man diesen Wopanz langsam seit der deutsch-englischen Annäherung in die Verlesung verschwinden lassen, ohne jedoch ein neues Schreckgespenst erfunden zu haben. Man sollte glauben, daß mit zunehmender Entspannung auch eine Verlangsamung des Rüstungstempos eintreten könnte. Denn wenn nicht das Aufrüsten Selbstzweck sein soll, muß es sich doch nach der auswärtigen Situation richten. Doch über diesen kleinen Mangel hat man sich mit einer Phrasie hinweggeholfen. Heute ist es die „whole-world defence“ (die Weltverteidigung) des britischen Reiches, die die Vermehrung der Flotte über das Verhältnis 16 zu 10 hinaus gebieterisch erfordert. Was die Worte eigentlich bedeuten sollen, hat noch niemand erklärt; doch die ganze Presselemente des Marinismus wird nicht müde, den Ausdruck immerfort zu wiederholen. Göbe man ihm einen bestimmten Sinn, so könnte man auf eine Absicht der englischen Regierung schließen, in der ganzen Welt den Raufbold zu spielen und gegen alle Folgen einer derartigen Politik gewappnet zu sein. Aber an eine solche auswärtige Politik denkt in England kein Mensch außerhalb des Herrenhauses. In Wirklichkeit ist die „whole-world defence“ nichts anderes als eine bequeme dehnbare Formel, die sich mit Leichtfertigkeit allen Wünschen der Rüstungsfabrikanten und allen Träumen der Militärs anpaßt.

Die einzige Kolonie, die den Forderungen der englischen Imperialisten in der Rüstungsfrage vollkommen nachgekommen ist, ist Neuseeland. Dieser Tochterstaat hat der englischen Flotte einen Schlachtkreuzer geliefert, zu dessen Herstellung sich die Neuseeländer das Geld in England borgen mußten. Das große Kriegsschiff fährt augenblicklich von einem Hafen Neuseelands zum anderen, um das patriotische Gefühl der Neuseeländer zu pflegen. Aber wie aus Berichten, die hier einlaufen, hervorgeht, haben die Bewohner von „Gottes eigenem Lande“ ihren jungen Militarismus und Marinismus schon herzlich satt. Diese führen in dem jungen Staate zu denselben Folgeerscheinungen wie in der

alten Welt. Der Genosse Bloodworth hat dem „Clarion“ einen Brief aus Auckland geschickt, in dem er die wirtschaftliche und soziale Not des Landes mit der Rüstungspolitik der neuseeländischen Regierung in Verbindung bringt. Er zitiert den Bericht der Schulinspektoren des Bezirks Auckland, in dem die Ueberarbeitung der kleinen Kinder der Farmer lebhaft bedauert wird. Die Inspektoren erwähnen dort, daß die Schulkinder wegen der harten Arbeit, die sie vor und nach der Schule verrichten müssen, frühzeitig zu „kleinen müden Männern und Frauen“ würden. Der Genosse schreibt dazu:

„Die Kuh ist das heilige Tier in diesem Landesteil. Auf der Prosperität der Molkereindustrie beruht in großem Maße die Prosperität der ganzen Nordinsel. Gätten wir das Geld, das uns der Dreadnought gekostet hat, dazu verwenden, Wege und Schulen zu bauen; wären unsere zwei Millionen Pfund dazu gebraucht worden, die Farmer von der Schuldenlast zu befreien oder ihnen die neuesten Maschinen für ihren Betrieb zur Verfügung zu stellen, dann wäre es nicht notwendig gewesen, Reichtum aus dem Lebensblut kleiner Kinder zu pressen. Die schlimmsten Schreden zu Anfang der Industriezeit übertrafen diese Zustände nicht. . . In diesem Lande hört man allgemein, daß es nutzlos ist, auf Land zu gehen, wenn einer nicht eine starke Frau und eine Familie von Kindern hat. Und warum? Weil die Landmonopolisten und Landagenten den kleinen Ansiedler in ihren Klauen haben. Die Zinsen, die er für das geborgte Geld zahlen muß, belasten ihn so schwer und die Anschaffung von Maschinen ist so kostspielig, daß er es nicht erkschwigen kann, für Lohnarbeit auf seinem Gute zu bezahlen; er wird dazu getrieben, sein eigenes Fleisch und Blut zu Sklaven zu machen. Und die Regierung, die oft mit sehr übertriebener Melasse den Ansiedler aus weit entfernten Ländern hierher lockt und die in vielen Fällen der Landeigentümer und Geldleiher des Ansiedlers ist, nimmt den Ertrag seiner Arbeit und der Arbeit seiner Frau und Kinder und verdenkt ihn in Kriegsschiffen und Gewehren oder in Flaggen, mit dem sie die Straßen schmückt, wenn das Schlachtschiff im Hafen einläuft.“

Derselbe Protestruf klingt aus einem Briefe, den der Schriftsteller Israel Jangwill von einer befreundeten Dame aus Christchurch in Neuseeland erhalten hat. Dort heißt es:

„Die Ausgaben für Kriegszwecke übersteigen jetzt unsere Ausgaben für Erziehungszwecke und es scheint, als ob das Militär unsere Schulen erobern wird. . . Freiplätze in höheren oder technischen Schulen können jetzt nur die erhalten, die ihre militärische Pflicht getan haben. Ueberall kommt die gepanzerte Faust zum Vorschein. Das Gesetz macht auch den militärischen Dienst zur Grundlage des Staatsbürgerturns. Unsere Burschen, die sich weigern, diese Pflicht zu leisten, verlieren ihre Bürgerrechte. Die Frauen, die keinen militärischen Dienst tun müssen, sind daher wohl berechtigt, anzunehmen, daß sich der Militarismus in einer nicht fernen Zeit bemühen wird, ihnen das Wahlrecht zu nehmen.“

Ueberall dasselbe Bild! Militarismus und Marinismus bringen dem Volke Not und Barbarei selbst in den jungen Ländern, wo die Menge der noch ungeborenen Naturschätze dem Menschen ein leichteres Fortkommen sichern sollte.

Freisinniger Sieg in Berlin 12.

Bei der Stichwahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis hat der freisinnige Kandidat Pastor Dr. Runze den Sieg über den sozialdemokratischen Gegenkandidaten Eugen Ernst davongetragen. Im ganzen wurden 697 Stimmen abgegeben, so daß die absolute Mehrheit 349 Stimmen betrug. Von den 697 Stimmen haben erhalten:

Runze (Freisinnige Volkspartei) 365 Stimmen.
 Eugen Ernst (Sozialdemokrat) 332 Stimmen.
 Am 3. Juni waren auf Ernst 332 Stimmen gefallen, während Runze 343 Stimmen erhalten hatte und für den konservativen Kandidaten Ulrich 37 Stimmen abgegeben worden waren.

Von den 37 konservativen Wahlmännern haben nach uns gewordener Mitteilung nicht weniger als 28 ihre Stimme für den fortschrittlichen Kandidaten abgegeben.

Den Rat der ultramontanen „Schleisschen Volksztg.“ aus Rache für Barnim für den Sozialdemokraten zu stimmen, hat, wie ja auch zu erwarten war, kein einziger der konservativen Wahlmänner befolgt. Die Konservativen haben trotz aller Drohungen und wilden Gebärden feurige Kohlen auf das Haupt der Freisinnigen gesammelt.

Die Sozialdemokratie hat denn auch nach dem Ausfall der Hauptwahl vom 3. Juni nicht mehr auf die Eroberung des Wahlkreises gerechnet. Daß aber die Hauptwahl vom 3. Juni so ungünstig für die Sozialdemokratie ausfiel, liegt zum großen Teil an der Zusammensetzung der Wählerschaft des Wahlkreises. Da ein sehr großer Teil der Wähler aus Beamten besteht, war es für die bürgerlichen Parteien möglich, die Wählerreferenzen, die beim ersten Wahlgang — zum Teil vielleicht geflüstert — sich der Abstimmung enthalten hatten, bis zum letzten Mann gegen die Sozialdemokratie heranzuziehen.

Zimmerhin ist auch der Ausfall der Wahl in Moabit ein Beweis für das unaufhaltbare Vordringen der Sozialdemokratie, das Gewähr dafür bietet, daß das nächste Mal der Kreis für die Sozialdemokratie erobert werden wird, selbst wenn dann noch, was freilich als ausgeschlossen gelten kann, die öffentliche Abstimmung bestände.

Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission.

In der Montagssitzung wurde die Beratung des Wehrbeitrags fortgesetzt. Dauernde Rügungen (z. B. die Einkommen aus den Bergwerksteuern) sind mit dem 25fachen Betrage der jährlichen Einnahme zu veranschlagen. Die Sozialdemokraten betonten, daß solche Einkommen eigentlich noch höher veranlagt werden müßten. Der Wert von Renten oder anderen auf die Lebenszeit einer Person beschränkten Rügungen und Leistungen wird nach dem Lebensalter bestimmt. Als Wert wird angenommen bei einem Alter von 1 bis 15 Jahren das 18fache, von 15 bis 25 Jahren das 17fache der jährlichen Rente; bei einem Alter von 75 bis 80 Jahren noch nur das dreifache. Im Entwurf wird bestimmt, daß eine Erklärung über das Vermögen abgegeben muß, wer ein Vermögen von mehr als 10 000 M. besitzt. Die Konservativen wünschten, daß diese Erklärung erst bei einem Vermögen von 50 000 M. abgegeben werden soll. Die Sozialdemokraten traten für die Regierungsforderung ein, die von bürgerlicher Seite angefochten wird. Es kämen über 11 Millionen Personen in Betracht, die zwischen 10—50 000 M. Vermögen hätten; die Veranlagungsarbeit würde eine ungemein schwere werden. Die Volksparteiler wünschten die Erklärungspflicht bei 10 000 M. beginnen zu lassen. Die Nationalliberalen beantragten, diese Pflicht erst bei 25 000 M. beginnen zu lassen; falls aber ein Einkommen von 5000 M. vorhanden sei, solle die Deklarationspflicht schon bei 10 000 M. beginnen. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Zustimmung zum nationalliberalen Antrag ausgesprochen, während die Konservativen ihre endgültige Stellungnahme sich vorbehalten. Unsere Genossen und die Volksparteiler forderten, daß Bestimmungen darüber getroffen werden, die den Beitragspflichtigen auch die Erklärungspflicht über ihr Vermögen und Einkommen auferlegt. Der nationalliberale Antrag wurde gegen die konservativen Stimmen und ein paar Stimmen des Zentrums angenommen, der konservativ Antrag fand Ablehnung.

Nach § 44 des Entwurfs sind die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet, den Veranlagungsbehörden Auskunft über die Vermögensverhältnisse der Beitragspflichtigen zu geben. Unsere Genossen forderten, daß diese Pflicht der Auskunfterteilung auch auf

Banken, Bankiers, Sparbanken

und andere Anstalten ausgedehnt wird. Die Nationalliberalen befürchten eine starke Abwanderung des Kapitals nach fremden Banken, falls die sozialdemokratische Forderung Befestigung erlangt. Das Zentrum erklärte, daß es vorläufig den sozialdemokratischen Antrag ablehne, aber je nach der Gestaltung der Strafbestimmungen bereit sei, für ihn zu stimmen. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde der Antrag abgelehnt. Der Beitragspflichtige kann angehalten werden, eidesstattliche Versicherungen über sein Vermögen abzugeben. Im Weigerungsfalle kann eine Geldstrafe bis 500 M. verhängt werden. Diese Strafe kann wiederholt werden, bis die Erklärung abgegeben wird. Diese Strafbestimmung wird als unzulänglich bezeichnet, denn das Gesetz dauert nur vier Jahre. Ein reicher Mann kann die Abgabe der Erklärung während der vier Jahre durch Auslandsreisen verzögern; er zahlt dann lediglich — selbst wenn er zehnmal bestraft würde — nur wenige tausend Mark Strafe. Dagegen wurde ausgeführt, daß die Veranlagungskommission einen solch renitenten Beitragspflichtigen einfach einschließen kann und daß diese Einschließung gültig sei, wenn der Beitragspflichtige sich nicht rechtzeitig in vorgeschriebener Weise erklärt hat.

Nach dem Entwurf soll der Wehrbeitrag zur Hälfte binnen Monatsfrist nach Zustellung des Veranlagungsbescheides bezahlt werden, die andere Hälfte bis spätestens 31. März 1915. Das Zentrum forderte drei Zahlungstermine, der letzte soll der 31. März 1916 sein. Auch nach dem Entwurf kann der Wehrbeitrag bis auf drei Jahre gestundet, ferner auch die Teilzahlung gestattet werden. Die Stundung ist dann von einer Sicherheitsleistung abhängig. Der Zentrumsantrag wurde angenommen. Beitragspflichtige, die wissenschaftliche Angaben machen, können mit dem 25fachen Betrage bestraft werden. Das Zentrum fordert, daß neben der Geldstrafe auch auf

Gefängnis bis sechs Monate

und zeitweiliger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen sei, falls der hinterzogene Betrag mindestens 300 M. ausmacht. Unsere Genossen betonten ihr Einverständnis mit dieser Forderung, die von der Regierung bekämpft wurde, speziell soweit die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte in Frage kommt. Die Volksparteiler forderten, statt 300 M. 10 Proz. zu sagen und bekämpften neben den Nationalliberalen die Aberkennung der Ehrenrechte. Mit der von den Volksparteilern beantragten Änderung wurde der Zentrumsantrag gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen angenommen; gegen den volksparteilichen Antrag stimmten unsere Genossen.

Sodann wurde die Frage lebhaft debattiert, was mit einem etwaigen Ueberschuß aus dem Wehrbeitrag gemacht werden soll. Unsere Genossen wünschten die Verwendung für sozialpolitische Zwecke, der Abg. Behrens für die Veteranen und für Wohnungszwecke, das Zentrum will den Ueberschuß zur Schuldentilgung verwenden, während die Volksparteiler wünschen, falls der Ueberschuß mehr als zwei vom Hundert beträgt, er den Wehrbeitragspflichtigen wieder zurückgezahlt werden soll. Schayesfreidrich sprach sich für den Zentrumsantrag aus, unannehmbar sei der volksparteiliche Antrag, der eine ungemein zeitraubende und teure Berechnung erfordern würde. Abg. Behrens ist der Meinung, die beste Verwendung eines Ueberschusses wäre, ihn dem

Reichskriegesrat zuzuführen. Die Konservativen sprachen sich für den vollparteilichen Antrag aus. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, ebenso der Antrag Behrens gegen die Stimmen unserer Genossen und des Antragstellers, der vollparteiliche Antrag gegen die vollparteilichen und konservativen Stimmen; angenommen wurde der Zentrumsantrag gegen die sozialdemokratischen und vollparteilichen Stimmen, sowie der Stimme des Nationalliberalen Roland-Büde. Das Zentrum forderte weiter, daß das Gesetz über den Wehrbeitrag durch kaiserliche Verordnung auch auf die Schutzgebiete ausgedehnt werden solle. In einzelnen Schutzgebieten wohnen reiche Leute, die sehr wohl zahlen können; so in Miantshou ein Duzend ehemaliger chinesischer Biskönlige, in anderen Gebieten abgesetzte Sultane, die alle sehr reich seien. Mit großer Mehrheit wurde der Zentrumsantrag angenommen, gegen den Staatssekretär Soli sich aussprach. Damit ist die erste Lesung des Wehrbeitrags beendet.

In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte verlangten unsere Genossen, daß ein Sitzungstages freier Tag eingeschoben werde, um den Fraktionen Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Die Sozialdemokratie behalte sich ihre Entscheidung über die weiteren geschäftlichen Dispositionen vor. Gegen den Sitzungsfreien Tag wandten sich die bürgerlichen Parteien, am Dienstag soll das Erbrecht des Reichs auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Konservativen wünschen vor der Erledigung der zweiten Lesung des Wehrbeitrags die erste Lesung des Besitzsteuergesetzes, von dessen Gestaltung die des Wehrbeitrags abhängig sein wird. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß die Kommissionsmitglieder derart mit Sitzungen und Arbeit überlastet sind, daß unmöglich in diesem Tempo weiter gearbeitet werden kann; vor allem muß die Sitzungsdauer sowohl in der Kommission wie im Plenum herabgemindert werden. Die Kommission beschloß, Dienstag in die Beratung des Erbrechts des Reichs einzutreten.

Zentrum, Konservative und kaiserlicher Statthalter.

In der reichsländischen Zentrumspresse mehren sich die Stimmen, die den Rücktritt des kaiserlichen Statthalters von Elsaß-Lothringen, Grafen von Wedel, verlangen. Zwar wird zugleich dem Staatssekretär Freiherrn Jörn von Dulaß, dem Schloßhauptmann der Hofkönigsburg, der Marsch gebilligt, doch ist in den Tönen ein merklicher Unterschied. Die in Straßburg aus dem Schoße der Zentrumsfraktion des Landtages gespeiste Gutaforspendenz betont ausdrücklich, daß nach dem Gesetze Graf Wedel die verantwortliche Stelle in Elsaß-Lothringen ist und daß es sich in erster Linie um ihn handeln müsse, wenn von Rücktritt die Rede ist. Auf konservativer Seite in Berlin wisse man ganz genau, was von den Versicherungen zu halten ist, Graf Wedel werde bleiben. Diefershalb sei auch neuerlich konservativerseits aus Berlin gemeldet worden, Graf Wedels Stunde habe geschlagen, dagegen werde Freiherr Jörn von Dulaß im Amte bleiben, denn — für den gegenwärtigen Staatssekretär in Elsaß-Lothringen habe man im Lager der preussischen Konservativen immer noch eine kleine Schwäche von der Zeit her, da Freiherr Jörn v. Dulaß als elsässischer Reichstagsabgeordneter der Hospitant der konservativen Reichstagsfraktion war.

Es geht also bei den Hauswörtern, die sich auch in dieser Frage eine rührende Treue bewahren, um den kaiserlichen Statthalter selbst, wie dies schon vor Beginn der diesjährigen reichsländischen Landtagssession, in einer auch an dieser Stelle gewürdigten, auffällig pointierten Neujahrsbetragung der „Kölnischen Volkszeitung“ über Dinge und Personen in Elsaß-Lothringen, mit aller Deutlichkeit gesagt worden war. Im „Vorwärts“ wurde schon damals darauf hingewiesen, daß der tiefere Grund der Zentrumsfeindschaft gegen den Statthalter Wilhelms II. in Elsaß-Lothringen nicht die vorgeschickte mangelnde Rücksicht auf die Volksforderungen und Volkswünsche im Lande, sei, sondern die fatale Tatsache, daß Graf von Wedel mit einer gewissen Konsequenz darauf ausgeht, das traditionell — willkürlich mit gänzlich untauglichen Mitteln — versuchte Werk der monarchisch-germanisatorischen Eroberung in den 1871 gewonnenen Provinzen, gestützt auf den Protestantismus und erforderlichenfalls gegen das nationalitätlich verfeindete reichsländische Zentrum, durchzuführen. Wenn das Zentrum feht die unglückliche Dummheit der neuen Ausnahmefesetzworschläge für Elsaß-Lothringen zum Anlaß nimmt, um den Rücktritt des Grafen von Wedel zu fordern, so ist ihm entgegenzuhalten, daß das reichsländische Zentrum bis in seine nationalitätliche Verzweigungen hinein mit dem ehemaligen harten Manne Elsaß-Lothringens, dem Herrn Ernst Rathias von Kölller, trotz seiner brutalen Gewaltpolitik persönlich ganz vortrefflich auskam, dertari, daß man heute noch von Zeit zu Zeit selbst in Wetterlés „Kouelliste“ wehmütige Müßblide auf jene Zeit vorfindet, — warum? Weil der dommerische Jurker in seinem groben Klasseninstinkt über die nationalen Gegensätze hinweg den Weg gefunden hatte zu dem mit Recht sogenannten Rotabelnregiment, zu der Hintertreppengregierung der ob protestantischen oder katholischen, ob altheutisch-gouvernementalen oder französisch-nationalitätlichen Großbourgeoisie im Lande. Dieser Hintertreppengregierung hat Graf von Wedel, der sein eigener Minister ist, seit seinem Erscheinen im Lande in der alten Form, und man kann wohl sagen, im wesentlichen ein Ende gemacht, während der nominelle Staatssekretär Freiherr Jörn von Dulaß dazu gelegentlich immer noch gerne die Hand bietet. Daher der Unterschied in der Behandlung der beiden seitens des Zentrums.

Warum das reichsländische Zentrum im Augenblick wieder so furchtbar aufgebracht ist gegen den Statthalter von Wedel, das ist das Scheltern der Behaltzulagen für die Geistlichen in der Ersten Kammer, eine Ablehnung, die durch die Haltung der Regierung herbeigeführt wurde und die vom Zentrum auf den Willen des Statthalters zurückgeführt wird. Diese Zulagen waren von der kerikalen Mehrheit der Zweiten Kammer in die Regierungsvorlage über Bewährung von Teuerungszulagen an Beamte und Lehrer gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Fortschrittler und gegen den Widerspruch der Regierung aufgenommen worden, — ein Widerspruch, der sich auf das gänzliche Fehlen von Deckungsvorschlägen für diese auf über 370 000 M. geschätzte Jahresausgabe stützte. Ein sozialdemokratischer Deckungsvorschlag, die Ausgabe für diese Erhöhung des Ausgabebudgets auf dem Wege kirchlicher Umlagen von den verschiedenen Konfessionsangehörigen zu erheben und zugleich endlich die Frage des Austritts aus den Religionsgemeinschaften gesetzlich zu regeln, war von der kerikalen Mehrheit der Zweiten Kammer glatt abgelehnt worden. Angesichts der Deckungsschwierigkeit nun, da auch das Zentrum davor zurückschreckte, eine dauernde Jahresausgabe auf Anleihe zu nehmen, kam die kerikale Gruppe in der Ersten Kammer auf den genialen Einfall, die Teuerungszulagen für die Beamten und die Lehrer einfach abzuschneiden und solche Zulagen nur für die Geistlichen zu bewilligen, obwohl die Geistlichen in Elsaß-Lothringen erst vor drei Jahren eine Gehaltserhöhung bekommen haben und die neue Besoldungsordnung für Beamte und Lehrer erst für den 1. April d. J. in Kraft treten soll und obwohl diese neue Besoldungs-

regelung den nichtetatmäßigen Beamten und Lehrern gar nichts bringt, worfür die auf den 1. Oktober 1912 zurückgreifende Teuerungsvorlage einen Ersatz bieten sollte. Der ungeheuerliche Anschlag, alle Beamten und Lehrer bei den Teuerungszulagen leer ausgehen zu lassen und nur den Geistlichen solche zu gewähren, wurde allen Ernstes durch den Zentrumsabgeordneten Dr. Vonderscher und die Bischöfe von Straßburg und Metz in der Ersten Kammer versucht, der Antrag wurde jedoch von der Ersten Kammer mit 18 gegen 8 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Allerdings lehnte dieses Instrument der Reaktion später dann auch das ganze Teuerungsgesetz ab. Über das wütende Gekröse gegen die Erste Kammer und gegen die Regierung, das sich darauffhin in der reichsländischen Zentrumspresse erhob, durchschaut man nun ohne Mühe. Der tiefere Beweggrund des Zentrumsärgeres, das ist die Ablehnung der erhöhten Geistlichenbesoldung, denn die Beamten und Lehrer, von denen die jüngeren noch mit 1200 M. Jahresgehalt auskommen müssen, hätten ja bei Annahme des kerikalen Antrages nur für die Geistlichen doch nichts bekommen. Die kerikale Demagogie des gegenwärtigen zentrumlichen Schimpfgebüses gegen Regierung und Erste Kammer ist daher allzu durchsichtig — zumal für die Lehrer und Beamten selber.

Die Sozialdemokratie hat bei der Festsetzung der neuen Verfassung für Elsaß-Lothringen gegen die Einsetzung der Ersten Kammer und gegen die Statthalterwürde gestimmt, sie beantragte das Einkammersystem und die Einführung der republikanischen Staatsverfassung. Es ist für sie daher ein legitimes Vergnügen, zuzusehen, wie sich Zentrum und Konservative die Hörner einstoßen an denselben Institutionen, die sie in ihrem Interesse geschaffen haben.

Massenprotest gegen die Frauendorfer Polizeitaten.

Der Fabrikarbeiterverband hatte am Sonnabendabend in Frauendorf eine öffentliche Versammlung einberufen, die gegen das Frauendorfer Blutbad und die Stellungnahme der Behörden wie der bürgerlichen Presse zu demselben Protest erhoben sollte. Der in Aussicht genommene Saal erwies sich bald als viel zu klein, so daß die Versammlung in einen angrenzenden Garten verlegt werden mußte. Aus Frauendorf und Umgebung strömte die Arbeiterbevölkerung in dichten Scharen zur Versammlungsstätte, wo sich bald eine unzählbare Menschenmenge zusammendrängte. Sicher sind es über 3000 Personen gewesen. Arbeitersekretär Genosse Decker besprach die bekannten Ereignisse und geißelte scharf die unendliche Säbelattat der Stettiner Polizei wie die Lügenberichte der bürgerlichen Presse, die zunächst die Nachricht folportierte, daß ein Streikbrecher von einem Streikposten erschossen sei, um dann — als das Verbrechen des Streikbrechers Brandenburg nicht mehr zu verschleiern war — die Bluttat als entschuldbares Notwehr auszugeben. Genosse Decker protestierte gegen die vorzeitige Haftentlassung des Nordbuben, die wohl auf die Suggestivwirkungen der bürgerlichen Lügenpresse auf den Untersuchungsrichter zurückzuführen sei, während Genosse Thierme seine Beobachtungen während der Polizeischlacht schilderte. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme, indem sich für sie ein Wald von Händen erhob:

„Die Versammlung legt schärfsten Protest ein gegen die vorzeitige Haftentlassung des Mordmörders Brandenburg, die erfolgte, ehe die Untersuchung über seine blutige Tat hinreichend Klarheit verbekommen haben konnte. Ein solches Vorgehen ist geeignet, verbrecherische Streikbrecher zu neuen Mordtaten anzureizen und so neue Konflikte vorzubereiten.“

Ferner verurteilen die Versammelten auf das entschiedenste die verlogene Berichterstattung der bürgerlichen Presse und geloben diese nicht mehr in ihren Wohnungen zu dulden.“

Ruhig wie sie gekommen und während der Versammlung ausgeharrt hatten, gingen die Menschenmassen auseinander, trotzdem inzwischen die Dunkelheit herangebrochen war und die Arbeiter durch die Haftentlassung des Mörders aufs äußerste erbittert sind. Allerdings hatte sich auch die Polizei zurückgehalten und nur wenige Posten ausgestellt, so daß keine Aufruhr zu befürchten waren.

Am Sonntagmorgen nahmen die Stettiner Arbeiter zu der gleichen Angelegenheit ebenfalls in einer Massenversammlung Stellung; auch sie verlief durchaus ruhig und würdig.

Der Mörder Brandenburg

ist tatsächlich auf freien Fuß gesetzt worden! Wie unserem Korrespondenten aus absolut sicherer Quelle mitgeteilt wurde, war die Frauendorfer Ortspolizeibehörde darüber äußerst überrascht, da Brandenburg ein überberühmtes, rauschlustiges Subjekt ist, das ihr schon viel zu schaffen machte. Der Ortspolizeibehörde ist auch zu Ohren gekommen, daß der Mörder schon vor der Tat Bemerkungen machte, die auf einen vorläufigen Mord schließen lassen. Inzwischen dürfte sich Brandenburg in Sicherheit gebracht haben, nachdem ihm die Justizbehörde die Tür ins Freie öffnete!

Politische Ueberblick.

„Widerspruch wird nicht erhoben.“

Aus dem Reichstage. Erst ganz am Schlusse der Montagtagung warf in einer kurzen, aber interessanten Geschäftsordnungsdebatte das Hauptstück der gegenwärtigen Tagung des Reichstags, die Wehrvorlage, ihre Schatten voraus. Am Dienstag steht die zweite Beratung der Forderung des imperialistischen Militarismus auf der Tagesordnung. Der heutige Montag war nur mit Vorlagen meist untergeordneter Natur ausgefüllt, er galt als Tag der Sammlung für die kommenden großen Debatten und als gute Gelegenheit für die Fraktionen, vorher noch einmal innerhalb des eigenen Kreises Stellung zur Wehrvorlage zu nehmen. So war die Atmosphäre mit Spannung geladen, und das kurze Wetterleuchten am Schlusse der Sitzung fand deshalb ein wohlverdientes Haus.

Das Zentrum und die Konservativen, unterstützt durch das kleine Häuflein der Freikonservativen, gaben bei der formellen Feststellung der Tagesordnung für Dienstag Erklärungen ab, in denen sie ihrem bedrückten Herzen wegen der Fortsetzung der getrennten parlamentarischen Erledigung der Wehr- und Deckungsvorlagen Luft machten. Man widersprach nicht geradezu dem Vorschlage des Präsidenten, die zweite Beratung der Wehrvorlage auf die Tagesordnung zu setzen, aber man wiederholte freilich die schon in der Budgetkommission abgegebenen Verwahrungen gegen eine Verabschiedung der Wehrvorlage ohne gleichzeitige Verabschiedung der Deckungsvorlagen.

Man darf der weiteren Entwicklung der Dinge mit Interesse entgegensehen. Die Beratung der Deckungsvorlagen wird sich noch lange hinausziehen. Wenn die zweite und die dritte Beratung der Wehrvorlage eher zu Ende gehen sollten, als die der Deckungsvorlagen, so wird die Wehrvorlage mit großer Mehrheit abgelehnt — falls der Dreibund der Rechten seine Drohung wahr macht und sich den Konsequenzen solcher konsequenter Handlungsweise gewachsen fühlt. Als der Präsident nach dem feierlichen Belesen der drei Erklärungen Spahn-Westarb—Schulz-Bromberg die übliche parlamentarische Formel gebrauchte: „Widerspruch gegen die Tagesordnung wird nicht erhoben!“, durchzog heitere Betrugung das Haus, weil die Formel in dem wüsten Munde des Präsidenten unbeschäftigt und darum um so mehr als heifende Satire wirkte. Entweder der feierliche Widerspruch, der kein geschäftsmäßiger Widerspruch war, ist nur eine drohende Kulisse, um die Nationalliberalen zu schrecken und dahinter zugleich den Rückzug in der Deckungsfrage langsam in die Wege zu leiten; oder er ist ein reaktionärer Schwachzug, der künftige Ueberraschungen vorbereiten soll. Die nächsten Tage werden voraussichtlich den Schleiern von den Mysterien der vereinigten Rechten hinwegziehen.

Die sachlichen Debatten, die der Geschäftsordnungsdebatte vorangingen, wurden ohne besondere Anteilnahme des Hauses erledigt. Unsere thüringischen Genossen Wandert und Deutert nahmen zu der Aenderung zweier Reichstagswahlkreise, die durch den Gebietsaustausch thüringischer Staaten notwendig geworden war, das Wort, um bei der Gelegenheit auf die üblen Folgen der Kleinräubererei hinzuweisen. Die für die Kolonien vorgesehene Rechtsfähigkeit von Vereinen benutzte Genosse Röske zu einer Kritik schwindelhafter Kolonialunternehmen. Bei der Beratung eines Gesetzentwurfs, der Entschädigungen für Schächten und Geschworenen festsetzt, vertrat Genosse Peus nachdrücklich den Standpunkt der Fraktion; er wies darauf hin, daß man mit der Verwirklichung solcher langjährigen sozialdemokratischen Forderungen in Zukunft schneller bei der Hand sein solle. Genosse Landsberg wünschte bei der Beratung eines Gesetzentwurfs über internationale Regelung wchsel- und schiedsrechtlicher Verhältnisse, den die Regierung auf einen leisen Wunsch der kapitalistischen Interessentenkreise hin eingebracht hat, daß die Regierung viel berechtigteren und dringlicheren Wünschen der Arbeiter nicht immer nur taube Ohren und schwere Beweglichkeit entgegensehen solle.

Wie der Militarismus mit Menschenleben spielt.

In diesen Tagen, in denen das deutsche Volk in noch größerem Maßstabe als bisher der Kasernenkultur unterworfen werden soll, zeigt der Militarismus sich in seiner ganzen brutalen Rücksichtslosigkeit, die sogar über Leichen hinweggeht. Es ist fast, als ob die Vertreter des militaristischen Systems mit besonderem Trost auftrumpfen wollten, um zu zeigen, wie wenig sie sich um das Wohl der Söhne des Volkes und die Volksemeinung kümmern. Auf dem Truppenübungsplatz Arns haben in den letzten heißen Tagen Manöver stattgefunden, die eine große Anzahl Todesopfer gefordert und für sehr viele Soldaten schwere Gesundheitschädigungen nach sich gezogen haben. Der in Bromberg erscheinenden „Ostdeutschen Rundschau“, also keinem sozialdemokratischen „Geblatte“, wird darüber „von geschäpfter Seite“ geschrieben:

„Bekanntlich haben vom 2. bis einschließlich 4. Juni hier auf dem Truppenübungsplatz und der Umgebung von Arns die Divisionen der 41. Division unter persönlicher Leitung des Armeeeinspektors v. Britzow u. Gaffron stattgefunden. Bei diesen Manövern wurden an die Mannschaften übermenschliche Anforderungen gestellt. Trotzdem die Truppen, wie das Inf.-Regt. 148, eine 18 stündige Bahnfahrt zur Nachtzeit hinter sich hatten, wurde sofort nach Ankunft ein längerer Marsch von fast 30 Kilometern mit vollem Gepäc angetreten. Bereits an diesem Tage gab es eine Reihe Erkrankter. Am zweiten Manövertage, also Dienstag, fanden noch einem längeren Anmarsch auf dem Truppenübungsplatz selber zwei Gefechte statt, bei denen ganz ungeheure Verluste eintraten. Nicht weniger als über 300 Mann machten in der Division schlapp. Das 148. Inf.-Regt. hatte allein vier Tote und eine Reihe schwer Erkrankter. Am meisten litt von diesem Regiment die 6. Kompagnie, die am dritten Manövertage nur mit etwas mehr als ein Viertel der Kompagnie angetreten konnte. Auch das Inf.-Regiment 152 hat einige Tote.“

Die ungeheuren Verluste müssen einmal auf die kolossale Hitze, es waren zeitweise 35 Grad Celsius im Schatten, dann auf die zu hohen Anforderungen und nicht zuletzt auf einen Mangel in der Verpflegung zurückgeführt werden.

Die Beerdigung der vier Opfer des 148. Regiments hat heute unter militärischen Ehren in Arns stattgefunden.“

Nach all den bisherigen Erfahrungen ist es ganz zwecklos, eine strenge Untersuchung und eine Bestrafung der Schuldigen zu verlangen. Wir hören schon jetzt den Kriegsminister, falls der Fall im Reichstage zur Sprache kommt, ein paar Redensarten über „unglückliche Umstände“, „Ungunst der Witterung“ usw. stammeln. An den ernsten Willen, solche oder andere Ungeheuerlichkeiten zu vermeiden, glauben wir schon lange nicht mehr, sie liegen zu tief im militaristischen System begründet. Dagegen gibt es nur ein Mittel: das Volk muß in seiner Mehrheit voll gerechter Entrüstung dieses System mit einem kräftigen Ruck von sich werfen. Solange das nicht der Fall ist, solange das stehende Heer in seiner heutigen Gestalt nicht einem auf demokratischer und sozialer Grundlage aufgebauten Militärsystem Platz gemacht hat, wird die privilegierte Offizierskaste mit Nichtachtung auf die ihnen überantworteten „Kerls“ und das Volksempfinden herabbliden.

Jubiläumsbyzantinismus.

Wirklich schlimm steht's um diejenige Literatur, die anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers auf den Büchermarkt geworfen wird; denn sogar Blätter wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, wenden sich gegen den ekelerregenden Byzantinismus. In einem Leitartikel rechnet das Organ der westfälischen Schlotbarone mit dem in Verlag von Bong u. Co. erschienenen sogenannten Prachtwerk ab, das den Titel führt: „Unser Kaiser, fünfundsiebzig Jahre der Regierung Kaiser Wilhelms II., 1888—1913“. Der Schlusssatz des Artikels lautet: „Ist's genug? — In diesem Stile zeichnet die Jubiläumsliteratur, die in diesen Tagen den Büchermarkt überschwemmt, der Nation das Wesen des Herrschers. In einem von schmalerlicher

Lobhudele tiefenden, mit jedem Satz, jedem Wort nach der Ordens-
schakale hinziehenden Stille. Nicht dem Kaiser sollen seine Gr-
täter vorgeworfen werden: er ist ein Mensch, ein wie wir
alle durchsichtlich begabter und in der einzigen und eh-
lichen Betätigung seiner netten Gaben gewiß sympathischer
Mensch. Wäre es in noch weit höherem Maße, wenn nicht
allzu gefällige Schranken ihn in seiner romantisch-mittel-
alterlichen Idee vom Gottesgnadentum des Herrschers immer
wieder bekräftigen, zum Schaden seines Ansehens als Persönlich-
keit, zum Schaden vor allem der deutschen Kunstentwicklung, die,
wenn auch nicht unterbunden, so doch im Tempo ihres Wachstums
aufgehalten wird. Wäher wie das vorliegende sollte jeder ernste
Deutsche seiner Familie fernhalten; sie säen das Gift byzantinischer
Bestimmung in die jungen Seelen, denen neben der Achtung vor dem
Repräsentanten der Nation doch auch der Mut charaktervoller Kritik
anerkennen werden sollte!

Wie arg müssen es die Byzantiner treiben, wenn solche
Proteste von solchen Stellen kommen!

Wir und die Milizforderung.

In zwei R. L. gezeichneten Artikeln der „Leipziger Volks-
zeitung“, betitelt „Unsere Aktion gegen die Militärvorlage“, werden
gegen die Parteileitung und den „Vorwärts“ Vorwürfe erhoben.
Beide sollen den Kampf gegen das Rüstungsstreben viel zu lahm
geführt, der „Vorwärts“ soll sogar unsere Milizforderung schwächlich
verleugnet haben. Die französischen Militaristen, ein Barthou, ein
Etienne, ein Clemenceau, Blätter vom Schlage des „Temps“,
„Matin“ usw. werden für die in diesen Artikeln gelieferten Argumente
sehr dankbar sein. Können sie doch unseren französischen Genossen
in ihrem Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit von neuem die schon
so oft widerlegte Behauptung entgegenstellen, die deutsche Sozial-
demokratie führe nur einen Scheinkampf gegen die ganze Heeresvorlage.
Auch der so jämmerlich abgelehnte Professor Adler kann dank des in
den R. L.-Artikeln gelieferten „tatsächlichen“ Materials von neuem
sein Geschwafel von der „imperialistischen“ deutschen Sozialdemokratie
anheben. Merkwürdig ist nur, daß in der deutschen reaktionären
Presse das Gezeiter und das Gejohle über die rüstungsfeindliche
Haltung und die Milizforderung der Sozialdemokratie und besonders
des „Vorwärts“ nicht aufhören will, was sich durch zahlreiche Zitate
belegen ließe.

Dobon scheint R. L. nichts gemerkt zu haben. Wer die Artikel
der „Leipz. Volksztg.“ liest, muß zu der Meinung kommen, der „Vor-
wärts“ sei in der Rüstungsfrage noch unabweisbar als die Fort-
schrittspartei. Nach R. L. hat der „Vorwärts“ auf die Milizforderung
überhaupt verzichtet und ist nur für Herabsetzung der dreijährigen
Dienstzeit bei den berittenen Truppen und für Abschaffung des Ein-
jährigengrübels eingetreten.

Wie liegen die Dinge aber in Wirklichkeit? Als die Heeres-
vorlage offiziell bekanntgegeben wurde, hat sie der „Vorwärts“ so-
fort als erster in einem äußerst scharfen Artikel unter ausdrück-
lichem Hinweis auf unsere Milizforderung kritisiert. Der Artikel
erregte ein Wutgehen in der gesamten bürgerlichen Presse. In
vielen Artikeln und Notizen, die sich mit der Heeresvorlage be-
schäftigten, ist dann im „Vorwärts“ immer und immer wieder auf
die Milizforderung Bezug genommen worden. Als die französische
Regierung nach Bekanntwerden der deutschen Heeresvorlage den
Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit einbrachte, erschienen
im „Vorwärts“ zwei Artikel über die Herabsetzung der dreijährigen
Dienstzeit bei den berittenen Truppen. Ausdrücklich wurde aber in
diesen Artikeln auf unsere Milizforderung verwiesen und es wurde
nachdrücklich betont, daß es sich um eine Teilforderung handele, die
vor allem unseren französischen Genossen zugute kommen sollte.
Kein Mensch wird doch leugnen wollen, daß die Abschaffung
der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich nicht unwesentlich gefördert hätte.
Der in diesem Artikel gelieferte Nachweis, daß die Verkürzung der
Dienstzeit technisch möglich sei, schließt noch lange keinen Verzicht
auf die Milizforderung in sich.

Der „Vorwärts“ weiß so gut wie seine Kritiker, daß die Miliz-
forderung auch alle Entwicklungstendenzen des modernen Heereswesens
zu ihr hindrängen, überall, wo sie in der Geschichte auftrat, ein
Produkt revolutionärer Kräfte war. Diese Kräfte werden nicht allein
durch gewöhnliche unpolitische Zeitungsartikel und Versammlungs-
resolutionen geweckt und lebendig. Sie bedürfen auch einer zähen,
unabhängigen Aufklärungsarbeit in kleinerem Kreise, in unseren
Organisationen, um von hier aus weitere Volksmassen zu ergreifen
und mitzureißen. Wir bezweifeln aber, daß die Aufrüttelung der
Massen durch eine Kritik erreicht wird, die die Wahrheit und die Tat-
sachen entstellt.

Landtagswahl in Elßaß-Lothringen.

Die Wahl im Landtagswahlkreis Brumath, die am Son-
ntag stattfand, brachte dem Zentrumskandidaten Dido 3098 Stimmen.
Auf den liberalen Kandidaten Dr. Vossleiter entfielen 3061 Stimmen.
Im ersten Wahlgang hatten erhalten: der Zentrumskandidat 2808,
der liberale Kandidat 2226 Stimmen, während auf den sozial-
demokratischen Kandidaten Schott 838 Stimmen entfielen waren.
Unsere Parteigenossen gaben für den zweiten Wahlgang die Parole
aus, für den liberalen Kandidaten zu stimmen. Da in der Stich-
wahl der liberale Kandidat nur zwei Stimmen weniger erhielt als
im ersten Wahlgang Sozialdemokraten und Liberale zusammen, so
ist anzunehmen, daß die sozialdemokratischen Wähler vollständig für
den liberalen Kandidaten gestimmt haben. Wenn es dem Zentrum-
kandidaten trotzdem gelungen ist, das Mandat zu holen, so ist das
dem Umstande zuzuschreiben, daß in den katholischen Orten noch
Klerikalen vorhanden waren, die infolge der in den letzten Tagen
betrieblenen leidenschaftlichen Agitation an die Wahlurne gebracht
wurden. In Bezug auf religiöse Verheugung ist bei diesem Wahl-
kampf alles geizig worden, was getan werden konnte.

Der Landtagswahlkreis Brumath gehört zu den umstrittensten
Rezeilen in Elßaß-Lothringen. Bei der Wahl im Oktober 1911 hatte
der Zentrumskandidat im zweiten Wahlgang 3095 Stimmen er-
halten, während auf den liberalen Kandidaten 3054 Stimmen ent-
fielen. Damals betrug also der Unterschied 41, diesmal 38 Stimmen.

Der Kampf um ein Krematorium in Köln.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Köln erlebte am ver-
gangenen Freitag ein Schauspiel, das bezeichnend ist für die Wort-
dringlichkeit und Unbuddsamkeit des Zentrums. Die Zentrum-
mehrheit hat die Errichtung eines Krematoriums abgelehnt. Das allein wäre noch nichts Auffälliges, wenn nicht
die Kölner Krematoriumsfrage eine sehr interessante Vorgeschichte
hätte. Vor 6 Jahren hat der Oberlandesgerichtsrat Reichsgraf der
Stadt Köln sein gesamtes Vermögen von etwa insgesamt 850 000 M.
vermacht, unter der Bedingung, daß die Stadt Köln für etwa
50 000 M. den Grund und Boden für ein Krematorium kaufe und
für 100 000 M. das Krematorium bauen und betreiben lasse. Die
Zinsen von 500 000 M. sollten Lungenkranken aus dem
Mittelstande zugute kommen. Zur allgemeinen Ueber-
raschung nahm das Rathauszentrum am 21. März 1907 die Erb-
schaft an. Sein Führer Geheimrat Kaufen sagte damals mit schöner
Buddsamkeit:

„Die Feuerbestattung widerspricht der Sitte der Christlichen
und israelitischen Religion. Das allein ist aber meines
Erachtens kein Grund, den Anhängern dieser
Bestattungsform die Erfüllung ihrer Wünsche
zu verweigern, denn man soll in religiöser Hin-
sicht keinen Zwang ausüben.“

Ganz Köln war nun seit Jahren der Meinung, daß es kein Kre-
matorium bekommen werde, sobald die Feuerbestattung in Preußen
erlaubt sei. Das Gesetz kam, und nun konnte ja das Krematorium
bei erster Gelegenheit auch im heiligen Köln gebaut werden. Samen
doch noch einmal Zweifel, so befristete man sie mit der Verfrüh-
rung: „Das Zentrum kann sich gar nicht weigern. Es hat sich ja
durch die Annahme der Erbschaft festgelegt“.

Aber es kam doch anders. Die jesuitische Dialektik des Zentrums
ist wieder einmal unterkühlt worden. Am Freitag hat es einmütig
den Bau des Krematoriums abgelehnt und den überraschten Liberalen
seinen glatten Unfall wie folgt plausibel gemacht: „Von einem Un-
fall, meine Herren, ist bei uns keine Spur vorhanden. Als wir im
Jahre 1907 für die Annahme der Erbschaft und damit für die Er-
richtung eines Krematoriums stimmten, sagten wir uns im stillen:
Den Spatz können wir uns leisten, denn in Preußen wird die Feuer-
bestattung doch noch lange nicht erlaubt. Darin haben wir uns leider
getäuscht. Der preussische Staat erlaubt jetzt den Gemeinden die Er-
richtung von Krematorien. Wir aber haben keine Lust, von dieser Er-
laubnis Gebrauch zu machen. Deshalb lehnen wir jetzt das Krematorium
ab und zahlen die vor sechs Jahren angenommene Erbschaft von
einer halben Million wieder heraus.“ So geschah es. Lieber
verzichtet die Partei der Christlichen Nächsten-
liebe auf 500 000 M. für bedürftige Lungenkran-
ke, als daß sie religiöses Aberschreien gestattet,
nach ihrem Gewissen über ihren Leichnam zu ver-
fügen.

Mit brutaler Intoleranz muß nun schon seit Jahren das Kölner
Rathauszentrum seine Wehrheit aus. Es hält sehr schwer, sie zu
sprechen. Wegen des Dreiklassenwahlrechts und der Dessenlichkeit der
Wahl ist es bisher nicht gelungen, auch nur einen einzigen Sozial-
demokraten in das Rathaus zu bringen, obwohl das Reichstags-
mandat in unserem Besitz ist.

Nach dem Balkankriege.

Schluß der Friedenskonferenz.

London, 9. Juni. Die Friedenskonferenz hat
heute, wie das Reutersche Bureau erfährt, ihre Sitzungen
beendet und die Delegierten haben sich endgültig ge-
trennt, nachdem sie einstimmig eine von dem Serben Pawlo-
witsch vorgeschlagene Resolution in folgender Form an-
genommen hatten: „Bei der gemeinsamen Ausführung des
Artikels 7 des Friedensvertrages vom 17./30. Mai 1918 haben
die Delegierten der bei der Konferenz vertretenen Länder
erkannt, daß man leichter zu einem endgültigen Ergebnis
kommen würde, wenn der Friedensvertrag durch einzelne unter
den beteiligten Regierungen abgeschlossene Akte vervollständigt
würde. Infolgedessen haben sie beschlossen: 1. den verschie-
denen Regierungen die Sorge zu überlassen, mit dem Ab-
schluß solcher Akte untereinander einzeln vorzugehen, und
2. mit dem heutigen Tage die Konferenz zu schließen.“

Die internationale Finanzkommission.

Paris, 9. Juni. In der heutigen Sitzung der inter-
nationalen Finanzkommission, die unter dem Vorsitze Jacquin
de Rargeries tagte, wurde der bereits ausgearbeitete Entwurf
für die Geschäftsordnung erörtert. Mehrere Artikel wurden
vorläufig angenommen; die zweite Lesung wird in einer der
nächsten Sitzungen stattfinden.

Der bulgarische Delegierte Standciow ver-
las im Namen der Balkandelegierten eine Erklärung, in der
der Arbeitsplan für die Gegenstände, welche die Kommission
auf Grund des Artikels sechs des Londoner Vertrages zu be-
handeln hat, festgestellt wird. Der Präsident übergab dem
Bureau der Kommission einen Brief des Verwaltungsrates
der dette publique ottomane über die in ihrer Interessens-
sphäre liegenden Dinge.

Der heute berathene Entwurf der Geschäftsordnung sieht
eine Tagung der Kommission in verschiedenen technischen Aus-
schüssen vor, die folgende Bezeichnungen erhalten werden:
Ausschuß für die Schuld, Ausschuß für die Garantien, Aus-
schuß für Konzeptionen und Verträge und für die pekuniären
Forderungen. Die Bureaus dieser Ausschüsse werden später
ernannt werden. Der Entwurf der Geschäftsordnung setzt
ferner die Zahl der Delegierten fest, die an den Beratungen
in den technischen Ausschüssen teilnehmen können, und be-
stimmt, daß die Beratungen der Kommission geheim sein
sollen und daß die Urkunden nur mit Zustimmung sämtlicher
vertretenen Regierungen bekannt gemacht werden dürfen.

Ungarn.

Das Kabinett Tisza.

Budapest, 9. Juni. Das Kabinett des Grafen Tisza ist heute
neu gebildet worden. Graf Tisza übernimmt das Präsidium. Der
Abgeordnete Johann Sandor wird Minister des Innern. Graf
Serónyi Ackerbauminister, der Abgeordnete Baron Emmerich Ghilany
Minister a. latero. Der gemeinsame Finanzminister, Baron Curian, und
die übrigen Minister des Kabinetts Zulacz verbleiben im neuen Kabinett.
Der Minister für Kroaten, Slawonen und Dalmatien ist noch nicht
ernannt. Die Minister werden sich dem Abgeordnetenhaus am
Donnerstag vorstellen.

Frankreich.

Die Beratung des Gesetzentwurfs über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 9. Juni. Die Kammer nahm heute die Be-
ratung des Gesetzentwurfs über die dreijährige Dienstzeit
wieder auf. Lissier setzte seine Rede fort und sagte etwa:
Wir wissen ja, daß die Völker zu beiden Seiten der Vogesen
den Frieden brennend wünschen, und daß jetzt allein die
Parlamente für den Krieg entscheiden können, aber wir kennen
auch die chauvinistischen Aufregungen und sind entschlossen,
alles zu tun, um eine starke Armee zu besitzen. Aber einig
über dieses Ziel sind wir verschiedener Meinung über die
Mittel dazu. (Beifall bei der äußersten Linken und einem
Teile der Rechten.) Redner bestritt die Behauptung Desfres,
daß Frankreich zwei Milliarden Franz weniger als Deutsch-
land für seine Armee ausgegeben habe; vielmehr habe das
Parlament in den letzten vierzig Jahren dem Kriegsministe-
rium 28 Milliarden bewilligt, während Deutschland nur
27 Milliarden ausgegeben habe. Die französische Marine
habe zehn Milliarden gekostet, die deutsche nur fünf. Kriegs-
minister Etienne, den Redner unterbrechend: Frankreich
hat 1871 mehr als zwei Milliarden ausgegeben müssen, um
die Armee und ihr Material wieder herzustellen, während das

freigekaufte Deutschland seine Waffen sich bewahrt hatte; Desfres
habe also recht gehabt zu sagen, Deutschland hätte über zwei
Milliarden mehr als Frankreich für die Armee ausgegeben.
Lissier plädierte ausführlich für starke Armeeerhebungen und
verwarf Berufsarmeen. Er tabelte die Gegnerkraft des
Kriegsministeriums gegenüber den Reservisten und fügte hin-
zu, der Kriegsminister sei stets von Anhängern alter Tradi-
tionen umgeben. Der Kriegsminister ruft das zwischen: Das
ist eine Fabel. Lissier hielt seine Behauptung aufrecht und
übte an der Art, wie die Mitglieder des obersten Kriegsrats
ernannt würden, Kritik, woraus sich Rede und Widerrede mit
dem Kriegsminister ergab. Lissier fuhr fort, die deutsche
Gefahr bestehe nicht allein in der Kriegsgefahr, sondern auch
in dem wirtschaftlichen Kampfe, der Frankreich zugrunde
richte, und wenn man nun noch zweihunderttausend junge
Leute mehr in die Kaserne schide, so würden zum größten
Teil Fremde ihre Plätze in dem französischen Wirtschaftsleben
einnehmen. So würde Deutschland seine Kolonie in Frank-
reich bald noch bliüher sehen. Er fügte hinzu, man müsse
die Offiziere zu fleißiger Arbeit antreiben. (Widerpruch.)
Kriegsminister Etienne sagte, in keinem Lande arbeiteten
die Offiziere mehr als in Frankreich. (Beifall.)

Lissier erklärte zum Schluß, alles Gewünschte für
die Verbesserung der zweijährigen Dienstzeit und der Re-
serven bewilligen zu wollen, aber nicht die dreijährige Dienst-
zeit, die eine schwere und obendrein unnötige Bürde für das
Land darstellen würde.

Beillat (Radikaler), vor Schwachbesetztem Hause
sprechend, meinte, wie Desfres, daß Deutschland den über-
raschenden Angriff anwenden werde; er sei aber kein Freund
davon, sich rückwärts zu konzentrieren oder nur mit Hilfe
der Festungen Widerstand zu leisten, und man dürfe den
Krieg nicht mit einem Rückzuge eröffnen. Der Gegenentwurf
von Jaures über die Milizarmee sei ja sehr interessant, aber
entspreche nicht den Erfordernissen der Gegenwart. Er halte
die dreijährige Dienstzeit für das Maximum der militärischen
Leistungsfähigkeit Frankreichs, aber nebenher müsse das
Land auch wirtschaftliche Anstrengungen machen.

Der Republikaner und Sozialist Augagneur warf
der früheren und gegenwärtigen Regierung vor, nicht nur
durch eine zügellose Propaganda, sondern auch dadurch, daß
sie den Schrecken vor der Stärke Deutschlands ausbeutete,
einen Druck auf die öffentliche Meinung ausgeübt zu haben.
(Beifall auf der äußersten Linken.) Der zugestandene Grund
für die dreijährige Dienstzeit sei das deutsche Meer, die heim-
lichen Gründe seien, der Wunsch zum Geseß von 1905 zurück-
zuführen, das Mißtrauen gegen Reservisten und die An-
hänglichkeit an Berufsarmeen sowie endlich die Expedition
nach Marokko. Der Redner glaubt, daß eine zweijährige
Dienstzeit genüge. Redner legte den Nachdruck darauf, daß
der Generalstab stets ein Gegner des Gesetzes von 1905 ge-
blieben sei. Er befragte dann Messimy über die Nutzbar-
machung der Reserven im Balkankriege.

Messimy antwortete, daß in Bulgarien allerdings
nur eine Stimme sei über die außerordent-
lichen Dienste, welche die Reserveregimen-
ter geleistet hätten, aber erst nach 20 Tagen im
mobilen Zustande, auf türkischer Seite hätte man daselbe
festgestellt. In den ersten Tagen hätten die Reservisten sehr
schlecht standgehalten, es würde somit eine große Torheit sein,
Reserveregimenter schon vom zehnten Mobilmachungsstoge an
an die Front zu bringen, da sie dann erst seit drei oder sechs
Tagen ihren Kriegsfähigkeiten angehörten. Es wäre un-
möglich, sie vor Ablauf von 20 bis 25 Tagen in der Schlacht
zu verwenden. (Beifall im Zentrum und bei einem Teil der
Linken.) Messimy fuhr fort, er habe seit 1903 seine Meinung
geändert, weil er erst seitdem mehr militärische Erfahrungen
gesammelt habe. Damals hätte er gewünscht, daß Frankreich
mit gutem Beispiel bei der Herabsetzung der Militärausgaben
voranginge, Frankreich habe dieses Beispiel gegeben und von
1900 bis 1905 sein Militärbudget nur um fünf Millionen
Frank vermehrt. Die Budgets der Nachborn aber wären in
derselben Zeit um dreihundert Millionen gestiegen. Da somit
Frankreichs Beispiel nicht befolgt worden sei, müsse es seine
militärischen Anstrengungen in irgendeiner Form erhöhen,
um nicht durch die Ueberzahl erdrückt zu werden. (Lebhafter
Beifall im Zentrum und einem Teil der Linken.)

Augagneur erwiderte, der Balkankrieg beweise be-
sonders, daß das ganze Volk Waffen tragen müsse. (Beifall
bei einem Teil der Linken und auf der äußersten Linken.)
Fortsetzung der Debatte morgen.

Letzte Nachrichten.

Die Homerule Bill.

London, 9. Juni. (B. L. B.) Unterhaus. Heute begann
die zweite Lesung der Homerule Bill, die mit der vom Oberhaus in
der letzten Sitzungspause abgelehnten Bill übereinstimmt.
Premierminister Asquith führte aus, daß die Bill in der ver-
gangenen Session von der großen Mehrheit des Hauses unterstüzt
worden sei, die Wahlergebnisse seit Einbringung der Bill im vorigen
Jahre hätten keinen Beweis geliefert, daß das Urteil, daß das
Unterhaus damals aussprach, von der Mehrheit der Wähler gemiß-
billigt worden sei. Die Abgeordneten aus Ulster seien zum größten
Teil für die Homerule Bill. Er untersuchte die Bedeutung der
Opposition in Ulster nicht, er frage, ob es einen Ausweg oder einen
Plan gebe, der mit der allgemeinen Politik der Bill im Einklang
stehe, um das Gefühl der Feindseligkeit zu beseitigen. Er müsse es
aber ablehnen, Ulster das Recht zuzugestehen, gegen eine Forderung
der überwiegenden Mehrheit des irischen Volkes sein Veto einzu-
legen. Die Verleihung der Autonomie werde in Irland das Gefühl
der Verantwortung und den Geist der Toleranz wecken. — Der
frühere Führer der Konservativen, Balfour, empfahl Ablehnung
der Bill. Die Abstimmung wird morgen abend erfolgen.

Eine serbische Drohnote.

Belgrad, 9. Juni. (B. L. B.) Nach übereinstimmenden
Berichten der serbischen Blätter ist zwischen dem Minister-
präsidenten Pajitch und den Parteiführern ein Einver-
nehmen dahin erzielt worden, daß von Bulgarien in bin-
dender Form die Antwort auf die serbische Note bezüglich
der Revision des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages ge-
fordert werden soll. Sollte Bulgarien die Revision ablehnen,
dann würde die Annexion der eroberten Ge-
biete proklamiert werden.

Schweres Automobilunglück in Madrid.

Paris, 9. Juni. (B. L. B.) Aus Madrid wird gemeldet:
Ein Automobilunfall stürzte bei Durango von einer Brücke in
den Fluß. Ein Reisender wurde getötet und 30 verwundet.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Fortsetzung der General-Versammlung vom 27. Mai.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung.
 2. Beratung und Beschlussfassung über eingegangene Kreis-Anträge.
 3. Verschiedenes.
- Der Vorstand.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Mitglieder-Versammlung
aller in der Zigarrenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Doeker, Webersstraße 17.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Generalversammlung in Heidelberg.
 - Referent: Gauweiler Dentschel.
 2. Anträge zu derselben.
 3. Aufstellung der Kandidaten.
- Zigarrenarbeiter, Wafelmacher, Sortierer sind besonders dazu eingeladen. Zigarrenarbeiter, Wafelmacher, Sortierer erscheint pünktlich und zahlreich, die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es.

Die Ortsverwaltung.

Sektion der Zigarettenarbeiter.
Am Freitag, den 13. Juni 1913, abends 8 Uhr, findet in den Ruffert-Sälen, Kaiser Wilhelm-Straße 18 m pt. eine

Mitglieder-Versammlung
der in der Zigarettenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

Tagesordnung:

1. Aufgaben unserer kommenden Generalversammlung.
 - Referent: Kollege Dentschel.
 2. Aufstellung der Delegierten zu derselben.
 3. Branchenanliegenheiten.
- Es ist Pflicht jedes einzelnen, zu dieser so wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes aus sämtlichen Brauereien und Niederlagen Berlins und Umgegend!

Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, Saal 2 u. 3:
Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Unsere Forderungen im verfallenen Quartal.
 2. Der paritätische Arbeitsnachweis für das gesamte Brauergewerbe Groß-Berlins.
 3. Wahl der Kuratoriumsmitglieder und deren Stellvertreter für unsere Organisation.
 4. Mittellungen.
- Kollegen! In Rücksicht auf die für jeden Kollegen äußerst wichtige Tagesordnung, ganz besonders durch die Neugestaltung des Arbeitsnachweises, erwartet das Erscheinen jedes einzelnen Kollegen. Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1230, 9714

Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr:
Monatsversammlung der Bauanschläger
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Über 15, Saal I.

Tagesordnung:

1. Verbands- u. Branchenanliegenheiten.
 2. Disziplin.
 3. Verschiedenes.
- Sabteilungen u. pünktlichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Universal-Fernglas 1913

Ein billiges aber gutes Glas!



Hervorragende Lichtstärke, erzeugt durch Riesensystem außergewöhnlicher Qualität, zaubert Bilder von überaus scharfer Plastik hervor. Enorme Helligkeit, welche noch bei Dämmerung die fixierten Gegenstände, wie durch einen Reflektor beleuchtet, deutlich erkennen lässt, macht unser Modell 1913 zum besten Universalglas für Reise, Sport, Theater, Jagd etc. Zuwendung erfolgt ohne jede Anzahlung.

5 Tage zur Probe mit bedingungslosem Rücksendungsrecht. Preis mit feidtschlichem Etui und zwei Umhängeriemen nur 36 Mark und 10% bei monatlichen Teilzahlungen von nur 2 Mark. Bei Nichtgefallen haben Sie nur die minimalen Portospesen zu tragen. Verlangen Sie Ansichtsendung. Postkarte genügt.
Bial & Freund, Postfach 120/553 Breslau II

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Referat elegants
Herren-Moden
fertig und nach Maß!
Garantie für tadellosen Sitz
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstr. 18
III. Geschäft:
Kottbusser Str. 14
Nur 2. Etage

Tragt
Absätze und Sohlen
Continental
Enorm haltbar
Erhältlich bei fast allen Schuhmachern

Schuhputz
Servus
das Beste
mit Dosenöffner.

In großen Dosen a 20 Pf. überall zu haben.
Fabrik Chemische Werke Lubszynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Voltzelpflanzung. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Spezialist für alle Krankheitsfälle.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12.

Tod u. Teufel
Reichel's
Wanzen-
Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle u. ist absolut nicht bedenklich. 50 Pf. 1, 2, 3, 4, 5. Sprühapparat 50 Pf. u. 1.50
Reichel's
Schwaben-
Spezialpulver „Poudre Martial“, unfehlbar sicher zur Schwaben-Vertilgung 50 Pf. 1, 2, 3, 4. Verschäuber 50 Pf. u. 75 Pf.
Totale rastlose Vernichtung der Brut.
Reichel's
Motten-
Pulver, unvergänglich, 50 Pf. 1, 2, 3, 4, 5. Aether, wohlriechend, 75 Pf. 1, 50 u. 2.50.
Seit über 20 Jahren als sicherer Mottenschutz bewährt.
Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.
Man kauft nur Reichel's Original in den Drogerien Packungen u. in jede einzelne Naeh-abhängen. Einzig echt und garantiert Tod u. Teufel. Alleinigiger Fabrikant **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.** Fernspr. Mpl. 4751-52
Anerkennungen aus aller Welt.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Graff-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

Bei
Insectenstichen
tupfe man etwas „Lysoform“ unverdünnt auf die betr. Stelle oder mache Umschläge mit 3% Lösung.
Echt nur in grünen Flaschen mit weißer Umhüllung von 0,65 Mk an.

Ziehung bereits 18. Juni 1913.
Cose Westfälische Automobil- u. Pferde-Lotterie
4865 Gewinne im Werte von Mk.
50 Pf.
11 Lose von versch. Tass. 5 Mk. Porto und Liste 30 Pf. extra
engelt u. versendet
General-Debit
Gust. Pfordte
Essen-Ruhr
und alle durch Pinkate kennl. Verkaufsstellen.

Erstklassig!
„Unsere Marine“
2 Pfg. Cigarette
Schlager in Qualität!
Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik.

Reichstag.

167. Sitzung. Montag, den 9. Juni 1913, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Lisca.

Bei der Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend

Änderung zweier Reichstagswahlkreise,

die dadurch notwendig geworden ist, daß das Großherzogtum Sachsen und das Herzogtum Sachsen-Meinungen durch Staatsvertrag einen Gebietsaustausch vorgenommen haben, der einige Gemeinden im 3. Wahlkreis des Großherzogtums und im 2. des Herzogtums betrifft, bespricht

Abg. Vandert (Soz.)

das thüringische Kleinstaatelend und die Folgen der dort vorhandenen staatlichen Zerstückelung. Es besteht bei uns der dringende Wunsch, nach einer baldigen weiteren Abrundung nicht nur der Reichstagswahlkreise, sondern auch der gerichtlichen Zuständigkeit. Auch in der Verwaltungsgeschichte macht sich die Zerstückelung höchst unliebsam bemerkbar. Wir begrüßen also jeden Schritt zur Vereinheitlichung und fordern endliche Beseitigung des Kleinstaatelends, das ein schweres Hindernis für den Befreiungskampf des Volkes darstellt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lentert (Soz.):

Wir begrüßen den kleinen Fortschritt, den die Vorlage bringt. Aber man hätte bei diesen beiden Kreisen nicht Halt machen sollen. Wenn schon einmal an eine Änderung der Reichstagswahlkreise gegangen wird, sollte sie allgemein erfolgen. Aber an dieses große Reformwerk traut sich die Regierung nicht heran. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Es folgt die Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend

Änderung des Schutzgebietgesetzes,

wonach die Befugnis zur Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine im Schutzgebiete vom Bundesrat auf den Reichskanzler übertragen werden soll.

Abg. Dr. Semler (natl.) wünscht, daß auch die Kolonialgesellschaften ebenso behandelt werden sollen, wie Vereine, die ihren Sitz in einem Schutzgebiet haben; es ist nicht einzusehen, warum die Kolonialgesellschaften bei Gesuchen um Verleihung der Rechtsfähigkeit den umständlicheren Weg über den Bundesrat auch in Zukunft einschlagen sollen, und beantragt die Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission.

Abg. Dr. Selzer (Z.), v. Börsendorf-Kölpin (L.) und Dr. Wasthein (Sp.) stimmen dem Antrag auf Kommissionsberatung zu.

Abg. Noße (Soz.):

Durch die Ueberweisung an eine Kommission wird die Erledigung des Entwurfs um Monate hinausgeschoben werden, denn die Anregung des Abg. Semler muß sehr genau geprüft werden. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Kolonialgesellschaften ist deshalb dem Bundesrat übertragen worden, damit die betreffenden Kolonialgesellschaften und ihre Verhältnisse gründlich geprüft werden. Trotzdem sind eine ganze Reihe schwindelhafter Kolonialunternehmungen entstanden. Es besteht daher auch jetzt noch die Notwendigkeit, die Verleihung der Rechtsfähigkeit an diese Gesellschaften nicht zu erleichtern. Die Kommissionsberatung lehnen wir natürlich nicht ab; aber allen Versuchen, dem Kapital noch jelloser die Möglichkeit zu geben, sich in Schwindelunternehmungen auf die Kolonien zu stürzen, darf der Reichstag nicht nachgeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Entwurf wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Beratung eines Gesetzentwurfs, der

Entschädigungen für Schöffen und Geschworene festsetzt.

Staatssekretär Dr. Lisca empfiehlt den Entwurf.

Abg. Feus (Soz.):

Wir begrüßen mit großer Freude diesen längst überfälligen Gesetzentwurf, denn wir wünschen die Mitwirkung aller Stände an der Rechtspflege. Das Gesetz bemüht sich, dahin zu wirken, daß man von einer Klassenjustiz nicht mehr reden können. Schon bisher konnte man Arbeiter zum Schöffen- und Geschworenentum heranziehen, ebenso ihre Vertrauensmänner — aber das geschah nicht, wohl aus Rücksicht auf diese Stände. (Heiterkeit bei den

Sozialdemokraten.) Wir wünschen, daß dies nun endlich geschieht. Würde denn die von uns geforderte Wahl der Volksschlichter ihre Unparteilichkeit gefährden? Die Wirksamkeit der gewählten Gewerbetrichter beweist das Gegenteil! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute kommen gerade höchst geeignete Männer nie zum Amt eines Volksschlichters, angeblich aus wirtschaftlichen Motiven. Dieser Grund wird ja durch dieses Gesetz beseitigt — wenn auch dann nicht das ganze Volk zu den Aemtern der Schöffen und Geschworenen herangezogen wird, so wird das das beste Argument für unsere Forderung der Wahl sein! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Höhe der Entschädigungen soll ja der Bundesrat festsetzen — aber das müßte in durchaus gleicher Weise für alle geschehen — nicht wie jetzt bei den Zeugengebühren, je nach den Einkommensverhältnissen des Betreffenden.

Die Vorlage ist eine Erfüllung alter Wünsche von uns und anderen Parteien. Man erkenne doch an diesem kleinen Gesetz, wie gut es ist, unseren Anregungen schnell zu folgen. Wir freuen uns über des Staatssekretärs Zugeständnis, daß durch die Heranziehung der Arbeiter wertvolle Kräfte für den Justizdienst gewonnen werden. So ist es mit all unseren Forderungen nach voller Gleichberechtigung aller Staatsbürger. (Bravo! bei den Soz.) Staatssekretär Dr. Lisca: Die Tagelöhner für Schöffen und Geschworene werden für alle gleich sein.

Abg. v. Gasser (natl.) begrüßt die Vorlage ebenfalls, würde aber von der Wahl der Schöffen und Geschworenen die Eintragung der Politik in die Gerichtsakten befürchten. Bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen dürfen politische Rücksichten keine Rolle spielen — auch bei der Aufstellung der Urlisten sollten diese völlig ausgeschlossen bleiben. (Sehr wahr! links.) Für dieses wichtige Amt muß auch jeder Zeit haben; die Justizverwaltung sollte darauf hinwirken, daß nicht nur „Gelegene“ ausgewählt, sondern daß nur Ungeeignete ausgeschaltet werden. Das Gesetz und eine solche Praxis werden das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege erhöhen. (Beifall links.)

Abg. Scheibauer (Z.) bedauert die bisherige Farnhaltung der Arbeiter vom Amt der Schöffen und Geschworenen. Die Vorwürfe, die von angehenden Juristen immer wieder dem Laienrichtertum gemacht werden, sind vollständig unberechtigt.

Abg. Holschke (L.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Entwurf. Abg. Wermuth (Sp.) desgleichen.

Abg. Feus (Soz.):

Alle bürgerlichen Parteien erklären sich jetzt für das Gesetz, sie haben aber bisher zumeist nichts getan, um Arbeiter zur Rechtspflege heranzuziehen. Die Politik soll im Gericht schweigen! Das hat seinen guten Sinn, indem man es dahin versteht, daß die Befangenheit durch politische Gesinnung im Gericht keine Rolle spielen darf, aber das Wirken verschiedener politischer Anschauungen in gegenseitiger Abmessung und Ausgleichung kann und nur nützlich sein, während das Vorhandensein nur einer politischen Richtung der Klassenjustiz Vorwand leistet. Wie wichtig wäre es bei Streitprozessen, daß auch die Auffassung der organisierten Arbeiter mitspräche, statt daß man in jedem Streitenden einen Revolutionär erblickt. Sehr wesentlich wird es sein, ob auch nach der Verabschiedung dieses Gesetzes die politische Gesinnung des Staatsbürgers ihn vom Richteramt ausschließen wird. Dann werden wir auch viel schärfer kontrollieren können, als das geschieht, während man jetzt allerlei angelegliche Rücksichten vorschleichen kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Gasser (natl.) erklärt nochmals, daß Politik bei der Auswahl der Volksschlichter keine Rolle spielen dürfte, nur muß der Betreffende sich den Tatbestand unbefangenen vergewärtigen können. Wahl der Richter würde sie politisieren.

Der Entwurf wird angenommen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes, das bestimmt, daß

Rechtsrechte, die im Ausland infolge der Erlassung von

Reskripten nicht vollstreckt werden können, trotzdem nicht erlöschen, sondern nur für die Dauer des Reskriptums ruhen. Der Entwurf wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Präsident Kaempff schlägt vor, die nächste Sitzung auf Dienstag 2 Uhr festzusetzen mit der Tagesordnung: Kurze Anträge, Beratung der Wehrvorlage.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Wir wollen dem Vorschlag des Präsidenten nicht widersprechen. Im Namen meiner Partei wiederhole ich aber die Erklärung, die wir schon in der Budgetkommission abgegeben haben und die dahingehet: die Zentrumsfraktion hält einmütig und geschlossen an dem Grundsatze fest, daß keine Ausgabe ohne die dafür vorhandene Deckung bewilligt werden darf. Unsere Abstimmung in

der zweiten Lesung der Wehrvorlage kann daher nur eine vorläufige sein. Eine endgültige Verabschiedung der Wehrvorlage ist der Zentrumsfraktion erst möglich nach erfolgter Lösung der Deckungsfrage. Unsere Stellung zur Wehrvorlage wird abhängig sein von der Art und Weise, wie die Deckungsfrage gelöst wird. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf Westarp (L.): Auch wir betrachten die Verabschiedung der Heeres- und der gesamten Deckungsvorlagen als ein zusammenhängendes und einheitliches Ganzes. Das große Ziel, die Verwirklichung der geforderten und auch unserer Meinung absolut notwendigen Rüstungsvermehrung und auch die gleichzeitige Verwirklichung der dafür erforderlichen laufenden und einmaligen Einnahmen durchzusetzen, behalten wir fest im Auge und sind entschlossen, alles zu tun, was uns geeignet erscheint, dieses Ziel zu erreichen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum. Hör! hört! links.) Wir sind auch sehr im Zweifel, ob es zur Erreichung dieses Zieles nützlich oder nicht vielmehr schädlich sein dürfte, wenn, wie es jetzt beabsichtigt ist, das Plenum mit der zweiten Lesung der Heeresvorlage ein Bruchstück aus der großen Gesetzesvorlage herausnimmt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Nach unserer Meinung würde es für die Lösung dieser Aufgabe erforderlich gewesen sein, wenn man der Kommission Zeit gelassen hätte, auch über die Frage der Deckung volle Klarheit zu schaffen. Wie die Dinge aber heute liegen, scheint ein hierauf gerichteter Antrag keine Aussicht auf Erfolg zu haben. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Und deshalb verzichten wir darauf, um den Gang der Verhandlungen und die Erreichung des Zieles unsererseits auch nicht scheinbar zu erschweren. (Bravo! rechts, lautes Lachen links.)

Abg. Schulz (Sp.): Wir legen den größten Wert darauf, daß auch bei der Erledigung dieser Gesetzesvorlage von dem Grundsatze keine Ausgabe ohne Deckung! nicht abgewichen wird. Wir hoffen nach wie vor auf eine gleichzeitige Erledigung der Wehrvorlage mit der Deckung und daß sich ein Weg finden wird, auf dem eine Verständigung mit der Mehrheit dieses Hauses und den Verbündeten Regierungen auch über die Schaffung der laufenden Mittel möglich sein wird. (Bravo!)

Präsident Kaempff: Ein Widerspruch erhebt sich nicht, die Tagesordnung steht fest. (Stürmische Heiterkeit links.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow.

Der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow lag ein gedruckter Bericht vor über das 9 Monate umfassende Geschäftsjahr 1912/13. — Der

Bericht

verweist auf einen Beschluß der Generalversammlung vom 25. Februar, welcher sich grundsätzlich für die vollständige Durchführung der Hauskassierung ausspricht, wonach dann die Funktionäre die Ausführungsbestimmungen für die Hauskassierung festsetzen haben. Nach Ausführung dieser Bestimmungen sagt der Bericht: Wenn diese Art der Einziehung der Beiträge gewissenhaft durchgeführt wird, wird eine größere Stabilität in unserer Kreisorganisation Platz greifen. Die guten Erfahrungen, die andere Orte mit der Hauskassierung gemacht haben, müssen auch uns bei gewissenhafter Durchführung gleich günstige Resultate bringen. — Daß wir alle Veranlassung haben, mit Anspannung aller Kräfte zu arbeiten, zeigt der Stillstand unseres Mitgliederlandes im Berichtsjahr. Unsere Hoffnungen haben sich auch nicht annähernd erfüllt. Wenn auch für den Stillstand verschiedene Ursachen angeführt werden können, so geben sie doch keine genügende Erklärung für die recht unerfreuliche Tatsache. — Am Schlusse des Berichtsjahres betrug die Mitgliederzahl 33 253. Am Ende des vorigen Geschäftsjahres wurden 32 885 Mitglieder verzeichnet. Die Zunahme betrug also nur 368 Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich um 9 vermindert, die Zunahme kommt also nur den weiblichen Mitgliedern zugute. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 26 560, die der weiblichen 6693. — In den Bezirken der einzelnen Wahlvereine des Kreises wurden bei der letzten Reichstagswahl 158 700 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Es sind also nur 20,9 Proz. der Wähler organisiert. Das ist keineswegs zufriedenstellend. — Der Bericht bringt eine Aufstellung über die Mitgliederbewegung in den einzelnen Vereinen des Kreises und sagt dazu: 17 Wahlvereine haben einen Mitgliederrückgang, der zum Teil verhältnismäßig recht erheblich genannt werden muß. Es ist zu fragen, ob die örtlichen Organisationen alles getan haben, um die Verluste durch eine energische Agitation auszugleichen. Nach der Summe der verlaufenen Beitragsmarken haben wir — unter

Kleines feuilleton.

Die Literatur im Buchhändler-Katalog. Die kleine Glossenzeitung „Der Zwiebelstich“ notiert aus dem Kataloge einer sehr angesehenen Berliner Buchhandlung folgende Werke des Geschmacks und Stils:

- „Avenarius „Hausbuch deutscher Lyrik“ — „Nächte in jedem Haushalt“ (!) zu finden sein.“
- „Dehmel „100 ausgewählte Gedichte“ — „Ein bekanntes Buch für jedermann, erbringt sich wohl weiterer Empfehlung.“
- „Ernst „Admus Sempers Jugendland“ — „Was Humor betrifft, findet sich alles darin vereinigt.“
- „Börishöffer „Urwald und Wästenland“ — „Die Dede und Undurchbringlichkeit sind darin so richtig beleuchtet.“ (!)
- „Björnson „Gesammelte Werke“ — „Ein Kommentar erbringt sich wohl infolge der Reichhaltigkeit seines Wissens.“
- „Ganghofer „Gesammelte Schriften“ — „Unübertroffen werden Ganghofers Werke bleiben in unserem Leben.“
- „Jbsen „Sämtliche Werke“ — „Sollten nie in einem Heim (!) fehlen.“

Wir stellen der „sehr angesehenen“ Buchhandlung die folgenden Katalognotizen ohne Honorar zur freundlichen Verfügung:

- „Goethe Faust“ — „Das Beste, was man hat.“
- „Heine „Gedichte“ — „Was die Liebe betrifft, ist Heine prima.“
- „Sola „Kana“ — „Dies Buch gehört der Hausfrau! Der bekannte Budapest Dichter, der auch bereits ins Französische übersezt ist, erweist sich hier als erstklassiger Kenner des Weibes.“
- „Blumenthal „Kadellburg „Gesammelte Schwänke“ — „Daß beide Firmeninhaber Millionäre geworden sind, beweist wohl am besten die Solidität des Geschäfts.“
- „Herwegh „Lieber eines Lebendigen“ — „Was den Titel betrifft, so sieht man, daß der Dichter noch am Leben ist. Der Inhalt ist dementsprechend.“

„Daniel Sanders „Sprachbriefe“ — „Das Buch handelt von der Muttersprache und bedarf es für einen gebildeten Menschen wohl keiner weiteren Empfehlung.“

Kunsthändler und Ausstellungsleiter. Die schlimmen Erfahrungen, die die Sezession mit ihrem Kassierer als Leiter gemacht hat, scheinen den Kölnern nicht aufgefallen zu sein. Wenigstens hat der Kölnische Kunstverein Herrn Cassirer zum künstlerischen Organisator seiner Ausstellungen berufen. Das Gefühl für gewisse Dinge scheint in Deutschland unter dem Druck der kapitalistischen Umwertung völlig verloren zu gehen. Ein Händler, der diese oder jene Künstler an der Hand hat und darum poffieren muß, ein Händler, der diese oder jene alten oder neuen, erst noch zu lancierenden Meister im Keller hat — wird zum Leiter von öffentlichen Ausstellungen berufen. Das heißt alle Objektivität von vornherein in die Wüste jagen und dem Kunsthandel neue Zeumpfe in die Hände spielen. Warum soll Herr Cassirer nicht auch die Rationalgalerie dirigieren — oder Herrn Wode abblühen? Schließ-

lich können ja die Vertheilms auch die Verwaltung des preussischen Staates übernehmen? (Preußen, G. m. b. H.)

Der Händler ist ja bei uns bald die einzig schöpferische Genialität. Er erndtet, er macht die Künstler. Was wäre Rembrandt heute ohne den Kunsthandel? Künstler, die nicht mehr das Glück haben, auf dem Markte zu sein, haben überhaupt ihre historische Rolle ausgespielt. (Siehe Böcklin.)

Die landläufige Kritik? Nun, sie bewundert, was der Handel ihr vorentdeckt. (Man könnte ja sonst in den Ruf kommen, rückständig zu sein.) Und dann hat sie immer ein Foible für die Gerissenheit vom Stamm und ist glücklich, wenn der Kunsthandel sie in seine Sphäre nimmt (Exempel: der frühere Berliner Kunstreferent der Frankfurterin, der jetzt junger Mann bei Cassirer ist).

Das System Cassirer wird so leicht nicht auszurotten sein; es ist eine notwendige Begleitererscheinung des kapitalistischen Systems, angewendet auf die Kunst. Es herrscht genau so in der Literatur, im Theater, in der Musik. Die Minorität in der Sezession hat gut erklären: „Wir hatten ein berechtigtes Interesse daran, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß es lediglich die Person und das System des Herrn Cassirer sind, denen unsere Angriffe gelten. Niemand hat das klarer erkannt, als Herr Cassirer selbst.“

Die großen Namen sind in der Verwaltung des Herrn Cassirer, er verkauft die Bilder, er gibt die Vorkäufe. Und die Presse geht immer mit den Leuten von Macht und Namen. Die von der Minorität der Sezession aufgeworfenen Fragen nach den Geschäftszusammenhängen zwischen Sezession und Cassirer werden wohlweislich nicht erörtert. Die Qualität steht auf Seiten Cassirers; also hat er recht, argumentiert der jetzige Kunstvertreter der Frankfurterin. Nächstens wird uns ja wohl die Weltgeschichte als Qualitätsproblem serviert und aller Kapitalismus um die Ecke eskamotiert werden.

Hauptmann a. D. Die Kriegervereinspatrioten sind ob des hundertjährigen Jahrestages völlig aus der Fassung geraten. Sie rebellieren gegen ihren Hauptmann und das im Lande Schlesien, deren literarische Bier er ist. Der Vorstand des Provinzial-Kriegerverbandes für Schlesien erläßt folgendes Inzerat:

Als die berufenen Vertreter der im Provinzial-Kriegerverband für Schlesien vereinigten 236 000 alten Soldaten stellen wir hiermit fest, daß in dem Festspiele, das zurzeit in der Breslauer Jahrhunderthalle aufgeführt wird, die Gefühle der alten Soldaten auf tiefste verletz werden.

Während wir alle mit Stolz und Dankbarkeit der ruhmreichen Befreiungskriege, ihrer Helden und der schlesischen Opferwilligkeit gedenken, trägt das „Festspiel“ diesen Gefühlen durchaus nicht in genügender Weise Rechnung. Darum bedauern wir die Aufführung eines solchen „Festspiels“.

Die liberalen Blätter sind natürlich empört, daß Kriegervereinsler sich ein Urteil erlauben, da doch die berufenen Literaturkritiker die verhehlte Sache so schön eingerenkt zu haben glaubten. Daß „die alten Soldaten“ in diesen Dingen schließlich auch ihrem Empfinden

Ausdruck geben wollen, ist gewiß ihr gutes Recht. Wenn natürlich auch die Sprüche von Stolz und Dankbarkeit und dergleichen zeigen, wer von den alten Soldaten hier zu Worte kommt: nämlich die Herren Borgefetzten. Aber wir fürchten, wenn das Volk selbst zum Urteilen käme, es würde, wenn auch nicht aus patriotischen Gründen, dieses Zwitterding ebenso deutlich ablehnen.

Ein neues Dogma. Dem „Corriere della Sera“ zufolge hat der Papst die Absicht, binnen kurzem ein neues Dogma zu proklamieren, nämlich das der Himmelfahrt der Jungfrau Maria. Bis jetzt erachtet die Kirche es nicht als lehrerisch, an der Himmelfahrt der Mutter Gottes zu zweifeln; künstlich würde der Glaube zu den Grundwahrheiten der katholischen Kirche gehören. Kraft seiner Unfehlbarkeit kann der Papst die Zahl der Grundwahrheiten der Kirche beliebig vermehren. Im Dezember 1864 proklamierte Pius IX. das Dogma der unbefleckten Empfängnis, im Jahre 1870, kurz vor dem Fall der weltlichen Herrschaft des Papstes, wurde die päpstliche Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben. Seit 43 Jahren hat man kein neues Dogma mehr proklamiert; da schon einmal ein neues fällig ist, kann es ebenjotig die Himmelfahrt Maria betreffen wie andere Dinge, solange es sich nur um Geschichten handelt, bei denen niemand dabei sein konnte. Mit aktuellen Dingen, so namentlich mit der eigenen Unfehlbarkeits-Erklärung hat das Papsttum Rech gehabt.

Notizen.

— Freiborststellungen von wegen S. M. Das Berliner und Königräber-Theater gingen voran und die Schiller-Theater folgen jetzt mit der Reklameidee: am Jubiläumstage Freiborststellungen zu veranstalten. Da unsere Leser an dergleichen Sachen sich nicht beteiligen, brauchen wir sie nicht extra davor zu warnen, etwa Zeit aufzuwenden, um schließlich keinen Platz zu bekommen.

— Die Wildnisammlung der Rationalgalerie die in der Schinkelschen Bauakademie von Prof. Justi eingerichtet wurde, soll am Mittwoch eröffnet werden. (Grund genug für die „führenden Blätter“, sich schon jetzt einzuschmuggeln und vorher zu berichten. Wozu ist eigentlich der Schriftstellerschupperband da, wenn er dergleichen unflanteren Wettbewerb nicht verhindern kann?)

— Der wiederbelehte Monteverdi. Im Breslauer Stadttheater wurde Claudio Monteverdis aus dem Jahre 1907 stammende Oper „Orfeo“ (Orpheus) deutsch aufgeführt. Sie zeigte sich noch lebensfräftig.

— Das siegreiche Kilowatt. Die neue Leistungseinheit Kilowatt soll möglichst mit dem 1. Januar 1914 statt der „Pferdekraft“ in den Verkehr eingeführt werden. Es herrscht auch volle Einmütigkeit sowohl beim Verband deutscher Elektrotechniker, beim Verein Deutscher Ingenieure und bei allen übrigen in Betracht kommenden Körperchaften wie bei der internationalen elektrischen Kommission, daß in Zukunft als Einheit der Leistung, also auch der mechanischen Leistung, das Kilowatt gebraucht werden soll.

Jugunderhebung von 7 1/2 verkauften Monatsbeiträgen in den neun Monaten des Geschäftsjahres — einen Mitgliederbestand von 32 300. Dem Vorjahre gegenüber, das mit einem Bestande von 30 062 Mitgliedern abschloß, ist das eine erhebliche Besserung. — Im vorigen Geschäftsjahre sind noch 9003 Mitglieder neu aufgenommen und zugezogen, diesmal nur 4925. Auch ein Beweis, daß die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder noch manches zu wünschen übrig läßt. Daß die Fluktuation auch in diesem Jahre nicht geringer war als in den Vorjahren, zeigt die Tatsache, daß 2348 Mitglieder nach anderen Orten bezogen und 3211 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. Bei einem gut ausgebauten Hauskassierersystem wäre der Organisation der weitaus größte Teil der Neuzugänge erhalten geblieben. Jetzt sollen die Beiträge regelmäßig und laufend aus den Wohnungen der Mitglieder abgeholt werden. Die Hauskassierer werden zu einem wichtigen Bindeglied innerhalb der Organisation.

Die Agitation unter den Frauen war von Erfolg gekrönt. Dieser rührigen Propaganda ist der kleine Mitgliederzuwachs zu danken. Die Zahl der Leserinnen der „Gleichheit“ ist trotz der Mitgliederzunahme weiter gestiegen und zwar von 1010 auf 895 Abonnenten. — Die Frauenversammlungen waren im allgemeinen gut besucht. — In 44 Ortsvereinen sind weibliche Mitglieder. In 25 Ortsvereinen finden Lesabende für die weiblichen Mitglieder statt. Um den schon vorgebildeten Genossinnen Gelegenheit zur Weiterentwicklung zu geben, wurden im Januar und Februar Bildungskurse veranstaltet.

Im Berichtsjahre wurden 391 Mitgliederversammlungen, 144 öffentliche Versammlungen und 23 Versammlungen in den Agitationsbezirken der einzelnen Vereine abgehalten. Dazu kommen noch etwa 60 Frauenversammlungen. — 3 000 000 Flugblätter und Broschüren wurden im Kreise verbreitet.

Die Abonnentenzahl der Parteipresse am 31. März 1913 war folgende: „Vorwärts“ 38 909 (am 1. 7. 12 = 39 742), „Neue Zeit“ 685 (426), „Gleichheit“ 895 (911), „Wahrer Jakob“ 8520 (7973).

In Gemeindefunktionen waren 16 Orte des Kreises beteiligt. 65 Parteigenossen wurden als Kandidaten aufgestellt. Gewählt wurden 27 in der dritten und 5 in der zweiten Abteilung. In 7 Städten haben wir 82 Stadtverordnete und in 52 Landgemeinden 151 Gemeindevorsteher.

Die Lokalkommission berichtet, daß den Parteigenossen in 89 Orten 273 Lokale zur Verfügung stehen. Außerdem sind in 4 bezugslosen Orten 19 Lokale für den Verkehr der Ausflügler freigegeben.

Der Kreisbildungsausschuß hat in 18 Orten 23 Kurse mit 100 Vorträgen veranstaltet, an denen 2134 Genossen teilnahmen. In 20 Orten wurden 26 wissenschaftliche Einzelvorträge abgehalten. In 22 Orten fanden 43 künstlerische Veranstaltungen, in 6 Orten 8 Führungen durch Museen, in 7 Orten Jugendchriftenausstellungen statt. In Neußölln wurden 10, in Köpenick 5 Theaterveranstaltungen veranstaltet.

47 Ortsvereine haben eigene Bibliotheken mit insgesamt 15 143 Bänden.

Der Kreisjugendausschuß besteht erst seit sechs Monaten. Seine Tätigkeit war hauptsächlich eine beratende und läßt sich deshalb nicht durch Zahlen veranschaulichen. Die Verbreitung der „Arbeiterjugend“ nimmt ständig zu. Das Blatt hat in 28 Orten 3103 Abonnenten.

Die Kindererschulungskommission hat in 25 Orten Kontrollurinnen und Kontrollenre. Aus 11 Orten wurden 107 Uebertretungen des Kindererschulungsgesetzes gemeldet. In 61 Fällen konnte auf gutlichem Wege Abhilfe geschaffen werden. Außerdem wurden der Kommission 18 Fälle von Kindermitbehandlung, Verwahrlosung usw. bekannt. Von diesen konnte in 12 Fällen durch Verständigung mit Schulrektoren, Aemtern und Waisenspletern dem Elend gehieuert werden. Aus 14 Orten liegen keine Angaben vor, obgleich angenommen werden muß, daß auch dort Uebertretungen zu verzeichnen sind.

Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 96 635,40 M., eine Ausgabe von 76 644,22 M. und einen Bestand von 19 991,18 M.

Nachdem die Generalversammlung eröffnet war, erhielt Genosse Groger das Wort zum

Bericht des Vorstandes.

Im Hinweis auf den ausführlichen gedruckten Bericht gab der Redner eine gedrängte Uebersicht über die bemerkenswertesten Ereignisse des Geschäftsjahres. Unter anderem betonte er, daß in nächster Zukunft eine rührige Agitationsarbeit betrieben werden müsse. Um größere Erfolge als bisher zu erzielen, sei eine Reorganisation notwendig, in dem Sinne, wie sie der Kreis bei der Verbandsgeneralversammlung beantragt habe, also die Zusammenlegung der acht Groß-Berliner Wahlvereine zu einem einzigen Verein. Dieser Gedanke werde in Groß-Berlin nicht sogleich vollen Anklang finden, weil ihm der Kreispartikularismus entgegenstehe. Doch der Kreis Leitton-Weeslow werde die Idee seines Antrages propagieren, um sie schließlich zur Durchführung zu bringen. — Im Kreise selbst hält der Vorstand regelmäßige Zusammenkünfte mit den Vertretern der Orte für notwendig, damit durch engere Kollaboration der Funktionäre die Parteiarbeit belebt werde. — Wenn auch der zahlenmäßige Mitgliederbestand nur sehr gering gestiegen sei, so sei doch die Tatsache bemerkenswert, daß die Zahl der Mitglieder, welche ihre Beiträge voll bezahlt haben, nicht unbedeutend gestiegen sei. Nach den bezahlten Beiträgen gerechnet sei die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 2293 gestiegen. Das sei also ein durchaus gesundes Verhältnis der Organisation. Selbstverständlich müsse zugeeignet weitergearbeitet werden, damit wir noch größere Erfolge zu verzeichnen haben.

Zum Kassenbericht machte der Kassierer Bagels längere Ausführungen, die sich in der Hauptsache auf die Kassengeschäfte einzelner Orte bezogen.

Die örtlichen Angelegenheiten nahmen auch in der

Diskussion

einen breiten Raum ein. Außerdem bemerkte man in Uebereinstimmung mit dem Referenten des Vorstandes, daß Flugblattverbreitungen nicht so häufig, sondern nur bei wirklich wichtigen Anlässen hingenommen werden sollten, weil sonst das Interesse der Genossen an den Flugblattverbreitungen erlahmen würde. Es wurde auch gewünscht, daß die Flugblätter nicht immer für ganz Groß-Berlin gleichlautend, sondern den örtlichen Verhältnissen angepasst sein sollten.

Nach Schluß der Diskussion wurden folgende Anträge angenommen:

Der Zentralvorstand wird beauftragt, der nächsten Kreis-Konferenz einen Reorganisationsplan vorzulegen, der sich auch auf die Kassenangelegenheiten erstrecken soll. Der Plan ist dann in den Orten zu besprechen und der nächsten Generalversammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Versammlungen, Konferenzen usw. sollen nur in solchen Lokalen abgehalten werden, die der Partei den ganzen Tag zur Verfügung stehen.

Die Prohkommission möge veranlassen, daß die keinen örtlichen Wahlvereine in der Parteipresse mehr berücksichtigt werden.

Die Verteilung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung auf die örtlichen Wahlvereine ist so vorzunehmen, daß durchschnittlich auf 250 Mitglieder ein Delegierter kommt.

Der Zentralvorstand wird ermächtigt, im Behinderungsfalle deren Stellvertreter, zu besonderen Konferenzen zur Erledigung agitatorischer und organisatorischer Fragen zusammenzubersuchen. Die kleineren und entlegenen Wahlvereine können für einen Bezirk zusammengelassen werden, bei einem Vertreter für die Orte zu entsenden hat. Ein Verteilungsplan ist der nächsten Konferenz vorzulegen.

Der Zentralvorstand wird ermächtigt, dem Kreisbildungsausschuß 500 M. für Veranstaltung von Kursen und Einzelvorträgen, und 500 M. für Anschaffung von Jugendchriften für Wanderausstellungen zur Verfügung zu stellen.

Bei der

Wahl des Vorstandes und der Funktionäre

lehnte der seitherige erste Vorsitzende Paul Girsch wegen Ueberbürdung mit Arbeiten eine Wiederwahl ab. — Genosse Böcke bemerkte hierzu: Der Vorstand sehe den Genossen Girsch mit Bedauern aus dem Amte scheiden, welches er 15 Jahre im Interesse der Partei und zur Zufriedenheit der Mitglieder verwaltet habe. Der Vorstand erkenne die Gründe, welche den Genossen Girsch zum Rücktritt veranlassen, als berechtigt an und sage ihm Dank für seine bisherige Amtstätigkeit.

Die Wahlen, welche nunmehr vollzogen wurden, hatten folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Franz Thurov, 2. Vorsitzender Emil Böcke, Sekretär Groger, Kassierer Bagels, Beisitzer: Stiefenhofer, Gwalb, Frau Rined. — Revisoren: Weinmann, Wenzel, Nibel, Ligner, Gomoll. — Aktionsausschuß: Groger, Bagels, Scholz. — Prohkommission: Heinrichs, Woid, Oloff. — Schiedskommission für Groß-Berlin: Rüter. — Lokalkommission: Kofe. — Kinderschulungskommission: Frau Rined. — Bildungsausschuß: Berg, Mohs, Piel, Richter, Schulz, Gwalb und Wenzel werden vom Vorstand in den Bildungsausschuß delegiert. — Jugendkommission: Ludwig, Peters, Jempelburg, Mohs, Karwig, Nibel, Piel, Frau Stod, Ruf, Neumann. — Für den Vorstand von Groß-Berlin wurden die Genossen Ernst, Böcke und Th. Fischer wieder in Vorschlag gebracht. Hierauf schritt die Versammlung zur Erledigung der noch vorliegenden

Anträge.

Ein aus Schöneberg eingebrachter Antrag bezieht sich auf den Fall Borchardt und verlangt, daß Genosse Girsch die Personen nenne, welche ihn zu seinem Vorgehen gegen Borchardt veranlaßt hätten. — Girsch beantragte Uebergang zur Tagesordnung, weil die Generalversammlung kein Recht habe, einen in einem anderen Kreise wohnenden Genossen zur Nennung seiner angeblichen Auftraggeber aufzufordern und weil die Erörterung des Antrages einen Eingriff in das schwebende Schiedsgerichtsverfahren gegen Borchardt bedeuten würde. — Die Schöneberger Delegierten bekämpften den Antrag Girsch. — Die Versammlung beschloß Uebergang zur Tagesordnung.

Eine Resolution aus Friedenau mißbilligt die auf dem Parteitage in Chemnitz von einzelnen Genossen gegen den Delegierten Piel abgegebenen Erklärungen. — Die Antragsteller zogen die Resolution zurück, da die Angelegenheit in den örtlichen Versammlungen schon in ihrem Sinne erledigt sei.

Heinrichs ersuchte die Genossen, welche Delegierte der Verbandsgeneralversammlung sind, gegen die von anderen Kreisen beantragte Einführung des Wochenabonnements auf den „Vorwärts“ zu stimmen, weil dasselbe die erhofften Vorteile nicht bringen, aber die Austrägerinnen mit neuen Arbeiten belasten werde.

Piel rügte, daß das „Mittelungsblatt“ den Bericht der Untersuchungskommission im Falle Borchardt im Umfang von zwölf Spalten, von der Verteidigungsrede Borchards aber nur 18 Zeilen gebracht habe. Der Redner beantragte, die nächste Nummer des „Mittelungsblattes“ solle Borchards Rede in demselben Umfang wie den Bericht der Untersuchungskommission veröffentlichen.

Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung, den Antrag Piel der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin einzusenden.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die Kreisgeneralversammlung des Wahlvereins Potsdam-Spandau-Oithavelland

Am Sonntag im „Friedrichsgarten“ zu Potsdam statt. Sie wurde vom Vorsitzenden des Kreisvorstandes, dem Genossen Emil Stahl-Spandau, eröffnet. Vertreten waren 16 Ortsorganisationen durch 26 Delegierte, darunter 6 Genossinnen. Der Kreisvorstand war durch 6 Mitglieder vertreten, für das Provinzialsekretariat war Genosse Otto Wels anwesend; außerdem nahmen an den Beratungen teil der Abgeordnete des Kreises, Genosse Dr. Karl Liebknecht, und von den diversen Kommissionen deren Vorsitzende.

Zu den einzelnen Abschnitten des gedruckten vorliegenden Geschäftsberichts gab der Kreisvorsitzende Genosse Stahl längere Ergänzungen. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins weise nicht nur keinen Fortschritt, sondern bei den männlichen Mitgliedern sogar einen Rückgang auf. Es sei begreiflich, daß nach den Reichstagswahlen ein Abfluten in der Organisation bemerkbar werde, wirtschaftliche Verhältnisse spielen hierbei an manchen Orten eine Rolle. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist um circa 100 auf 307 gestiegen, trotzdem ist die Gesamtmitgliederzahl mit 3356 nur um 22 höher wie pro 1911/12. Bei den männlichen Mitgliedern weisen 7 Orte einen bescheidenen Zugang, 8 Orte aber einen Rückgang auf. Von den rund 10 000 Gewerkschaftsmitgliedern steht nur ein reichliches Drittel innerhalb der politischen Organisation. Redner erwähnte zur engeren Agitation für den Wahlverein und die Parteipresse und zur sorgfältigeren Berichterstattung an den Kreisvorstand. Gute Fortschritte habe die Konsumgenossenschaftsbewegung, die dritte Waffe im proletarischen Befreiungskampfe, aufzuweisen. Zur Flugblattverbreitung bemerkte Redner, daß Vorzüge geoffen werden müsse, damit die Verbreitung in den Landorten besser funktionieren.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte Genosse Stahl noch die unter dem Militärdiktator leidende Lokalfrage. Dann verbreitete er sich über die Jugendbewegung und Bildungsbestrebungen. Zur Landtagswahl führte er aus, der Kreisvorstand habe der außerordentlich hohen Kosten wegen auf Abschriften der Wählerlisten verzichtet, jedoch hinsichtlich der Agitation, obwohl auf ein günstiges Wahlergebnis nicht zu rechnen war, nichts versäumt. Mit der Aufstellung eines Arbeiterkandidaten in Spandau spekulieren die Liberalen auf die nächste Reichstagswahl. Dr. Friedrich habe das nach der Landtagswahl offen zu erkennen gegeben und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die mit den Staatsarbeitern angeknüpften Beziehungen weiter gehen und gepflegt werden möchten, damit sie bei der nächsten Reichstagswahl im Entscheidungskampfe zwischen Sozialdemokraten und Liberalismus letzteren gute Früchte brächten. Das Ergebnis der Landtagswahl für die Partei war eine Vermehrung ihrer Wahlmänner von 38 auf 50 trotz des hauptsächlich in den Landorten ausgeübten Terrorismus der Gegner.

Den Kassenbericht ergänzte der Kassierer Genosse Ernst Groger durch einige Bemerkungen, die sich hauptsächlich darauf bezogen, daß, wenn man die Mitgliederzahl nach den Beitrags-eingängen berechnet, ein noch unangünstigeres Resultat, als es im Vorstandsbericht festgestellt sei, herauskomme. Die Gesamteinnahme der Kreis-Kasse betrage für die dreiwöchentliche Berichtszeit 7461,85 M., die Ausgabe 6052,23 M. Der Ueberschuß 1409,50 M. der Kassenbestand am Schluß des Geschäftsjahres 2317,17 M.

Als erster Diskussionsredner beschäftigte sich Genosse Piel nicht zunächst mit den unbefriedigenden Agitationsergebnissen, die auch in Berlin und anderwärts zu beobachten seien. Die Aufstellung eines Staatsarbeiters für die Landtagswahl sei ein geschickter Schachzug der Liberalen gewesen. Solchen Verwirrungsversuchen hätten wir mit aller Energie entgegenzutreten. Was unsere Resultate anbelangt, so habe uns die erstellte Stimmentnahme weit über alle anderen Parteien hinaus. Wir können nun nach der Wahl nur erneut die Tatsache feststellen, daß wir im Wahlkampf auf dem Boden der indirekten Wahl das Wahlnrecht nicht aus den Angeln zu heben vermögen. Daher wählen wir daran denken, daß der Druck von außen kommen müsse mit allen außerparlamentarischen Mitteln habe das Volk seinen Willen zur Geltung zu bringen. Die letzte Landtagswahl habe unser Interesse am Wahlkampf nicht etwa erschöpft, sondern wir müssen betonen, daß wir nun erst recht und mit allen gesetzlichen Mitteln eine

Wahlreform anstreben, die den Bedürfnissen des Volkes entspricht. (Beifall.)

Appoldt-Spandau und Böcke-Vornstedt bestreiten nach einigen Ausführungen zur Agitation die Nichtigkeit der vom Kassierer Groger zur Feststellung der Mitgliederzahl angewendeten Methode, da z. B. aus irgendeinem Grunde größere Beitragsrückstände, die später noch bezahlt werden, vorhanden sein können. Es ergab sich so eine geringere Beitragsentnahme, trotz dem Vorhandensein einer festen größeren Mitgliederzahl.

Es folgen nunmehr die Berichte der Kommissionen, die mit einem längeren Referat des Genossen Dolbeis-Hennigsdorf über Zweck und Ausbau der Jugendbewegung eingeleitet wurden.

Für den Bildungsausschuß berichtet Jahnke-Spandau. Dem durch Genossen Kasimir-Spandau kurz vorgetragenen Bericht der Lokalkommission schließt sich eine längere Diskussion, an der sich die Genossen Schöneberg-Velten, Ramon-Spandau, Liebknecht und Krumnom-Kehin beteiligten. Die Aussprache drehte sich vorwiegend um die Jugendbewegung und um die Frage, inwiefern dieselbe durch die Arbeiter-Sport- und Turnvereine gefördert werden könne. Es wurde auf die bürgerliche Jugendbewegung verwiesen, von der Genosse Wels sagt, daß deren Erfolge durchaus nicht so groß seien, als man sie hinstelle; oft trete sie nur härter in die Erscheinung, weil man auch die schulpflichtige Jugend zu den Veranstaltungen heranziehe. Stach-Potsdam unterbreitete diese Ausführungen, auch in Potsdam, wo man der bürgerlichen Jugendbewegung die Kasernen zur Verfügung stelle, sei deren Erfolg nur ein minimaler, die proletarische Jugend Potsdams werde von ihr nicht erfasst.

Nach der Mittagspause wurden die zum Kreisrat gestellten Anträge beraten. Beschlossen wurde zu § 13 die Kreisgeneralversammlung jedes Jahr nach Abschluß des Geschäftsjahres abhalten zu lassen. Zu § 17 wurde folgender Antrag des Kreisvorstandes angenommen: Die Wahlvereine haben von sämtlichen Einnahmen 75 Proz. an die Kreis-Kasse abzuführen, mit Ausnahme der Beträge für verkaufte Parteibücher und Sammelbüchlein, die unverzinst an die Kreis-Kasse abzuführen sind.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurden zur Provinzialkonferenz in Frankfurt a. O. die Genossen Stach, Lehmann, Stiller, Jahnke, Krumnom und Hausmann delegiert.

Ein Referat über den Parteitag in Jena ist dem Genossen Liebknecht übertragen, der in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Militärvorlage und die im Zusammenhang mit dieser stehenden Bedingungsfrage stellt, die als Steuerfrage auf dem Parteitag wahrscheinlich eine eingehende Behandlung zu erwarten habe. Zur Militärvorlage werde unsere Fraktion, wenn sie angenommen ist, bei der Bedingungsfrage die Politik des kleineren Uebels wählen und für die den Weich belastenden Steuern stimmen. Vor allen Dingen jedoch gelte der Kampf zunächst der Militärvorlage selbst. Wenn der Fraktion in der Stuttgarter Resolution der Vorwurf gemacht werde, sie trete nicht energisch genug gegen dieselbe auf, so müsse zwar anerkannt werden, daß diese Resolution von dem guten Willen getragen werde, alles zu tun, was gegen die Vorlage getan werden könne, aber man dürfe zur Fraktion das Vertrauen haben, daß sie schon bisher in diesem Sinne gehandelt habe und es auch ferner an nichts fehlen lassen werde.

Stach sagt: Die von Liebknecht angeführte Stuttgarter Resolution sei ihm nicht unsympathisch, denn auch seiner Ansicht nach müsse mit aller Schärfe gegen die Militärvorlage vorgegangen werden. Bezüglich der Militärvorlage, die ja ebenfalls den Parteitag beschäftigen müsse, ist Redner der Ansicht, daß sich nun gezeigt habe, wie viel an ihr verstanden worden sei; nach der diesjährigen Beteiligung werde man wohl wissen, was mit der Militärvorlage zu geschehen habe.

Wels-Hallensleben schließt sich bezüglich der Militärvorlage dem Redner an. Bezüglich der Reichstagsfraktion zur Militärvorlage redet er von „allgemeinem Vorfremden“, worauf Wels erwidert, daß Reuehrungen eines einzelnen Parteimitglieds doch nicht verdienen, als solche der Allgemeinheit beigezeichnet zu werden. Man könne zur Fraktion das Vertrauen haben, daß in ihr der Niederschlag der Energie des Volkes konzentriert sei und sie diesen mit aller Kraft betätigen werde. In ihr sei der beste Wille vorhanden, alles zu tun, was gegen die Militärvorlage unternommen werden könne. (Beifall.)

Angenommen wird eine Resolution des Genossen Liebknecht, die zur Landtagswahl feststellt, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht seine gemeingefährliche Aufgabe, den Volkswillen zu strangulieren, bei den jetzigen Landtagswahlen wiederum erfüllt habe.

Der Wahlrechtskampf des preussischen Proletariats müßte gegebenenfalls auch unter rücksichtsloser Anwendung der stärksten außerparlamentarischen Mittel geführt werden. Das belgische Proletariat wird durch die Resolution zu seiner ausgezeichneten Führung des Wahlrechtskampfes aufs warmste beglückwünscht.

Zur Jugendbewegung werden zwei Resolutionen angenommen, die zur Förderung derselben durch Bildung von Kommissionen zu planmäßigerer Ausklärung auffordern. Die zweite Resolution ist für den deutschen Parteitag bestimmt, sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die notwendige Ausklärung der weiblichen Jugend und fordert vom Parteivorstand hierzu, daß er größere Mittel zur Verfügung stellt.

Die Generalversammlung nahm hierauf ein Referat des Genossen Georg Schmidt über die Landarbeiterfrage im Kreise entgegen; alsdann wählte sie als Delegierten zum Parteitag in Jena die Genossen Stahl und Piel. Die Wahl des Kreisvorstandes, der Kommissionen und Revisoren ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Genossen.

Die nächste Kreisgeneralversammlung soll in Hennigsdorf abgehalten und so einberufen werden, daß es möglich ist, zur bereits bekannt gegebenen Tagesordnung des deutschen Parteitages Stellung zu nehmen.

Um 1 1/2 Uhr wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Den Potsdamer Genossen dankt der Vorsitzende für die prächtige und sinnreiche Ausschmückung des Saales und den Arbeiterjüngern für ihr stimmungsvolles Begrüßungsglied.

Generalversammlung des deutschen Bundes für Mutterschutz.

Unter dem Vorsitz des Herrn Sanitätsrats Rosenhals-Breslau begann am 8. Juni im Krantitzenshaus die Generalversammlung des deutschen Bundes für Mutterschutz. Der erste Redner, Sanitätsrat Dr. Alexander, ein Arzt der alten preussischen Schule, behandelte die Frage der „Einflussung des Rückgangs der Geburten“. Er wies auf die Wehrvorlage hin, meinte, daß wir keine Ursache hätten, höhnisch auf Frankreich herabzusehen, da auch hier bei uns trotz zunehmender Eheschließungen die Geburtenzahl zurückgehe. Es gäbe dabei nationale Politik und soziale Politik einander ins Gehege. Es sei zugegeben, daß in kinderreichen Familien größere Sterblichkeit herrsche. Trotzdem müsse das Wohl des Individuums hinter das Staatswohl zurücktreten. Sinken der nationalen Stärke bedeute Rückgang der Volksmacht. Weiteres Sinken der Geburtenzahl, denn auch die relative Einschränkung sei ins Auge zu fassen, bedeute weniger Arbeiter. Schon heute kämen alljährlich circa 850 000 Säuglinge ins Land. Jeder davon nähme ungefähr 200 Mark mit nach Hause. Es handle sich also nicht nur um die Wehrfrage, sondern es spiele auch die Kapitalfrage in dieses Gebiet. Die wirtschaftlichen Ursachen seien keineswegs allein ausschlaggebend, auch nicht an erster Stelle. Der Rückgang habe bei uns seit Jahren einge- setzt, durch Konzeptionsverhütungsmittel und Abtreibung. Die schließliche Kerkammer mache die „moderne Frauenbewegung“ verantwortlich für den Geburtenrückgang. Die Damen wären zu vergenugungsfähig geworden, wollten keine Schmerzen leiden. Auch der Arbeiter von heute habe denken gelernt, er habe dadurch zweifellos an Bildung gewonnen, aber auch viele schädigende Ansichten eingelesen. Er wolle sich nicht mehr für eine große

Kinderzahl abdrücken. So denke auch die Arbeiterfrau. Auch die nicht ins Gewerbeleben gedrängte Frau wolle nicht viele Kinder haben, sie pübe sich lieber, amüsiere sich lieber, sie wüschte die Aborte, und das erbische Gefühl somit bei Mann und Frau ab. Auch die Geschlechtskrankheiten spielen eine Rolle. Ihre Einschränkung würde größere Geburtenzahl bewirken. Das Schlimmste aber seien ihm die Sexualannoncen, von denen er zum Beispiel im „Breslauer Generalanzeiger“ zwölf in einer Nummer gefunden, auch die „Jugend“ und andere Blätter klagte er an. Die sozialdemokratischen Zeitungen und die konservativen brachten diese Inserate nicht oder verschwindend wenig. Prospekte von Verkaufshäusern wie die Margonal-Kompagnie seien zu verwerfen. Dann zogen auch zahlreiche Hausiererinnen im Lande umher, die den Frauen Mutter- und ähnliche Gegenstände verkauften; vor allem Dingen hätte das Bilgische Buch, das in 100000 Exemplaren abgesetzt worden wäre, wegen seiner Kapitel über Geschlechtsangelegenheiten sehr geschadet. Es müßten mehr Gebärtschule angelegt werden, in denen keine Nachforschungen angestellt würden, die Humanität müsse einsehen, die Verbrechen mindern. Der Redner wünschte ein Gesetz gegen die Sexualannoncen, Vorgehen gegen die Antikonzeptionsmittel, gegen die Kurpfuscherei. Es sei nationale Pflicht, die zum Teil unerschütterlichen Frauen vor Ausbeutung ihrer Gesundheit und ihres Geldburses zu schützen.

Der zweite Redner, der Statistiker Dr. Silbergleit, nennt den Geburtenrückgang das Wesen der Negation. Die Hygiene des Kindes sei allerdings in den Vordergrund getreten. Es gebe Säuglingsfürsorge, Schulfürsorge. Dazwischen lasse noch die Lüge: „das unbedarftige Kind“. Bei unseren 65 Millionen Einwohnern habe die Geburtenzahl 1910 auf 81 pro Tausend gestanden. Diese Zahl war verhältnismäßig immer höher. In den 50er Jahren hätten allerdings niedrigere Zahlen eingeseht, aber nach dem Kriege 1871 begann die Zahl sehr zu steigen, erreichte 1876 die Höhe 42. Stand dann auf 41 in den 90er Jahren. Leise Abnahme begann in den 80er Jahren, sank im Jahre 1911 auf 30,2 und 1912 auf 28,7. Das bedeute eine Abnahme um fast ein Drittel. Österreich hatte z. B. 1848 noch die Geburtenzahl 52, im Jahre 1911 nur noch 32. Der Vergleich mit anderen Ländern sei schwer, weil manche Länder kaum eine Geburtenzählung hätten, andere, wie England, erst spätere Geburtenanzeigen, so daß die vor Anmeldung Geborenen schon zu den Totgeborenen gerechnet würden. Die österreichische Geburtenzahl sei 34. Die Balkanländer hätten besonders hohe Ziffern. Rußland habe 1906 die Geburtenzahl 44 aufzuweisen gehabt. Die Slawen freuten sich noch harmlos des reichen Kindersegens. Die Geburtenzahl Italiens sei 33. Frankreich habe 1910 nur noch 19,7 aufgezeigt.

Die Großstädte differierten natürlich stark mit dem ländlichen Lande. 1910 hatte beispielsweise Berlin die Geburtenziffer 23,5, Chemnitz, Düsseldorf 21. Es geht eben ein Denken durch die Köpfe und ein Willen durch das Denken, konstatiert der Statistiker, der nur für eine relative Beschränkung zu haben ist. Der Mindererung der Sterblichkeit sei eine Grenze gesetzt, die Bedeutung des Erbes bleibe bestehen und die Geburtenpolitik habe zu beginnen. Wenn 1908 85000 Anaben weniger geboren seien als 1904, so gebe das eben einen bedeutend geringeren Soldatenzuwachs für den betreffenden Jahrgang. Die Abnahme der Geburten zeige ein deutliches Gepräge. Die ehelichen Geburten nehmen ab, die unehelichen halten sich auf gleicher Höhe. Die frühere eheliche Fruchtbarkeit in Berlin sei z. B. von 240 pro Tausend auf 90 gesunken. Liege Degeneration vor? Höchstens bei jugendlichen Arbeiterinnen liege sich das vielleicht nachweisen. Die Geschlechtskrankheiten kämen allerdings auch beim Geburtenrückgang in Betracht, weniger der Alkohol. Das Beispiel der Reichen habe auf die Arbeiter gewirkt. In der Hauptfrage aber machte der Statistiker im Gegensatz zu Dr. Alexander die wirtschaftlichen Zustände als Ursachen des Geburtenrückgangs geltend. Die Berufsarbeit der verheirateten Frauen, die Leuerungszeiten und das Nacharbeiten der Arbeiterin, die nicht nur Diensthote oder Sklavin des Mannes sein wolle. Auch Erbschaftsbeschränkungen lösten den Willen der Geburtenrückgänge aus. Von gesetzlichen Vorgehen gegen die Antikonzeptionsmittel berpricht er sich keine Hoffe. Er fordert Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Bessere Wirtschaftspolitik. Weg mit der Feuerung. Besondere Schutz der Mutter, jeder Mutter, weg mit dem Pharisäertum.

In der Diskussion teilte Dr. Bornstein die politischen Vorgänge: Wehrvorlage usw., lobte die Intelligenz der Berliner Arbeiter, betonte, daß die Slawen nur unter dem Kommando der Kirche so viele Kinder in die Welt setzen, geißelte besonders das von der Regierung verlangte Jölibat der Staatsbeamtinnen und tadelte die fast vollständige Abwesenheit der großen liberalen Berliner Presse bei der Tagung. Ein anderer Redner schlug vor, daß sich die Wehrvorlage danach richten solle, ob der Fehler verheiratet sei und wie viele Kinder er habe. Einige Frauen traten für die fasscherweise angelegte Frauenbewegung ein. Eine von ihnen erzählte, daß in Frankreich zufolge des Verbotes der Nachforschung nach der Vaterchaft jährlich Hunderte von deutschen Mädchen und Frauen unehelichen Kindern das Leben geben. Sie versprochen immer, wiederzukommen und die Kinder später zu holen, aber sie blieben in der Regel alle fort. Also Frankreich vermehre sich zum Schaden Deutschlands. Außerdem wurde die Wohnungsfrage, die Bodenreform verschiedentlich in die Debatte geworfen.

Verbandstag der Hutarbeiter.

Der Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands hält gegenwärtig in Berlin seine erste ordentliche Generalversammlung ab. Sie wurde am Montag im Gewerkschaftshause eröffnet. — Nachdem die einleitenden Geschäfte erledigt waren, erstattete der Verbandsvorsitzende Reichart-Altenburg den

Bericht des Vorstandes.

Der Redner verwies auf einen Beschluß der vorigen Generalversammlung, der im Weisheit der verstorbenen Genossen Fhrer als Vertreterin des Verbandes der Blumenarbeiter gefaßt wurde und dahin geht, daß die Verschmelzung mit dem Verbande der Blumenarbeiter und anderen berufsverwandten Verbänden symbolisch behandelt werde, aber noch verfrüht sei, jedoch sollten die Vorstände der beteiligten Verbände die Verschmelzungsfrage weiter verfolgen und ihrer Lösung entgegenführen. — Infolge dieses Beschlusses — so führte der Redner aus — habe der Verband der Blumenarbeiter einen Entwurf für die Verschmelzung ausgearbeitet und in seiner Generalversammlung 1911 beschlossen, sich mit dem Verbande der Hutarbeiter zu verschmelzen, mit der Generalversammlung dieses Verbandes 1912 gleichzeitig zu tagen und dann in gemeinsamer Sitzung endgültig über die Verschmelzung zu beschließen. — Nach dem Beschluß des Blumenarbeiterverbandes habe sich die Dresdener Filiale des Hutarbeiterverbandes gegen die Verschmelzung ausgesprochen, weil sie mit Rücksicht auf die immer stärker werdende Zahl der Strohhutarbeiterinnen verfrüht sei. — Hierauf habe der Verbandsvorstand sämtliche Filialen des Hutarbeiterverbandes aufgefordert, zur Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Stellungnahme sei das gewesen, daß sich von den 44 Filialen des Verbandes nur 2 für die sofortige Verschmelzung erklärten, während die übrigen 42 Filialen sich zwar nicht gegen die Verschmelzung aussprachen, sie aber als noch verfrüht erklärten. Dies Ergebnis sei den Blumenarbeitern mitgeteilt worden mit dem Ersuchen, einen Vertreter zur gegenwärtigen Generalversammlung der Hutarbeiter zu senden, auf der sich entscheiden werde, ob die Verschmelzung erfolgen werde oder vertagt werden solle.

Infolge des Beschlusses der vorigen Generalversammlung habe sich der Verbandsvorstand in der Verschmelzungsfrage auch an den Verband der Rüstfänger gewandt. Aus der Antwort gehe hervor, daß die Rüstfänger die Verschmelzungsfrage noch nicht diskutiert

haben und noch nicht feststehe, ob sie der Verschmelzung geneigt seien oder nicht. Angesichts dieser Sachlage habe der Verbandsvorstand die Sache nicht weiter verfolgt. Er halte es auch nicht für angebracht, wegen der Verschmelzung noch weiter bei anderen Verbänden anfragen zu gehen. Hoffentlich werde dem Verschmelzungspplan nun Zeit gelassen werden, sich in aller Ruhe auszureifen.

Hinsichtlich der Agitation und der Entwicklung des Berufes führte der Redner aus: Im Jahre 1910 waren im Beruf beschäftigt 8000 männliche und 17000 weibliche Personen. Im Jahre 1912 waren es 9000 männliche und 21000 weibliche Personen. In der Strohhutindustrie stieg in den drei Jahren die Zahl der Arbeiter von 3400 auf 3600, die der Arbeiterinnen von 12000 auf 15000. 60 Proz. der Berufsangehörigen sind in der Strohhutindustrie beschäftigt. Mindestens die Hälfte der Strohhutarbeiterinnen sind Heimarbeiterinnen. In den übrigen Branchen war die Zunahme der Arbeiterzahl verhältnismäßig gering. Das bedeutet aber keinen Stillstand der Produktion, denn besonders in der Haarputz- und Wollhutindustrie ist die Produktion durch Zunahme der Maschinen- und Teilarbeit enorm gesteigert. — Im Herbst und Winter findet ein starker Zustrom von unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen nach den Hutfabriken statt. Auf die Gewinnung dieser Massen ist das Schwergewicht in der Agitation gelegt worden.

Seit 1910 ist die Mitgliederzahl von 8171 auf 11081, also um 2917 = 35 Proz. gestiegen. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 5156 auf 5820, die der weiblichen von 3015 auf 5250. Die ersten haben sich um 10, die letzteren um 42 Proz. vermehrt. — Die Steigerung der Mitgliederzahl könnte weit höher sein, wenn überall mehr Wert auf die Erhaltung der Mitglieder im Verband, auf die Hausfassung und die wöchentliche Verteilung des Fachblattes gelegt würde. Wo die Hausfassung eingeführt ist, war die Fluktuation nur gering.

In den letzten drei Jahren wurden 334 Lohnbewegungen teils mit, teils ohne Streik geführt. An den Bewegungen waren 10 635 Personen beteiligt. Für 5000 Beteiligte sind etwa 500 000 M. an Lohnsteigerungen und für 3312 Beteiligte Zuschläge für Ueberstunden erreicht worden. — Als eine auffallende Erscheinung bezeichnete es der Redner, daß bei den Lohnbewegungen die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit fast ganz fehlte. Das erklärte sich daraus, daß die Hutindustrie ein Saisongewerbe sei, in dem viele Wochen Arbeitslosigkeit herrsche. Andererseits müsse aber festgestellt werden, daß in vielen Orten der Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend in den ersten Nachmittagsstunden durchgeführt worden sei, ohne daß die Arbeitszeit an den anderen Wochentagen verlängert worden sei.

Die Arbeitslosigkeit habe einen großen Umfang erreicht. In den letzten drei Jahren seien unter den Mitgliedern 22 786 Fälle mit 605 728 Tagen Arbeitslosigkeit verzeichnet. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit pro Mitglied betrug im Jahre 1910 14 1/2 Tage, 1911 17 1/2 Tage, 1912 28 1/2 Tage. Die meisten Arbeitslosen kommen auf die Strohhutarbeiterinnen. Sie würden meist am Schluß der Saison entlassen, beim Beginn der neuen Saison nicht wieder eingewirkt. Die Fabrikanten stellen dann mit Vorliebe Unorganisierte ein und die Verbandsmitglieder bleiben arbeitslos. Der Verband betrachte es als seine Aufgabe, diesem Uebelstande entgegenzuwirken.

Den

Rassenbericht

gab der Kassierer Siebert-Altenburg. In den drei Jahren der Berichtzeit hatte die Verbandskasse eine Einnahme von 623 621 M., eine Ausgabe von 518 733 M., also einen Ueberschuß von 104 888 M. Für Unterstützungen wurden 833 854 M. ausgegeben. Für Kampfzwecke wurden 56 616 M. verwandt. Das Verbandsvermögen ist von 178 090 M. auf 282 068 M. gestiegen. — Die Invalidentasse verzeichnet eine Einnahme von 24 881 M., eine Ausgabe von 30 873 M. Die Frauenstiftung hatte 15 185 M. Einnahmen und 11 082 Ausgaben. Unter Hinzurechnung der Bestände dieser Kassen stellt sich das Gesamtvermögen der Hauptkasse auf 339 718 M.

Grassow-Ludenwalde erstattete den Bericht des Ausschusses, der sich auf eine Anzahl von Beschwerden ohne allgemeines Interesse erstreckte.

In der

Diskussion.

Die sich gleichzeitig auf alle drei Berichte erstreckte, wurden Einzelheiten aus der Verbandsmitgliedschaft besprochen und Wünsche hinsichtlich der Agitationsarbeit ausgesprochen. Es wurde gewünscht, daß die früher geführten Lohnstatistiken wieder aufgenommen werden, damit sicheres Material für Verhandlungen bei Lohnbewegungen geschaffen werde. Die Redner, welche zur Verschmelzungsfrage sprachen, meinten, die Verschmelzung sei auch jetzt noch nicht zeitgemäß. Ein Dresdener Delegierter beantragte, die Verschmelzung zu vertagen.

Nach den Schlussworten der Referenten wurde dem Vorstand und dem Ausschuss Entlassung erteilt.

Als über den Dresdener Antrag abgestimmt werden sollte, stellte der Vorsitzende Reichart fest, daß der Vorsitzende des Verbandes der Blumenarbeiter eingeladen sei, auch zugezogen zu erscheinen, aber bis jetzt nicht erschienen sei. — Nun entstand die Frage, ob man die Abstimmung bis zum etwaigen Erscheinen des Vorsitzenden der Blumenarbeiter aussetzen sollte. Da aber nicht bekannt war, ob er überhaupt erscheinen würde, stimmte die Versammlung sofort ab und beschloß dem Dresdener Antrage gemäß, die Verschmelzung zu vertagen.

Hierauf behandelte die Versammlung den zweiten Punkt der Tagesordnung:

Statutenberatung.

Die Erörterungen drehten sich zunächst um die Invalidentasse. Sie ist eine besondere, von der Verbandskasse getrennte Einrichtung. Die männlichen Verbandsmitglieder sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, der Invalidentasse beizutreten. Diese Kasse hat etwa 1200 Mitglieder. Sie ist in der gegenwärtigen Verfassung nicht mehr lebensfähig, weil die Beiträge im Verhältnis zu den Leistungen zu niedrig und die Hälfte der Mitglieder schon bezugsberechtigt sind. Es handelt sich nun um die Frage, ob und wie die Invalidentasse saniert werden kann, ob sie zu einer obligatorischen Einrichtung gemacht oder ob sie aufgelassen werden soll. Diese Angelegenheit rief eine eingehende Debatte hervor, die am Schluß der Sitzung noch nicht beendet war.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zwei Urteile.

150 M. Strafe wegen Verleumdung der Direktion der Straßenbahn- und Elektrizitätsgesellschaft Königsberg erhielt Genosse Markwald-Königsberg. Die Gesellschaft hatte im vorigen Jahre beim Streik der Straßenbahner dem Königsberger Magistrat wahrheitswidrig mitgeteilt, daß die Straßenbahner das Streikrecht verlangt hätten. In Wirklichkeit hatte die Gesellschaft versucht, den Straßenbahnangehörigen das Koalitionsrecht zu nehmen. In der Stadterordnetenversammlung hatte R. deshalb gesagt, die Gesellschaft schwinde, was sie schwindeln könne. Und in einer Volksversammlung hatte er erklärt, die Gesellschaft habe wider besseres Wissen dem Magistrat Mitteilungen über den Streik gemacht. Einer der Direktoren, Dr. Krüger, vormalig freisinniger Landtagsabgeordneter, hatte in Bezug auf Markwald von einem Uebertat gesprochen. Auf die von R. erhobene Uebertat wurde Direktor Krüger zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Ansjunkuraussichten heißt es in dem Wochenbericht der Berliner Handels-Gesellschaft:

„In den Verlässen aus den industriellen Gebieten häufen sich die Symptome, welche auf eine Abschwächung der Kon-

junktur hindeuten. Es wird immer klarer, daß die an die politische Beruhigung geknüpften Hoffnungen zunächst nicht in Erfüllung gehen. Man hatte vielfach damit gerechnet, daß unmittelbar nach Einstellung der Feindseligkeiten eine starke Erleichterung des Geldmarktes und ein neuer Aufschwung in der industriellen Tätigkeit eintreten werden. An Stelle des letzteren zeigt sich aber zunehmende Zurückhaltung des Handels und des Konsums; beide legen sich in ihren Bestellungen die größte Reserve auf, da sie mit einem weiteren Nachlassen der stark ins Zeichen gekommenen Preise rechnen. So sänkt der Auftragsbestand bei den Produzenten immer mehr zusammen, und diejenigen Werke, welche sich nicht früher durch langfristige Verträge gesichert hatten, sind bereits nach neuer Beschäftigung auf der Suche, wodurch die Unsicherheit der Marktlage natürlich noch verstärkt wird.“

Liebesgabe als Wehrbeitrag.

Die Großhandelspreise zeigen zwar eine etwas sinkende Tendenz, aber die augenblickliche Exporttätigkeit scheint darauf gerichtet zu sein, die Preise im Inlande wieder in die Höhe zu bringen. Diese Politik kostet dem Volke viele Millionen. In den ersten 4 Monaten des laufenden Jahres sind Rüsse im Werte von 51 178 670 M. mittels Einfuhrschleinen beglichen worden, gegen 41 964 206 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres und 38 857 230 M. in demselben Abschnitt 1911. Seit August v. J. bis Ende Mai d. J. sind bereits circa 44 Millionen Mark als direkte Ausfuhrprämien auf Roggen gezahlt worden. Es betrug nämlich der Ausfuhrüberschuß (Ausfuhr nach Abzug der Einfuhr) für die Zeit vom 1. August bis 31. Mai:

	1910/11	1911/12	1912/13
	Da.	Da.	Da.
Roggen	2 315 783	5 141 920	5 681 436
Roggenmehl	1 480 880	1 236 912	1 845 642

Rechnet man mit einer durchschnittlichen Ausbeute von 60 Proz. für Roggenmehl, dann ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß von insgesamt 8,7 Millionen Doppelzentner Roggen. Die Ausfuhrprämie muß von den Konsumenten getragen werden, sie dient sogar noch dazu, ihnen die Preise hinaufzuzurauen. Die „Begeisterung“ für den Wehrbeitrag rechtfertigte doch wohl den Verzicht auf Liebesgaben. Was wäre aber, wenn die Ausfuhrprämie für das Opfer auf des Vaterlandes Altar eingezogen würde? Da die Junker behaupten, die Wehrjobber schlüdten die Ausfuhrprämie, die Exporteure dagegen der Ansicht sind, die Großgrundbesitzer seien die glücklichen Empfänger, darf man wohl erwarten, daß sowohl die Vertreter des Handels, als auch die der Agrarier, der Ueberführung der Ausfuhrprämie an den Wehrjobber beigestimmt werden. Oder sollte das ein Jrrtum sein? Jedenfalls sollte man die Probe auf die patriotische Tragkraft nicht unterlassen.

Die Welt-Rohseidenenergie.

Das Syndikat der Yoner Seidenbänder gibt die Gesamt-Rohseidenenergie für das Jahr 1912 mit 267 400 Doppelzentner an. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Ostasien in immer stärkerem Maße die Seidenproduktion beherrscht (1912: 73 Proz.). Es lieferte die Rohseidenenergie

	Jahresdurchschnitt		
	1908-09	1909-11	1912
in Europa	57 800	48 050	49 900 Doppelzentner
in der Levante und Zentralasien	81 140	29 330	28 000
in Ostasien	188 340	167 870	194 500
Zusammen	226 840	245 250	267 400

Beteiligt sind an den ostasiatischen Lieferungen China, Japan und Vorder- und Hinterindien.

Die deutsche Salinenindustrie und ihre Arbeiter.

Die Erhebungen über die Verhältnisse der deutschen Salzherstellung, soweit sie von Salinen betrieben wird, haben für das Jahr 1911 folgendes Ergebnis gehabt:

	Nord- u. Westdeutschland		Thüringen	Erd- deutschl.
	Zahl der Betriebe	Arbeiter		
Zahl der Betriebe	28	15	15	26
Arbeiter	1 715	1 033	1 862	1 862
pro Betrieb	61	69	62	62
Durchschnittl. Jahresverdienst	1 294	1 207	1 162	1 162
Wochenlohn	23,78	23,21	22,92	22,92
Wert der Jahrezeugung	7 088 000	4 988 000	7 090 000	7 090 000
p. Arbeiter	4 188	4 778	5 208	5 208

Es ist zu beachten, daß in dem Posten Löhne die Gehälter der Angestellten einbegriffen sind. Der eigentliche Arbeitslohn wird also noch niedriger sein. Uebrigens bestehen auch innerhalb der oben summarisch zusammengefaßten Produktionsgebiete erhebliche Lohnunterschiede. So wurden bezahlt in folgenden Salinebezirken:

	Jahresverdienst	Wochenlohn
	Mark	Mark
Im norddeutschen Salinebezirk	1201	23,10
osthannoversch- braunschweigischen Salinebezirk	1379	26,52
westfälisch- westhannoverschen Salinebezirk	1186	21,85
Weserbezirk	1099	21,18
sächsisch- thüringischen Salinebezirk	1207	23,21
mittelrheinisch- fränkischen Salinebezirk	1000	19,23
lothringischen Salinebezirk	1065	20,48
bairisch- sächsischen und oberbayerischen Salinebezirk	1247	23,94

Ueber die Höhe des Unternehmer-Lohnes wird nichts mitgeteilt. Doch darf man annehmen, daß er verhältnismäßig höher sein wird, als die elende Entlohnung der Arbeiter.

Die rumänische Petroleumproduktion.

Der rumänische „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Liste von 61 Raffinerien, die im Jahre 1913/14 zusammen 57 549,4 Tonnen Leichtöl an den Markt bringen sollen. An der Spitze steht die Steaua Romana mit 8478,1 Tonnen, also 15 Proz. der Gesamtproduktion. Mit weiteren 6 Raffinerien wird sie 29 985 Tonnen produzieren. Elf Prozent der Firmen beherrschen also 52 Proz. der Produktion.

Soziales.

Unzulässiger Sonntagsdienst.

Der frühere Portier Aulinski war von der Weitzirma Stollweck gegen ein monatliches Gehalt von 125 M. und mit monatlicher Kündigung angestellt und mußte dafür von morgens 6 Uhr bis abends 8 1/2 Uhr tätig sein. Der Kläger war am 16. Mai plötzlich entlassen worden, weil er sich geweigert hat, ohne besondere Bezahlung auch noch Sonntags Dienst zu tun. Bei Abschluß des Anstellungsvertrages war dem A. nichts von dem Sonntagsdienst mitgeteilt worden. Der Vertreter der Firma glaubte aber, eine solche Arbeitsleistung als selbstverständlich voraussetzen zu müssen. Der Kläger dagegen wurde in seiner Auffassung dadurch bestärkt, daß er des Himmelstages wegen erst am 2. Mai angurert wurde. Er hat auch an einem Sonntage und an den beiden Pfingstfeiertagen seinen Posten auf Wunsch des Betriebsbeamten ausgefüllt, aber immer in der Voraussetzung, er bekomme die besondere Bezahlung extra vergütet. Als er erfuhr, er trete sich hierin und ihm noch dazu eine Dienstordnung zugemutet würde, die auch nicht einen einzigen Sonntag für ihn frei ließ, weigerte er sich und wurde kurzerhand entlassen. Er klagt nun vor dem Preßigen Gewerbegericht auf 60 M. Restgehalt für Mai und 125 M. bis zum

Gewerkchaftliches.

Gewerkchaften, Liberalismus und Wissenschaft.

Das Aushängeschild für die Privatangestellten, Herr Dr. Heinz Potthoff war vor Jahren einmal sehr radikal und gewerkchaftlich gesinnt. Seitdem nun die gewerkchaftliche Angestelltenbewegung wächst, seitdem insbesondere sich die Bankbeamten zu einer sehr rührigen Gewerkschaft zusammengeschlossen haben, die den liberalen Bankdirektoren recht unbehagen wird und die bereits die Maßregelung verschiedener Angestellter zur Folge hatte, hat auch Potthoff eine sehr deutliche Schwendung nach rechts gemacht und damit die lebhafteste Zustimmung aller Harmonieverbände gefunden. Wir wollen hier nicht den ganzen widerspruchsvollen Entwicklungsgang verfolgen, den Potthoff in Angestelltenfragen durchgemacht; seine letzte Theorie ist die — wenn er inzwischen nicht eine neue hat —, daß der gewerkchaftliche Kampf für die Privatangestellten unmöglich sei, weil sie in ihren Programmen eine „beamtenähnliche“, sichere auskömmliche Existenz erstreben würden, was niemals durch gewerkchaftliche Mittel, insbesondere Streiks, erreicht werden könne.

Der bekannte Heidelberger Privatdozent Dr. Emil Lederer, dessen wissenschaftliche Publikationen über die Angestelltenbewegung überall größte Beachtung finden, hat sich die Aufgabe gestellt, dieses Schlagwort einmal einer wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. In der neuesten Nummer des „Deutschen Bankbeamten“, Organ des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, weist Lederer darauf hin, daß es vor allem unrichtig ist, die Angestelltenpolitik als Beamtenpolitik zu bezeichnen. Er sagt:

Potthoff hat nun offenbar aus dem Schlagwort der Beamtenposition, als Inbegriff aller Forderungen der Angestellten, die Konsequenz gezogen, daß auch die Angestellten sich mit der Beeinflussung der Gesetzgebung und einem möglichst guten Verhältnis zu den Unternehmern begnügen könnten — ja er hat die weitere Forderung gezogen, daß sie die ganze Gestaltung ihrer Lage der Gesetzgebung überlassen müßten, um in eine Beamtenposition zu kommen. Dabei hat er außer acht gelassen, daß die Gesetzgebung für die Privatangestellten eben gar nicht leisten kann, was sie für die Staatsbeamten leisten oder leisten könnte, daß die privaten Angestellten nur in einigen ihrer Forderungen an die Gesetzgebung gehen können, aber daß die wesentliche Frage die Gehaltsfrage, eben auf dem Wege der Gesetzgebung nicht zur Lösung gebracht werden kann.

Nun gibt Potthoff aber noch einen zweiten Grund an, welcher für die Erlangung einer beamtenähnlichen Stellung eine „Arbeitertaktik“ unmöglich mache. Um dies behaupten zu können nimmt er zweierlei als Voraussetzung an, einmal, daß sich die Angestelltenpolitik auf Verlängerung der Kündigungsfristen richten müsse, und daß das einzige wirksame Mittel der Arbeitertaktik der Streik sei. In sehr feiner Weise widerlegt Lederer diese Anschauung, indem er darauf hinweist, daß die Angestelltenpolitik durchaus nicht einfach auf Verlängerung der Kündigungsfristen hinarbeitet, sondern vor allem eine größere Sicherheit erstrebt. Er hält deshalb die Forderung ungleicher Kündigungsfristen, d. h. das Recht kurzer Kündigung für den Angestellten und längerer für den Unternehmer nur für einen gerechten Ausgleich der tatsächlichen Machtverhältnisse.

Dann aber weist Lederer mit Recht darauf hin, daß der Streik ja nicht das einzige Mittel gewerkchaftlicher Politik ist.

Eine straffe Berufsorganisation hat im Mittel der Sperre die Möglichkeit, ein Unternehmen, besonders wenn es rasch wächst und gute Konjunktur herrscht, ebenso zu bekämpfen wie durch Streik. Und auch der Streik ist selbst bei langen Kündigungsfristen — und gerade im Bankgewerbe, worum es sich diesmal handelt, nicht ausfallslos. Man darf nicht vergessen, daß die Beamtenchaft einer großen Bank als Ganzes genommen einfach ungeschlagen ist, und daß hier sehr wohl von den Beamten bei streifer Organisation ein Arbeiterkampf monatelang durchgehalten werden kann — zumal ja der Streik in einer Bank ganz sicher nicht die Aussperrung der Angestellten in anderen Banken zur Folge hätte. Wenn Potthoff meint, daß die Lärche des Stellenwechsels an den Quartalen den Angestelltenstreik auf abschbare Zeit unmöglich macht, so irrt er. Denn die Referenden stellersuchender Handlungsgehilfen wären nur zum geringsten Teil in den Banken verwendbar; in erster Linie entscheidend für die Möglichkeit eines Streikes ist auch bei den Angestellten die Intensität der Organisation in der Branche.

Allerdings wird hier Potthoff einwenden, daß Lederer eine besonders günstige Branche herausgreife, um seine Beweisführung zu stützen, demgegenüber muß aber darauf hingewiesen werden — und das ist von Lederer verjämmt worden, daß die gewerkchaftliche Organisation der kaufmännischen Angestellten, d. h. der hierfür einzig in Betracht kommende Zentralverband der Handlungsgehilfen gar keine langen Kündigungsfristen fordert, weil er eben erkannt hat, daß sie nur ein Hemmnis für die Angestelltenbewegung sind.

Damit ist wieder einmal einem eifrigen Verfechter liberaler Gedankengänge die Schlagworte von wissenschaftlicher Seite aus dem Mund genommen worden und man darf einigermaßen neugierig sein, mit welcher Theorie nun Potthoff die Angestellten von einer energischen Interessenvertretung warnen wird. Wir möchten ihm aber jetzt schon das entgegenhalten, was Lederer am Schluß seiner Ausführungen sagt. Dabei sei ausdrücklich hervorgehoben, daß Lederer wie Weber und Singheimer auf dem Boden absolut „bürgerlicher“ Wissenschaft steht. Er geht davon aus, daß die Politik der freien Gewerkschaften die Sicherung eines allgemein gebilligten Existenzminimums erstrebe und daß die Angestellten eine „mittelständige“ Lebenshaltung erstreben, welche mit den Jahren steigende Verdienstmöglichkeiten bietet. Wir wollen im Augenblick einmal unerörtert lassen, inwieweit diese Behauptung für die freigewerkchaftlich organisierten Privatangestellten richtig ist. Für das Gros der Privatangestellten gilt sie, aber selbst dieses Ziel bedeutet keineswegs einen Verzicht auf die gewerkchaftliche Organisation, denn, so sagt Lederer zum Schluß:

Dieses Ziel aber müssen die Angestellten, insofern Einstellung in ein privatkapitalistisches System anstreben durch eine Politik, welche sich an die Unternehmer wendet (neben der Beeinflussung auf die Gesetzgebung). Sie können nicht fingieren, daß sie Beamte sind, daß ihre Stellung von der Gesetzgebung restlos gestaltet werden kann — und sie müssen, wenn sie ihr Schicksal gestalten wollen, mit den Unternehmern als Parteien rechnen — und sie müssen (das ist die letzte Folgerung) ihre ganze Politik so einrichten, daß sie gegenüber den Unternehmern stets aktionsfähig bleiben. Die Angestellten müssen darauf achten, daß die Gesetzgebung

für sie eine Schutzgesetzgebung bleibt — nicht eine Fessel ihrer Bewegungsfreiheit wird. Würden die Angestellten die Alternativen Potthoffs akzeptieren, so würden sie sich aller Möglichkeiten, die aus ihrer gesetzlichen Freiheit im Produktionsprozeß stammen (die sie gegenüber den Staatsbeamten als Vorteil besitzen), begeben, ohne die Vorteile einzutauschen zu können, welche die Staatsbeamten durch Beeinflussung der Gesetze erlangt haben oder erlangen können.

Schärfer als alle Beweisführungen beweisen übrigens die Erfolge der österröschischen Bankbeamtenorganisationen, daß die „Arbeitertaktik“ der Bankbeamten sich in ihren Erfolgen ruhig mit den glücklichsten Arbeitergewerkschaften messen kann.

Berlin und Umgegend.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Eisenformer vor und nach dem Streik von 1911.

In einer gut besuchten Versammlung der Eisenformer führte der Branchenleiter Müller aus, daß wohl kurz nach dem Formereistreik alles in schönster Ordnung erschien, aber schon nach einem halben Jahre verschiedene Unternehmer sich grobe Verstöße gegen die getroffenen Vereinbarungen erlaubten. So sei es einmal die Firma Hartung A.-G. gewesen, die sich schon kurz nach dem Streik des Tarifbruches schuldig machte. Bei einer anderen Firma, H. Hartung, hielten die Meister es nicht für nötig, den Tarifvertrag zu beachten, und da hier außerdem unhygienische Zustände vorhanden sind, wurde von den Arbeitern sogar das letzte Mittel erzwungen. Wie die Firma ihre letzten gegebenen Versprechen halten wird, bleibt abzuwarten. In den Eislopwerken (Rehls u. Rehends) war die Lage so unhaltbar, daß selbst die Geschäftsleitung vor einer Arbeiterkommission ihre Verwunderung dahin ausdrückte: „Wir haben uns gewundert, daß sie nicht eher gekommen sind.“ Hier verlangen jetzt die Eisenformer eine zwanzigprozentige Erhöhung, welche mit aller Kraft durchzudringen sie gewillt sind. Bei der Weltfirma Schwarzkopff liegt es besonders auf Seiten der Kollegen, daß sich hier schwere Mißstände breitmachen könnten. Die Nichtausnutzung der Vereinbarungen durch die Arbeiter führte zu großen Schwierigkeiten. Augenblicklich sind Verhandlungen eingeleitet, die noch schweben. — Müller ist der Meinung, daß solch Unglaubliches in den obengenannten, als auch in vielen anderen Betrieben nur möglich ist, weil die Kollegen nicht auf der Hut, weil sie zu träge ist. Mittel und Wege zur Mißstandsbehebung möge die nachfolgende Diskussion weisen.

Verschiedene Redner sprachen sich dahin aus, daß tatsächlich nur durch das Phlegma der Kollegen solche Zustände einreichen konnten. Viele wären zu feige, um das, was der Tarif bietet, herauszubolen. Andere meinten, die Verhandlungsleitung trage auch einen guten Teil Schuld daran, sie habe es an der nötigen Ermutigung fehlen lassen. Im weiteren Verlauf wurden noch zahlreiche Mißstände zur Sprache gebracht. So wurde einem Former bei Siemens u. Halske der ausgemachte Afford nicht ausbezahlt. Dies ist laut Tarifabschluß nicht gestattet. Bei Wahrnehmung seines Rechts bedeutete man ihm, daß er gehen könne. Perhörterweise habe die Verhandlungsleitung diesen Fall nicht als Maßregelung betrachtet, was von mehreren Rednern verurteilt wurde. Ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag, die Versammlung zu vertagen, mochte der Debatte ein vorläufiges Ende.

Die Chauffeure, Kutscher, Lagerarbeiter und Metallarbeiter der Firma H. Rosenthal, Großbeerstr. 71, Metallrohrgeschäft, hatten vor einigen Wochen durch ihre Organisationen, den Transportarbeiter- und den Metallarbeiterverband, der Firma Lohnforderungen in Form eines Tarifvertragsentwurfes überreichen lassen. Die Firma beschäftigt 80, zeitweise auch mehr Arbeiter. Die Löhne besonders der Lagerarbeiter und Kutscher waren bislang sehr minimal. Die Löhne für die Arbeiter betragen gemeinsam anfangs nur 40 Pf. pro Stunde. Die Anfangslöhne der Kutscher betragen 28 resp. 27 Pf. pro Woche. Nur die Löhne der Chauffeure waren etwas höher bemessen. Die Lohnsätze der 14 in Frage kommenden Metallarbeiter, welche zum Teil aus den ungelerten Arbeitern im Betriebe zu Dreher- und Schlepperarbeiten angeleitet waren, entsprachen ebenfalls nicht den Verhältnissen. Als sich die Arbeiterschaft der Firma im vergangenen Herbst organisierte, erhöhte die Firma nach und nach in ihren einzelnen Filialen den Anfangslohn für Arbeiter von 40 auf 42 1/2 Pf. Die Firma Rosenthal war zunächst nicht geneigt, mit den Vertretern der Verbände über die eingereichten Lohnforderungen zu verhandeln, ließ aber in ihrem schriftlichen Bescheid erkennen, daß sie nicht abgeneigt wäre, ihrer Arbeiterschaft ein Entgegenkommen zu zeigen. Auf das Ersuchen der Verbandsvertreter willigte die Firma in eine unverbindliche Aussprache über die Tarifvorlage. Die Folge dieser Aussprache war, daß die Firma dann mit der Lohnkommission ihrer Arbeiterschaft unter Hinzuziehung von Verbandsvertretern offiziell in Verhandlung zwecks Abschluß eines Lohnvertrages trat. Der abgeschlossene Tarifvertrag trat bereits am 1. Juni für die gesamten Arbeiter in Kraft und bringt der Arbeiterschaft wesentliche Verbesserungen der Löhne. Die Arbeitszeit für Lagerarbeiter dauert von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr mit zwei Stunden Pause, diejenige für Metallarbeiter von 7 Uhr früh bis 5 1/2 Uhr nachmittags mit anderthalbstündiger Pause. Ueberstunden werden mit 20 Proz. Zuschlag bezahlt. Ferner bringt der Vertrag für diejenigen Arbeiter, die im Wochenlohn stehen, eine Regelung der Auslegung des § 616 B. G. B. sowie anderweitige Bestimmungen zur Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen. Der Vertrag gilt vom 1. Juni 1913 bis 31. Mai 1916.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Glasarbeiter im Jahre 1912.

Das abgelassene Geschäftsjahr war für den Verband ein ziemlich gutes, insofern doch die Mitgliederzahl von 17 883 auf 20 007; das ist der höchste Mitgliederstand seit Gründung der Organisation.

Gleich den anderen Organisationen war auch im Glasarbeiterverband die Fluktuation ziemlich bedeutend. Den 6286 Neuaufnahmen stehen 4042 Abgänge gegenüber, so daß der wirkliche Gewinn nur 2244 Mitglieder betrug. Die Ursache dieser Fluktuation liegt zum großen Teil in der Eigenart des Berufes. Das Zwischenmeisterwesen hemmt zum Teil den Fortschritt der Organisation. Dazu kommt, daß die Unternehmer die gelben Verbände stark protegierten, und da die Glasindustriellen meist sehr kapitalkräftig sind und ihre überlegene wirtschaftliche Macht die Glasarbeiter sehr fühlen lassen, hält die Furcht leider noch sehr viele Glasarbeiter ab, der Berufsorganisation sich anzuschließen. Die Agitation für die gewerkchaftliche Organisation wird auch dadurch erschwert, daß viele Glasfabriken in entfernt liegenden ländlichen Orten liegen.

Entsprechend der Mitgliederzunahme sind die Einnahmen der Organisation gestiegen. Die Gesamteinnahme betrug 484 429 M. An Unterstiftungen wurden gezahlt: für Streikende und Gemahregelte 121 804 M., für Arbeitslose 52 586 M., für Kranke 28 104 M. Trotz beträchtlicher Ausgaben stieg das Verbandsvermögen um 102 551 M. auf 279 797 M. Befriedigend ist der Vermögensbestand jedoch nicht. Den Glasarbeitern steht ein sehr kapitalkräftiges Unternehmertum gegenüber, das schon aus eigener Kraft lange Kämpfe führen kann. Dazu kommt noch, daß die Unternehmer sehr gut organisiert sind, nur ganz wenige Unternehmer stehen ihrer Organisation fern. Das allein schon müßte die Glasarbeiter in die Organisation treiben und sie für deren ständigen Ausbau und Erhaltung sorgen lassen.

Im Berichtsjahre wurden harthärdige Kämpfe von oft sehr langer Dauer geführt. Es fanden sechs Angriffsstreiks mit 610 Beteiligten, 9 Abwehrstreiks mit 320 Beteiligten und 4 Aussperrungen mit 1150 Beteiligten statt. 3 von den 4 Aussperrungen entsanden aus Angriffsbewegungen; sie verliefen erfolgreich für die Arbeiter. Außer diesen Kämpfen wurden 39 Lohnbewegungen ohne

ArbeitsEinstellung mit 3440 Beteiligten geführt und 5 Abwehrbewegungen mit 409 Beteiligten. Von diesen 44 Bewegungen hatten 32 vollen Erfolg, 10 teilweisen Erfolg, zwei waren erfolglos. Erzielt wurden: Arbeitszeitverkürzung für 408 Personen mit zusammen 1432 Stunden pro Woche; Lohnerböschung für 3356 Personen zusammen 5146 M. per Woche, außerdem für 777 Personen anderweitige Verbesserung im Arbeitsverhältnis.

Auch Tarifverträge finden allmählich Eingang in diese Industrie. Abgeschlossen wurden 22 Tarife für 35 Betriebe mit 1867 Beschäftigten, mit den noch bestehenden Tarifen sind 45 Tarife für 340 Betriebe indirekt mit 5332 Beschäftigten in Geltung.

War die Organisation somit durch die organisatorische Selbsthilfe erfolgreich tätig, so blieb ihr der Erfolg dort versagt, wo die Gesetzgebung in Frage kommt. Bekanntlich gehören die Glasbläser zu denjenigen Betrieben, in denen Jugendliche von 14 Jahren an bereits des Nachts arbeiten dürfen. Diese bundesrätlichen Ausnahmebestimmungen waren 1912 abgelassen und wurden dann bis zum 1. April 1913 verlängert. Die Organisation hat in der Zwischenzeit alles getan, um der Regierung und dem Parlament klarzumachen, daß es dringend notwendig ist, der Jugend in den Glasbläsern größeren Schutz angedeihen zu lassen und wenigstens die Nacharbeit zu verbieten für Jugendliche unter 16 Jahren. Es wurden vom Verbands Erhebungen veranstaltet, die in einer Broschüre veröffentlicht, traffe Fälle von Ausbeutung Jugendlicher feststellten. Doch die Bemühungen der Arbeiter waren vergeblich. Die Regierung gab dem Drängen der Unternehmer nach, es bleibt auch in Zukunft alles beim alten. Verbieten wurde die Nacharbeit Jugendlicher in den Weisglas- und Pfafenglasbläsern, wo es aber schon jetzt fast keine Nacharbeit mehr gibt. Die Regierung rante mit dieser Bestimmung offene Türen ein. Wenn irgendwo noch Betriebe mit Nacharbeit in dieser Industrie vorhanden sind, dann hat die Behörde das Recht, diesen Ausnahmezustand zu genehmigen. Die Glasarbeiter können hieraus lernen, daß nur durch die Organisation eine Besserung ihrer Arbeits- und Verhältnisse erzielt werden kann.

Weineidsaffären in der Arbeiterbewegung.

Am Donnerstag, den 5. Juni, wurde aus dem Gefängnis zu Regensburg der Böhmer Wühler Jehner, ein sogenannter Streikfänger, entlassen, wo er laut Urteil der Erfurter Strafkammer 1 Jahr und 3 Monate interniert war. Jehner und einige Metallarbeiter waren während der Metallarbeiteraussperrung in Thüringen im Jahre 1911 mit einigen Arbeitswilligen in Differenzen geraten, wobei es zu einer Prügelei kam, an der sich Jehner — wie er vor Gericht entschieden betonte — nicht aktiv beteiligt haben will. Obwohl die Arbeitswilligen einen ausgesperrten Arbeiter so mißhandelt hätten, daß er laut um Hilfe schrie, wurde keine Anklage gegen sie erhoben. Jehner wurde jedoch auf Grund der Aussagen des Arbeitswilligen August Büchel zu der oben erwähnten hohen Strafe verurteilt. Büchel vermittelte für die Weisfirma J. A. John Arbeitswillige und fungierte in verschiedenen Streikprozessen als Kronzeuge. In der Verhandlung gegen Jehner behauptete er, daß ein Zeuge bei einer Prügelei zugegen gewesen sei. Dieser beschwor das Gegenteil; obgleich er seine Aussagen klar und bestimmt gemacht hatte, wurde er auf Antrag der Staatsanwaltschaft und auf Grund der Aussagen des Arbeitswilligenvermittlers sofort wegen Meineidsverdachts in Haft genommen. Sechs Wochen lang mußte der Mann im Untersuchungsgefängnis verweilen. Doch schließlich gab ihn der Staatsanwalt frei, weil er einsehen mußte, daß auch Arbeitswillige ihren können. Daß die familiären Verhältnisse des Mannes während der langen Haft gerüttelt und seine Ehefrau an den Rand der Verzweiflung gebracht wurde, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Doch bald sollte die Öffentlichkeit über die moralische Qualifikation des Kronzeugen Wühler etwas Aufklärung erhalten. Am 21. Februar 1913 wurde er vom Erfurter Schöffengericht wegen Betrugs zu 7 1/2 M. Geldstrafe verurteilt. Büchel hatte nämlich bei der Prügelei einen Augenverletzung erlitten. Die Firma J. A. John gab ihm in Anerkennung seiner treuen Dienste als Arbeitswilligenvermittler 30 M., damit er die Kosten für die ärztliche Behandlung zahlen könne. Doch behielt der Agent das Geld für sich. Dieser Fall ist ein weiterer Beweis dafür, daß ein Mensch, der die Interessen seiner Klassen-genossen so verrät, wie Büchel es getan hat, auch sonst kein Vertrauen verdient. Wie die Erfurter organisierte Arbeiterschaft über den Fall denkt, hat sie dadurch bewiesen, daß sie am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus unter starker Beteiligung eine Begrüßungsfeier für den aus dem Gefängnis entlassenen Jehner veranstaltete.

Ein Schwurzeuge der Scharfmacher.

Die Meineidschlebereiendes Maurermeisters William Pfeiffer, die in Halle das größte Aufsehen erregen und das Stadtsprechbüro bilden, wurden am Sonnabendabend nach vier-tägiger Verhandlung vor der Strafkammer Halle a. S. vorläufig zu Ende geführt. Erst Anfang Juli wird sich der Schwurzeuge gegen die Streikenden und für die Arbeitswilligen mit mehreren von ihm verführten Personen vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. Pf. erwies sich in den Verhandlungen als ein Meineidsbauer schlummerter Sorte. Er hat zahlreiche von ihm abhängig gewesene Geschäftsleute durch Verleumdungen und Anstiftungen zur Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen unglücklich gemacht, in Untersuchungshaft und ins Gefängnis gebracht. Mehrere winkt das Zuchthaus. Pfeiffer selbst soll „einem Freunde zuliebe“ um ein Objekt von 82 M. einen Meineid geleistet haben. Er arbeitete aber nicht bloß in Meineidsverbrechen, sondern kaufte auch falsche Wechsel und falsche Urkunden in beträchtlicher Anzahl. Es war für ihn nur eine Kleinigkeit, aus 60 M. 500 und aus 1000 M. 10 000 M. zu machen. Einem Geschäftsmann holte er rechtswidrig ein geplündertes Schwein und zwei Sad Haher aus dem Stalle. Dann ersuchte er eine Frau Stöbe zu beschwören, ihr verstorbenen Ehemann habe diese Katzen begangen. Da Pf. in den Verhandlungen immer den Moralischen heraussuchte und sein gutes Familienleben so sehr betonte, hielt ihm der Gerichtsvorsitzende sein Verhältnis mit einem jungen Mädchen vor. Er soll als verheirateter Mann mit dem jungen Mädchen intim verkehrt, dann als sich Folgen zeigten, Zeugen gesucht und diesen versprochen haben, gelegentlich eidlische Gegendienste zu leisten. Ein Geschäftsmann, der Pfeiffers Heimatort gelaufen hatte, erklärte, als er einzog, habe er dort eine Anmierschneipe mit Damenbedienung vorgefunden, wie sie schlummer nicht gedacht werden konnte. Er habe sich geschämt, zu sagen, wo er wohnte und sich geehrt, mit Pfeiffer weiter in Geschäftsverbindung zu treten. Außerst interessant ist es, wie dieser Arbeitswilligen- und Unternehmerfreund den Meistertitel erlangte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Pfeiffer auch Zeichnungen machen könne, entgegnete er, so recht wären ihm die Zeichnungen immer nicht gelungen. Der Staatsanwalt stellte fest, daß Pfeiffers Architekt Schotte ausgelegt habe, er Schotte habe für Pfeiffer die Meisterprüfungszeichnungen gemacht und Pfeiffer habe sich das Meistertitel erlangt.

Pfeiffer, der am Donnerstagabend fünf Jahre Zuchthaus erhielt, wurde am Freitag und Sonnabend noch zu weiteren vier Jahren Zuchthaus-Zufahrtstrafen verurteilt. Diese Strafen wurden vorläufig zu einer Gesamtstrafe von sieben Jahren Zuchthaus mit Nebenstrafen zusammengezogen. Drei Mitangeklagte erhielten Gefängnisstrafen. Pfeiffers 72-jähriger Vater wurde mit vier weiteren Angeklagten freigesprochen.

Zum Landtagswahlkampf in Barnim.

Das Niederringen der Junfer in Niederbarnim-Oberbarnim ist eins der erfreulichsten Resultate aus der verflochtenen Landtagswahl. Die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner stieg von 1908 bis 1913 von 588 auf 1089. Damit war nahezu die Mehrheit aller Wahlmänner erreicht. Zu wählen waren Wahlmänner im ganzen Landtagswahlkreise 2383. Zu- stande gekommen sind nur 2373 Wahlmännerwahlen. Nur 98 Wahlmänner fehlten also unseren Genossen an der absoluten Mehrheit. Bei den Abgeordnetenwahlen im Kreise Niederbarnim-Oberbarnim waren noch nie alle gewählten Wahlmänner vertreten gewesen. Ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien war im Kreise ausgeschlossen. Selbst bei der Schepfsmach 1908 enthielten sich 160 der erschienenen liberalen Wahlmänner der Abstimmung. Mit einer an Sicherheit grenzenden Wahr- scheinlichkeit rechneten unsere Genossen, daß bei der jetzigen Wahl mindestens 200 bürgerliche Wahlmänner sich der Abstimmung für ein konservativ-liberales Bündnis enthalten würden, gleichviel ob die Konservativen den Liberalen einen, zwei oder alle drei Sitze einräumen würden. Diese Erwartung gründete sich auf den tiefen Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen im Wahlkreise. Der Anschauungsunterricht, den die Konservativen durch ihren Terrorismus, der jede ihr nicht genehme Richtung verfolgt, und durch ihren Schein-„Patriotismus“ erteilt, der jeden ehrlichen Bürger anwidert, und nicht zuletzt die unermüdete seit Jahrzehnten betriebene Aufklärungsarbeit unserer Genossen berechtigten zu dieser Erwartung. Sie wäre erfüllt worden, auch wenn keinerlei Ab- machungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Freisinn rüchlich anderer Wahlkreise getroffen wären. Die Stimmung im Kreise ging dahin: wir wollen die rote Fahne auch über dem Landtagswahlkreis aus eigener Kraft auf- hängen; nichts dagegen haben wir, wenn die liberale Leitung uns durch eine Parole unterstützt, die der Stimmung der Liberalen im Kreise durch Aufforderung zur Stimmhaltung Rechnung trägt und gleichzeitig dazu beiträgt, in anderen Kreisen ein halbes oder ganzes Dutzend Konservativer aus dem Landtag zu jagen. Bei der Wahl am 3. Juni stimmten die acht demokratischen Wahlmänner von vornherein für die beiden an erster Stelle nominierten sozialdemokratischen Abgeordnetenandidaten, an dritter Stelle trat dann noch zwei Dutzend Liberale für unsere Genossen Braun, Hofer und Haenisch ein, während der Rest der Liberalen sich der Stimme enthielt. So wurde uns der Sieg mit 1119 gegen 765 konservativ Wahlmännerstimmen.

Die rege Beteiligung der Sozialdemokratie an der Land- tagswahl geht noch besser als aus der Zahl der Wahlmänner- wahlen aus der Zahl der sozialdemokratischen Wähler hervor. Im Jahre 1908 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Wähler im Kreise: 26 502, im Jahre 1913: 45 348, ist also um 71 Prozent gestiegen.

Betrachtet man die Wahlkreise Niederbarnim und Ober- barnim getrennt und setzt die Zahl der Landtagswähler zur Zahl der Reichstagswähler in Beziehung, so zeigt sich dies Resultat:

Es wählten zur Reichstagswahl im Jahre 1908 im Reichstagswahlkreis Niederbarnim (aus- schließlich des zu Berlin gehörigen Teils, in dem 4146 sozial- demokratische Stimmen abgegeben wurden) 34 218 Wähler sozialdemokratisch, im Jahre 1907: 50 858 (ungerechnet die 7004 auf Berlin entfallende Stimmen), im Jahre 1912: 81 370 (abgesehen von den auf den Berliner Stadtteil ent- fallenden 11 189 Stimmen). Bei der Landtagswahl entfielen 1908 im Niederbarnimer Landtagswahlkreis (einschließlich Lichtenberg) 25 923, im Jahre 1913: 43 220 Stimmen auf die Sozialdemokratie, also 1908: 494, 1913: 2535 Wahl- stimmen mehr als die Hälfte der zur vorangegangenen Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen betrug.

Im Reichstagswahlkreise Oberbarnim wählten bei der Reichstagswahl 1908 sozialdemokratisch: 7202 (bei der vergangenen Wahl 8357), 1907: 7235 (bei der Stichwahl 7976), 1912: 8571 (bei der Stichwahl 8964). Bei der Landtagswahl in Oberbarnim betrug die Zahl der sozial- demokratischen Wähler 1908: 579, 1913: 2128, also fast vier- mal so viel. Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler betrug also bei der Landtagswahl 1908 nur ein achtel Teil der voraus- gegangenen sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen, 1913 aber ein Viertel der Reichstagswahlstimmen von 1912. Ein erfreuliches Resultat. Es dürfte nicht zuletzt da- durch herbeigeführt sein, daß die Niederbarnimer Ge- nossen bei der letzten Landtagswahl einen erheblichen Teil Oberbarnims mitbearbeiteten. Nach der Ansicht dieser dort agitatorisch tätig gewesen Genossen ist kaum daran zu zweifeln, daß ein noch glänzenderes Resultat erzielt worden und mit Sicherheit der Wahlkreis Oberbarnim auch in der Reichstagswahl 1912 erobert worden wäre, wenn schon früher in ähnlicher Weise der Kreis bearbeitet wäre und endlich flau- macherische, fatalistische Hoffnungslosigkeit durch zielbewusste Siegesüberzeugung aus dem ganzen Kreis vertrieben würde. Vielleicht ermöglicht es die Zukunft, die schwierige Arbeit der Oberbarnimer noch tatkräftiger durch die Niederbarnimer Ge- nossen zu fördern.

Das erfreuliche Ergebnis der Landtagswahl in Ober- barnim-Niederbarnim ist durch die rastlose, zähe, un- ermüdete Tätigkeit unserer Genossen erzielt. Welche Hülle opferfreudiger Arbeit ist in dem Landtagswahlkampf von tausenden organisierter Genossen geleistet! Geleistet ist sie natürlich auch, um den Sieg im Wahlkampf, wenn möglich, zu erreichen, in erster Linie aber, um für die Ideen der Sozialdemokratie und für ihr Ziel zu agitieren und um der Dreiklassenmach ein Ende zu bereiten. Der Wahlkampf ist beendet. Nicht aber der Kampf für das, dem die Wahlarbeit hauptsächlich galt. Die Waffen für dies Ziel sind nicht aus der Hand gelegt. Sie sind neu geschliffen und sollen auch neuen Kämpfern in die Hand gegeben werden. Es gilt jetzt die Organisation zu stärken, die Verbreitung der Presse und unseres sonstigen Agitationsmaterials zu fördern.

Nicht rauen und nicht rosten, heißt es im Wahlkreise Barnim, aber nicht wider in allen anderen Wahlkreisen, in- sonderheit in jenen, in denen das Schlachtenglied noch bei den Gegnern war. Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialdemokratie wird von Tag zu Tag größer. Von

oben herab sehen unsere Gegner auf die Sozialdemokratie. Von unten herauf muß und wird der Sieg der Arbeiterklasse über ihre Gegner erfochten werden. Gegen- über der Drangsalierung und Brutalisierung der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete drängt die Ar- beiterklasse nach Gleichberechtigung. Diese mit allen der Arbeiterklasse zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen, ist ihr Menschenrecht und ihre Menschenpflicht. Von unten herauf bringt sie vor und wird die Fesseln sprengen, in denen hab- gieriger Egoismus und frecher Uebermut sie halten. Sieges- gewiß und kampfbereit muß sie sein und bleiben, bereit, jedes Mittel in Anwendung zu bringen. Schweren Kämpfen geht sie noch entgegen. Um sie zu bestehen, ist es dringend notwendig, die Indifferenten aufzurütteln, die Flauen und Flaumacher vorwärtszuschieben, die Lässigen anzutreiben und in der Gewißheit ihres Sieges die Bereitschaft zum Kampf zu verbreiten. Bereit sein, ist alles.

Partei-Angelegenheiten.

Lichterfelde. Wir vertreiben nochmals auf die heute nachmittag von 4-8 Uhr stattfindende Stichwahl in Hennings Lokal, Jungfer- stieg 5/6, für den 1. Gemeindevahlbezirk, Osten. — Morgen Mittwoch in allen Bezirken: Zahlabend.

Johannisthal. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versamm- lung des Wahlvereins im „Arbeiterheim“, Lindenhof, Friedrichstraße. Tagesordnung: Berichte und Geschäftliches.

Maricnfelde. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Schuster: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung.

Schmargendorf. Die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahl- vereins findet am Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von H. Goetjch, Barnemünder Str. 14/15 (Waldloter) statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Max Jakobson (Ober-Schöneweide) über unsere geistigen Waffen. Diskussion. 3. Abrechnung von der Rai- und Kassalle- feier. 4. Berichterstattung von der Verbands- und Kreisgeneral- versammlung. 5. Verschiedenes.

Wahldorf (Ostbahn). Der Zahlabend findet morgen in fol- genden Lokalen statt: „Korb“ bei Anders, Bahnhofstraße, „Kolonie“ bei Linke, Grünowstraße, und „Süd“ bei Dräger, „Heidekrug“. Wichtige Tagesordnung.

Neuenhagen a. D. Mittwoch, den 11., abends 8 1/2 Uhr: Zahl- abend bei Wünsche, Bahnhofstraße.

Grünau. Mittwoch, den 11. Juni, abends 9 Uhr, Mitglieder- versammlung im Restaurant „Zur grünen Ede“, Köpenicker Str. 88. Vortrag über „Volksfürsorge“. Bericht von der Gr.-Berliner General- versammlung und der Kreisgeneralversammlung. Verschiedenes.

Vohnsdorf bei Grünau. Mittwoch, den 11. Juni Mitglieder- versammlung des Wahlvereins in der „Villa Rahl“, Jnh. Badofzer. 1. Vortrag des Genossen Tornow-Friedrichshagen über: „50 Jahre deutscher Sozialdemokratie“. 2. Bericht über die letzten beiden Ver- bands-Generalversammlungen. 3. Bericht von der Kreis-Genera- lversammlung. 4. Wahl der Delegierten zur Verbands-Genera- lversammlung am 15. Juni. 5. Vereinskangelegenheiten. 6. Ver- schiedenes.

Eichwalde. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Wittes „Waldschloßchen“. Tagesordnung: 1. Berichte aus der Verbands- und Kreisgeneralversammlung. 2. Die preussischen Landtagswahlen 1913. 3. Delegiertenwahl. 4. Abrechnung von der Raifeier. 5. Verschiedenes.

Widerhof. Der Zahlabend fällt im Monat Juni aus.

Rosenthal. Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Außer- ordentliche Generalversammlung im Lokal von Wildbrodt. Tages- ordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 2. Neu- wahl des ersten Bezirksleiters. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Spandau. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, für die Be- zirkte 1, 2, 3 und 4: Gemeinschaftlicher Zahlabend bei Madegl, Wismarstr. 8.

Berliner Nachrichten.

„Konservatorium.“

„In drei Monaten erlernen Erwachsene jeden Alters nach Billh Boehmes ophthalmoptischer Methode sitzend Klavierpielen nach den gebräuchlichen Noten ohne Vorkenntnisse. Sicherer Erfolg garantiert. Höchste Auszeichnungen und Anerkennungen usw.“

Solche und ähnliche marxistischeren Musikunterrichts- anpreisungen, die sich besonders in der Berliner Lokalpresse breit machen, finden zu leicht ein urteilsloses Publikum. Die oben abgedruckte Anzeige ist typisch für eine große Anzahl anderer, die ihr an Unverfrorenheit und Spekulation auf die Gutgläubigkeit der breiten Massen gleichkommen. All diese Anzeigen sind schon deshalb so unberschäm, weil ihre Ver- fasser sagen: „Wir halten dich, Publikum, für so dumm, daß du nur auf plumpen Schwindel hereinfällst.“

Nirgends gibt es wohl auf irgendeinem Kunstgebiet so viel „Schwimmer“, so viel Charlatans, wie in der Musik, nirgends so viel ungebildete und eingebildete Menschen, wie in unserem Virtuosenium. Es wäre eine dankenswerte Auf- gabe, den Ursachen, die diese nicht wegzuleugnende Tatsache zum Teil allmählich hervorgerufen haben, einmal nachzugehen. Grauenhaft ist es mitanzusehen, welch großes Unheil alljährlich diese Puschler als „Stimmbildner“, „Klavierpädagogen“ usw. anrichten, nützliche Kerle, Genies nicht einmal im Schwindel. Vor zwei Jahren wurde da ein Schwindelkonservatorium ge- schlossen. Der Fall erregte nicht nur in Musikfachkreisen Auf- sehen. Der Leiter, ein ehemaliger Volksschullehrer, der sich widerrechtlich den Titel Professor zulegte, ein Platzmann als Konservatoriumsleiter, hatte Lehrkräfte angestellt, die selbst nicht über die Anfangsgründe ihres Lehrensums hinaus waren. Der „Vertrag“, durch den die Lehrkraft dem Konser- vatoriumsleiter völlig in die Hand gegeben war, billigte den Angestellten ein Gehalt von monatlich 30 M. zu, das bei 25jähriger ununterbrochener Tätigkeit in der Anstalt bis auf die Riesensumme von 80 M. monatlich steigen konnte. Es läßt sich denken, wie gering die Leistungen der Schüler sein mußten, deren Lehrer ihre Aufgabe selbst nicht beherrschten. Gleich- wohl war die Anstalt in vielen Filialen über Groß-Berlin verbreitet, dank des billigen Monatsgehaltens von 3 M., das der Besitzer nur wieder deshalb so niedrig ansetzen konnte, weil er seinen „Lehrerinnen“ nichts bezahlte. Die Anstalt wurde geschlossen, man entrüstete sich eine Zeitlang, und dann blieb alles beim alten, denn der Schwindel blüht ruhig weiter, ja er gedeiht ganz vorzüglich. Man kann häufig im Anzeigen- teil eines Berliner Blattes unter Musik etwa folgendes lesen: „Gesucht junge Dame mit etwas Vorkenntnissen zur unentgeltlichen Ausbildung im Klavierspiel bis zur (die Perren nehmen den

Mund gleich ordentlich voll) künstlerischen Reife. Gegen- leistung: Unterricht an Anfänger.“ Es ist bekannt, daß gerade beim Anfangsunterricht am meisten gesündigt werden kann. Fehler, die bei der Grundlegung begangen worden sind, lassen sich nur schwer und dann mit großem Zeitverlust aus- merzen, gewöhnlich schleppen sie sich als eine unheilbare Krankheit mit fort und wirken hemmend auf die ganze Ent- wicklung.

Was lernen die Kinder an diesen Anstalten an Musik kennen? Jedes Programm eines solchen Schülerkonzertes gibt Aufschluß über die ganze Faulheit dieser Betriebe. Von den Arbeiten unserer Meister, die doch zum Teil auch bald vom Anfänger zu bewältigen sind, erfahren die Schüler nur wenig; ihr Tummelplatz ist die Quallenmusik, die seit Jahr- zehnten den bürgerlichen Salon beherrscht, und der Operetten- schlager. Von einer Bildung des musikalischen Geschmacks ist natürlich keine Rede.

Und damit muß nun der ehrliche Musiklehrer oder die Lehrerin konkurrieren. Das Glend unserer Musiker, besonders der Lehrer und Lehrerinnen, das ja zum Schlagwort geworden ist, rührt zum großen Teil von dieser Schwindelkonzurrenz her, bei welcher der ehrlich ringende Künstler nicht mitkommen kann. Die Lehrkräfte, die an diesen Anstalten tätig sind, werden auf jede erdenkliche Weise gedrückt. 1 M. pro Stunde ist „gute“ Bezahlung für Lehrer, die eigene künstlerische Leistungen aufweisen können. Es gibt eine äußerlich an- gesehene Anstalt (Namen sollen vorläufig nicht genannt werden), die einer Lehrerin, welche aus Konzerten gute Er- folge aufzuweisen hatte und die ihr Musiklehrerinnen-Examen mit der besten Note bestanden hatte, 75 Pf. pro Stunde be- zahlte. Auf den Einwand der gewissenhaften Lehrerin, daß bei dieser Bezahlung man ja seine ganze Kraft aufreiben müsse, um zu leben, wurde die Antwort erteilt:

„Ja, Fräulein, Sie brauchen ja nicht so gewissenhaft zu sein; dann geben Sie eben schlechteren Unterricht.“ Dieselbe Anstalt läßt sich laut Prospekt von ihren Schülern monatlich 40 M. bezahlen. Daß es in vielen Konservatorien Sitte ist, dem Lehrer für die Ferienmonate sein Gehalt zu streichen, gleichwohl aber von den Schülern den monatlichen Betrag einzutreiben, dürfte bekannt sein.

Das Publikum kann hier viel tun, unter Umständen das meiste, denn es ist der zahlende Teil. Es lasse sich vor allem nicht verblüffen durch ähnliche plumpe Kniffe, wie in der oben abgedruckten Annonce. Hinter dem größten Marktstreifer steckt immer auch der größte Schwindel. Wenn man nicht den einzelnen Privatlehrer vorzieht, so erkundige man sich genau nach den Leistungen des Instituts, das man wählen will, nach seinen Lehrkräften und prüfe eingehend — denn das täuscht nie — die Programme der Aufführungen. Denn in der Wahl zeigt sich der Geschmack.

Jubiläums-Hyazinthus.

Nicht weniger als ein volles Duzend Kaiserjubiläums- bücher mit einem Schläge preist der „Berliner Lokal-Anzeiger“ in seiner Sonntagsnummer an. Damit ist natürlich die Zahl der diesjährigen hyazinthischen Literatur noch lange nicht erschöpft. Als Verfasser zeichnen Leute, die zum Teil in hohen militärischen oder höfischen Stellungen gut aufgehoben sind. Ihnen allen wird sicher der Lohn für ihre patriotische Schrift- stellerlei nicht ausbleiben. „Der Kaiser im Film“, „Der Kaiser als Denker“, „Des Kaisers Religiosität und Pflichtbewußtsein“, „Jungdeutschlands Kaiser“ — so geht es schmalzig in der- selben Litanei weiter. Es versteht sich am Rande, daß sämtliche Bücher das Lob des Jubilierenden in den höchsten Tönen erschallen lassen. Der schon vielfach deflorierte Schriftsteller Dr. Adolf Kohut, der in solchen Dingen zu Hause ist, hat sogar „goldene Worte“ aus den Reden des deutschen Kaisers zusammengestellt. Man wird dabei lebhaft daran erinnert, wie oft gerade die Reden des Jubilars in der allerbreitesten Öffentlichkeit, nicht etwa nur von den „vaterlandslosen Gesellen“, bekrittelt und be- scholzt worden sind. Auf geschichtliche und persönliche Wahr- heit wird wohl kaum ein einziges dieser Jubiläumsbücher Anspruch erheben dürfen. Mit „Geschichten“ wird nun mal bei uns Geschichte „gemacht“. Zum Glück gibt es auch noch Leute, die keine patriotischen Schönfärber sind und der Nach- welt ein etwas anderes Bild erhalten.

Nationaler Sport.

Bei der Einweihung des Stadions am Sonntag hielt der frühere Minister Podbielski als Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Olympische Spiele an den Kaiser eine Ansprache, die folgenden Inhalt hat:

„Euer Majestät! Ein Tag des Jubels für Deutschlands Jugend. Ein Tag der Freude für unser gesamtes Vaterland. Das Deutsche Stadion ist aufgebaut. Geschaffen ist eine Stätte für friedliche Wettkämpfe, berufen zur Förderung der Körperkraft, zur Stärkung der Willenskraft, zur Pflege patriotischen Geistes! Unser Wahlspruch sei: Allezeit bereit für des Reiches Herrlichkeit! 2 1/2 Millionen Deutsche, geeint im Deutschen Reichsausschuss, huldigen heute hier Euer Majestät dankerfüllten Herzen. Und jubelnd rufen wir: Der hohe gnädige Protektor des deutschen Sports Seine Majestät der Deutsche Kaiser Hurra!“

„Allezeit bereit für des Reiches Herrlichkeit!“ ist die Parole des Reichsausschusses, „Pflege des patriotischen Geistes“ die Hauptaufgabe des Sports, der im Stadion gefördert werden soll. Und so waren denn auch Hoch-, Heil- und Hurrarufe am Sonntag das charakteristische Merkmal der Veranstaltung.

Die bürgerliche Presse bestätigt in ihren Berichten diese Angaben. Sie schreibt:

„Turner und Turnerinnen, Fußballer und Athleten, Schwimmer und Radfahrer, Auerer und Tennisspieler, Eisläufer und Fochter, Hockeyspieler und Skiläufer, Golfspieler und Schützen, die Studenten der Hochschule, und dann zum Schluß der Jung- deutschlandsbund — sie alle marschierten mit Heil-, Hoch- und Hurrarufen am Kaiserpaar vorbei. Unermüdtlich grüßte der Monarch. Es war ein überaus schönes Bild, das sich dem Auge bot. Natürlich bildete die Jugend die Kerntruppen des Zuges, aber auch das graue Haar fehlte nicht. Neben den Männern die Frauen, neben den Jünglingen die Jungfrauen, neben den Knaben die Mädchen. Und dann die Farben! In einem mittelalterlichen Volksfeste kann es nicht unvor- ausgehakt haben, als im Festzug. Fast dreiviertel Stunden währte der Vorbeimarsch. — Dann kamen im Laufschrift zwei Kompagnien des 4. Garde-Grenadierregiments. Die Esaladier-Üebun- gen riefen einen tosenden Beifall hervor. Was da unsere Sol- daten mit dem Gewehr über den Rücken leisteten, war in der Tat staunenswert: Liefting und Hochklettern und Hüdensprung — natürlich klappte alles vorzüglich.“

Wenn man bedenkt, daß für die einzelnen sportlichen Vorführungen nur 5-10 Minuten bestimmt waren, die aber noch abgelürzt wurden,

so kann man schon begreifen, daß die Hurrabläuterer und Hocherei das Wesentlichste der Sonntagsveranstaltung im Grunewald gewesen ist. Daß die bürgerliche Presse die wirklich imposante Veranstaltung der Arbeiterportler in Wilmersdorf bis auf ein einziges Blatt totschweigt, versteht sich am Rande. Allerdings gab's hier auch nichts zu berichten von Hurraschreien und „Heil dir im Siegerkranz“-Singen. Uebrigens ist es nicht uninteressant, festzustellen, daß kurz vor der Stadioneröffnung in einem bürgerlichen Blatte folgende Auslassung über den Sport zu lesen war:

„Ein Sport, der exklusiv ist, hat seine Existenzberechtigung verloren. Der Sport ist für alle da, für Arme und Reiche, für Starke und Schwache, ein jeder kann und soll in ihm Erholung, Abwechslung, Lebensfreude, Gesundheit, Frische, Kraft und neue Energie finden. Und jeder, der sich ihm nach des Tages Arbeit in die Arme wirft, findet dies. Deshalb gehört der Sport in das Programm der Stadt, so sicher, wie auf den Werktag der Feiertag, wie auf die Arbeit die Erholung folgen muß. Je mehr Arbeit, rastloses Mähen, desto notwendiger günstige, lebensfreie Gelegenheit zur Erneuerung der verbrauchten Spannkraft. Wo das hohe Lied der Arbeit so eindrucksvoll gesungen wird, wie in Berlin, wo der Brennpunkt des deutschen Wirtschafts- und Verwaltungslbens die Augen der Welt auf sich lenkt, da muß für alles dies gesorgt werden, für den Sport der Armen und Reichen, für den Sport in jeder Form, wie ihn ein jeder mag, gleichgültig, ob er ihm alle Freistunden seiner Jugend widmet oder ob er sich tadelnd darin die Zeit vertreibt. In ihm mag man nach seiner Fassung selig werden, denn der gleichgültigste Sport ist immer noch besser, als das, was die Jugend so von den sogenannten „Großstadtkindern“ losreißt.“

Wer so den Wert des Sports, seine Bedeutung für die Allgemeinheit, seine Notwendigkeit im Gesamtbilde der Großstadt erkannt hat, besißt nun auch den Maßstab für das, was Berlin als Sportstadt bedeutet.“

Die obigen Darlegungen über den Sport muten anders an als sie in der Festschrift „Vordiebstahl zum Ausdruck gekommen sind. Kein Wort davon, daß der Sport zur Pflege des patriotischen Geistes da sei.

Und der Verfasser ist kein anderer als der Festredner im Stadion — Vordiebstahl selber. Dabei schließt die Verwaltung des Stadions die Arbeiterportler aus von der Benutzung der Anlage und beweist deutlich, daß es nur auf den nationalen Sport ankommt, auf Hohenzollernhuldigung, die mit wirklichem Sport nicht das mindeste zu tun hat.

Die Arbeiter-Sportvereine werden allein ihrer Wege gehen. Es ist nur zu hoffen, daß alle die Arbeiter, die sich noch in den bürgerlichen Vereinen befinden, so schnell als möglich letzteren den Rücken kehren und sich in die Reihen ihrer Klassengenossen begeben, wohin sie einzig und allein gehören.

Zehn goldene Regeln des Waldschutzes

werden gegenwärtig von der Deutschen Gesellschaft zur Pflege des Waldes in den von Ausflüglern besuchten Waldpartien zum Ausdruck gebracht: 1. Schon die Gewächse des Waldes, denn sie sind ein Schmuck der Gegend und sollen noch viele erfreuen und neues Leben bilden. 2. Ein bescheidener Blumenstrauch ist jedem gern gestattet, doch dürfen nicht Zweige eingebrochen, Bäume verstimmt und die Pflanzen mit Wurzeln ausgerissen werden. 3. Jungwüchse und Anpflanzungen bedürfen der Schonung. 4. Werft kein Papier, keine Eierschalen usw. in den Wald — es sollen sich auch noch andere nach euch an oder in dem Walde erfreuen. 5. Vermeidet vor allem das Fortwerfen von Flaschen, Glascherben usw. — Herumliegende Glascherben haben schon oft Unheil angerichtet. 6. Vorsicht beim (an und für sich ja verbotenen) Rauchen, besonders bei trockenem Wetter und in der Nähe junger Anpflanzungen. Keine glimmende Zigarre, kein brennendes Streichholz fortwerfen. 7. Stört nicht die Tiere des Waldes, freut euch an ihnen. 8. Schon die Vogelnester, die Nester und das Gemüth des Waldes. 9. Laßt den Hund nicht jagen. 10. Der Wegweiser sei eurer Schonung empfohlen, er soll nach euch anderen Rat erteilen, er ist ein Freund der Wanderer.

Eine neue Polizeiverordnung hat der Polizeipräsident v. Jagow für einen Teil von Moabit (begrenzt von der Krefelder Straße, Alt-Moabit, der Stromstraße und dem Bundesrats-Werke) sowie für das Tiergartenviertel (begrenzt von der Straße Siegmundshof, beginnend am Bahnhofs Tiergarten, von der Spree, der Sommer- und Königsgräber Straße, vom Brandenburger Tor bis zum Potsdamer Platz, der Linkestraße, der Ostseite der Flottwell- und Dammstraße bis zur Kurfürstenstraße, der Kurfürstenstraße bis zur Gemarkegrenze mit der Stadt Charlottenburg, dieser folgend bis zum Bahnhofs Tiergarten) erlassen. In diesen Gebieten ist die Errichtung neuer Anlagen, die starken Rauch oder Rauch, schädliche Dämpfe oder Gase, able Gerüche oder ungewöhnliche Wärme verbreiten oder ungewöhnliche Geräusche oder Erschütterungen verursachen, verboten. Dieses Verbot trifft auch Veränderungen, Erweiterungen bestehender Anlagen. Der Verbandsauschuss des Verbandes Groß-Berlin und der Magistrat Berlin haben dieser Polizeiverordnung schon zugestimmt. Sie ist, da Gefahr im Verzuge, bereits in Kraft getreten.

Vom Zweckverband. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth trat gestern der Verbandsauschuss des Zweckverbandes Groß-Berlin im Berliner Rathaus zusammen. Anwesend waren von der Staatsregierung der Oberpräsident Dr. v. Conrad und der Oberpräsident Graf v. Ribbentrop. Nach eingehenden Beratungen wurde den vorliegenden Anträgen auf Erlass von Polizeiverordnungen (Rauschmitteln) für einen Teil Niederschönhausen, Berlin-Lichterfelde-Ost, und für eine Promenade in Klein-Schönebeck bei Uckermark, sowie für einen Gebietsteil von Rantow und für zwei Gebietsteile von Alt-Glienitz gutachtlich zugestimmt. Ferner wurde mehreren Anträgen auf Genehmigung von Straßenbahnstrecken und Verlängerung von Straßenbahnlinien zugestimmt, und einer Polizeiverordnung für einen Teil von Steglitz zugestimmt, die den Bau von Hinterhäusern ausschließt.

Radfahrerfallen.

Radfahrerfallen scheinen noch immer in einzelnen Vororten Berlins zu bestehen, besonders in solchen Ortsteilen, die den Fremdenverkehr gern sehen, für diesen aber nicht gern etwas tun. So findet man denn die Fahrwege oft in einem miserablen Zustande und an den Banketts Warnungstafeln, die das Radfahren verbieten. Seltener sind den Radfahrern eigene Wege angewiesen und in einzelnen Gemeinden, wie z. B. in Treptow, scheint eine völlige Anarchie zu herrschen; auf der einen Chaussee ist das Befahren der Banketts ausdrücklich erlaubt, auf der anderen ist es verboten, ohne daß dies äußerlich erkennbar wäre. Es gehört ein förmliches Studium dazu, dies herauszufinden und in der Regel wird der Radfahrer erst durch die Praxis belehrt, d. h. wenn er ein Strafmandat erhält. Der Amtsvorsteher hat sich besondere Formulare drucken lassen, in denen gleich alle Radfahrersünden aufgezählt sind: „Sie haben“, so beginnt daselbe, „am ... die Promenade der hiesigen ... (Straße) mit einem Fahrrad befahren, welches mit einer brennenden Laterne nicht versehen war, ferner waren Sie nicht im Besitz einer polizeilichen Radfahrerscheine usw.“ Zur Verminderung des Schreibenswerkes hielten eigentlich auch die Namen der Zeugen — „Gendarmen, Polizeiwachmeister, Sergeanten“ — gleich eingedruckt werden können. Die Strafbefehle sind nicht zu knapp bemessen; ein Schüler zum Beispiel (resp. dessen Eltern) hat die Mark zu zahlen — das entsprechende Verantwortliche: Alfred Wiese, Neukölln. Für den

spricht ja ungefähr seinem Einkommen. Das Geschäft scheint auch zu blühen, denn die Strafliste von 1913 nähert sich bereits der Nummer 900! — An der Tempelhofer Chaussee sind wenigstens die schmalen Promenadenstreifen unmittelbar neben den Straßenbahngleisen als „nur für Fußgänger“ bezeichnet; sie werden also solche freilich nie benutzt und so sieht man Spaziergänger und Radfahrer auf dem breiten Wege am Ostrande des Paradesfeldes stets in friedlichem Durcheinander.

Ueberrfahren.

Gestern abend wurde vor dem Hause Kochbänke, 33 der fünfjährige Sohn der Krügerischen Eheleute durch einen Geschäftswagen ueberfahren. Nach Anlegung eines Verbandes wurde derselbe auf Veranlassung des Arztes nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Einen schweren Verlust hat am Sonntag eine Zeitungsauslegerin erlitten, indem sie vor dem Hause Krenndstraße 12 einen Beutel mit 50 M. 90 Pf. einlostitertem Zeitungsgeld verlor. Da die Auslegerin für den Betrag haftet, wird der Finder gebeten, den Fund in der Vormärtsredaktion, Smeisenastraße 72, abzugeben.

Gesunden hat am Sonnabendnachmittag ein 18jähriger Schüler vor dem Hause Behmstraße 24 einen Beutel mit Geld, welcher im 112. Polizeirevier in der Genterstraße abgegeben worden ist. Der Verlierer wolle sich dorthin wenden.

Im Bernhard-Rose-Theater gab es wieder mal einen Klassiker. Es wurde nämlich Franz Grillparzers Märchen (nicht Schauspiel) „Der Traum ein Leben“ aufgeführt. So lobenswert die Absicht, so unzulänglich die Mittel. Zunächst verabsäumte die Regie, die farbenreiche Fülle igeisiger Vorgänge dekorativ auszubauen. Ein paar armetüchler Verfassende und karnevalistischer Lappen von gewöhnlicher Art vermögen nicht orientalische Märchenpracht vorzutäuschen. Günstiger müßte doch als Königin ein anderes, reicheres Kostüm tragen; es ist nicht wahrscheinlich, daß sie nur ein Kleid besitzen haben sollte. Was aber die Hauptrolle: die von Grillparzer festgehaltene Grundstimmung eines ängstlichen Traumes, der uns mit allerlei Schrecknissen heimlich, auch mit dem schlimmsten Schrecknis, den Qualen des Bewusstseins, wurde nicht gewahrt. Was zum Vorschein kam, war doch eher eine Jahresmarktromödie, als ein poetisches Märchen. Dazu tat die schablonisierte Darstellung reichlich das übrige. Vor allem wurde schlecht gesprochen. Der dem spanischen nachgebildete vierfüßige Trochäus, den Grillparzer früher in seiner Schicksalstragödie „Die Ahnfrau“ angewendet hat, verleitet gar leicht zu hölzern-kloppermäßigem Versagen — und darin wurde Erkelles geleistet. Es mangelte an der nötigen Sicherheit: Wenn der Regisseur, während er selber die Hauptrolle zu spielen hat, immer ängstlich umherspähen muß, damit die Mitwirkenden mit ihm Haltung behalten, dann wird er in seiner eigenen Schauspielersicht Aufgabe so zu empfindlich benachteiligt. Alfred Debaal überstürzte sich oft bis zur Unkenntlichkeit. Ruffian ist im „Traum“ ein ehrgeiziger Streber — kein überwänglicher Schwärmer. Immerhin zeigte sein Vertreter zuweilen, daß er ein guter Darsteller und Sprecher ist. Janga, der Regierknecht, ist das „böse Prinzip“, ein anderer Jagow sozusagen. Karl Gruber, obgleich ihm manches glückte, machte ihn mehr grotesk-komisch als unheimlich wahr. Else Kofler gab die Mirza schlicht; Charlotte Goeckner (Gulnare), Stephan Franz (König), Dora Calvo (altes Weib) mimten farblose Schablonen.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Sinfonie-Konzerte im Freien. Die Frage, ob Sinfonie-Konzerte im Garten durchgeführt werden können, ohne daß der Kunstwert dieser Musik beeinträchtigt wird, führte in der Prüfung unserer Gemeindevertretung zu einer lebhaften Aussprache, ohne daß natürlich die Frage entscheidend beantwortet werden konnte. Nunmehr wird die Einwohnerlichkeit von Steglitz Gelegenheit haben, sich über die Frage selbst ein Urteil zu bilden. Das erste der drei auf Kosten der Gemeinde zu veranstaltenden Konzerte findet am Mittwoch, den 11. Juni, abends von 8 1/2 Uhr ab in den prächtigen Anlagen unseres Stadt-parkes statt. Das Orchester wird unter Leitung seines Dirigenten Webersberg Werke von Herold, Brahms, Leoncavallo, Wagner und Liszt zu Gehör bringen. Der Eintrittspreis für Erwachsene und Kinder ist auf 30 Pf. festgelegt. Vorverkauf findet nicht statt. — Günstige Bitterung vorausgesetzt, dürfte sich der eigentliche Konzertgarten des Stadt-parkes als zu klein erweisen. Es bietet sich aber außerhalb des Gartens auf den schönen Wegen in nächster Nähe Gelegenheit, die Musik im Promenieren bei freiem Entree zu genießen, was gewiß für viele Musikfreunde eine willkommene Gelegenheit sein wird. Zwei weitere Sinfoniekonzerte des gleichen Orchesters finden am Freitag, den 4. Juli, und am Freitag, den 15. August, statt.

Rantow.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde der Rassenabschluß der Gemeindefälle von 1913 mitgeteilt. Die Statistikereinigungen belaufen sich auf 11688 M. Für die in vorletzter Sitzung beschlossene Kaiser-Wilhelm-Jubiläumstiftung wurden die Sagenungen festgelegt. Die 800 M. betragenden Hinterträge sollen wärtigen und tätigen Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten zu ihrer beruflichen Ausbildung zugewandt werden. Ein aus dem Gemeindevorsteher, einem Schöffen und zwei Gemeindevorstellern bestehender Stiftungsvorstand soll die Verwaltungsgeschäfte der Stiftung erledigen. Genosse Kable verlangte u. a., daß man in den Vorstand drei Gemeindevorsteher hinzuziehen möge, damit diese und nicht der Gemeindevorstand die Mehrheit bilden. Dem wurde stattgegeben. — Denjenigen Kriegsveteranen, die unter 1500 M. Einkommen haben, sollen in Zukunft die Gemeindefiscern erlassen werden. — Der Ausbau der Elisabethstraße von der Dillges- bis zur Marienstraße wurde genehmigt. — Der im Oktober 1911 gefasste Beschluß über die Heranziehung der Anlieger zu den Kosten des Ausbaues der Viktoria-, Siemens- und Gärtnersstraße hat noch nicht die Zustimmung des Kreisaußschusses gefunden. Er wurde jetzt in etwas veränderter Form nochmals vorgelegt. Die Anlieger der Gärtnersstraße sollen fünf Sechstel der Kosten gleich 65,20 M. für den laufenden Meter Grundstücksfront, die der Siemensstraße vier Sechstel gleich 40,20 M. und die der Viktoriastraße vier Sechstel gleich 89,73 M. erstreiten. Die Anlieger der Viktoriastraße, die durch die neuerschlossene Höhenlage, und die der Siemensstraße, die durch bessere Ausnutzung der bebauten besonders Vorteile haben, sollen etwas höher belastet werden. Die Abrechnung für den Rathausausbau beträgt 905.071 M.; trotzdem für verschiedene Arbeiten schon Radbewilligungen stattgefunden haben, bleiben noch circa 8000 M. Mehrzusgaben. Die Verschönerung des Gemeindevorsteher beim Beginn des Baues, daß das Rathaus keinen Fennig mehr kosten solle, hat sich demnach nicht bewahrheitet. Gemeindevorsteher Teurig tügte verschiedene Mängel, die beim Bau in Erscheinung getreten sind; hoffentlich werden dieselben nicht die Wirkungen haben, wie bei der Gemeindefschule II und beim Gymnasium.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde von den bürgerlichen Vertretern ein Antrag zum Ortsstatut über die Verunstaltung von Straßen und Plätzen genehmigt, nachdem vergeblich versucht worden war, über dasselbe in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Mitgeteilt wurde noch, daß Rantow zwei Kasernen, eine für ein Kraftfahr-bataillon und eine solche für ein Trainbataillon erhalten werde.

Petershagen bei Fredersdorf.

In der Gemeindevertretung wurden zunächst für das laufende Steuerjahr die Höhe der Steuerarten noch einmal festgelegt. Danach werden erhoben: Gemeindesteuerzuschlag 110 Proz., Gewerbesteuer 175 Proz., Betriebssteuer 110 Proz. und als Grundsteuer für die in fortfall gekommene Grund- und Gebäudesteuer 2 Promille.

Für die zu errichtende Leichenhalle wurde beschlossen, bei der Kreisparlamente eine Anleihe von 8500 M. zu machen, die Summe soll mit 4 Proz. verzinst und mit 4 Proz. amortisiert werden. Die Ausführung des Bauwerkes für das Schutur mit Pferde wurde dem Bauunternehmer Lindholz übertragen, hierbei konnte es sich der Schöffe Bredele nicht verkneifen, wiederholt darauf hinzuweisen, daß ein paar Eisenbahnschwellen den Zweck auch erfüllen, natürlich fiel der Herr mit seinen hinterwäldlerischen Ansichten glatt ab. Ein Ersuchen des Landrats, anlässlich des Regierungsjubiläums Wilhelm II. für irgendeine Stiftung oder sonstigen gemeinnützigen Zweck aus Gemeindefiscern einen Betrag zu bewilligen, fand kein Gegenkommen, es ist bloß verwunderlich, daß man sich mit solchem patriotischen Eifer auf die Dürfer wagt.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Die Gemeindevertretung konnte in ihrer letzten Sitzung noch keine endgültige Stellung zum Etat nehmen, weil die Auslegungstexte noch nicht beendet war. Um die Einziehung der Steuern zu ermöglichen, setzte sie nur den Kommunalsteuerausschlag fest und zwar wie bisher auf 125 Proz. Die von der Mehrheit der Finanzkommission aus Konkurrenzrücksichten angestrebte Herabsetzung des Steuerauschlages ließ die Vertretung fallen, weil eine Balanzierung des Etats sonst nicht möglich gewesen wäre. Das war auch der Grund, die bisherige Ordnung über die Aufbringung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer einer Veränderung zu unterziehen. Die Höhe derselben soll in Zukunft nach Bedarf bei Beratung des Voranschlages der Gemeindefiscern festgelegt werden. Die bisher jährlich 6 M. betragende Hundesteuer wurde erhöht auf 15 M. für den ersten Hund und für jeden weiteren auf 30 M. Man hofft, dadurch die Haltung von Hunden einzuschränken. Da das Landratsamt auf eine Anfrage erklärt hatte, daß eine anderweitige Benennung der Gemeinde (insbesondere durch einen Doppelnamen) keine Aussicht auf Genehmigung habe, beschloß die Gemeindevertretung, diesen Antrag fallen zu lassen, sie will jedoch bei der Eisenbahndirektion erwirken, daß der Bahnhof Kohnsdorf in „Kohnsdorf-Fichtenau“ umgeändert wird. Um der Einwohnerlichkeit in bringenden Fällen eine zweckentsprechende ärztliche Hilfe zu gewähren, hat die Gemeindevertretung die Absicht, einen Sauerstoffapparat anzuschaffen; sie beschloß auf Vorschlag des Kommunalarztes, sich den Dräger'schen Pulmotor, der eine künstliche Ein- und Ausatmung erzeugen soll, vorführen zu lassen.

Eine Freiführung der Defensivität. In der „Niederbarnimer Zeitung“ wird bekannt gegeben, daß die Gemeinden Schöneiche, Klein-Schönebeck-Fichtenau und Münchehofe das Regierungsjubiläum des Kaisers durch ein Militärkonzert mit großartiger Illumination und Ball feiern. Das ist eine Freiführung der Defensivität. Die Gemeinde Klein-Schönebeck-Fichtenau hat weder beschlossen, eine derartige Feier zu arrangieren noch sich an solcher zu beteiligen. Die Veranstaltung ist wahrscheinlich nur dem Bedürfnis der Kriegervereine, Regellubs, nationalgefinnter Männer der „Bierabende“ und gesellschaftstüchtiger Spekulanten (von denen erst kürzlich einer im Vertrauen ausplauderte, daß er den großen Patrioten marrieren müsse, um seine Geschäfte zu fördern) entsprungen. Die große Mehrheit der Einwohnerlichkeit steht derartigen hurrapatriotischen Tummeln fern, der letzten Endes auch wieder nur einer Anzahl von Teilnehmern Gelegenheit bieten soll, den Leib gehörig voll Bier zu schlagen. Die Gemeinde hat also mit dieser Veranstaltung nicht das geringste zu tun; anheimend bilden sich aber einige Oberpatrioten immer noch ein, sie seien die Gemeinde.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf. Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Hauptstr. 45.
Neukölln. Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63, neuer Sitzungssaal, 2 Treppen.
Spandau. Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, im alten Rathaus.
Tichendorf. Heute Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Stadtschuldenamt, im Sitzungssaal des Rathauses, Pöhlendorferstr. 6.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gennigsdorf. Am Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, finden in den Lokalen von Kienler und Schmidt die Bezirksabende des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Verschiedenes.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Anträge, denen keine Abnommenbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. J. 79. 3. Döhring'sches Feldartillerieregiment Nr. 79. Osterode. Vorläufige Truppenübungsplatz Hammerstein. — R. 100 J. Wenden Sie sich an die Redaktion „Der Seemann“, Berlin, Engelauer Str. — G. J. 2. Zentrale für Auswanderer, Rantow 9/10. — G. G. 30. 1. Durch Annonce oder Handhändler. 2. Rein. — J. G. 13. Durch die Organisation der Metallarbeiter, Berlin, Minierstr. 33/35. — Vaterskr. Josef Schreyer, 11 Boulevard d'Enghien, Enghien-les-Bains Seine et Oise, France. — R. R. 100. D. ist von christlicher Herkunft — 200 M. 2. Städtische Handelsschulen gibt es nicht. Kaufmännische Fortbildungsschule, Burgstr. 25. Meldungen von 1911 — 2 Uhr. Unterrichtszeit abends. Halbjahreskurse, bei 2 Stunden 10 M., bei 4 Stunden 15 M. wöchentlich. — R. R. 39. 1. Ja, 2. Ja, mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft. — R. 21. 45. Der Vertrag behält seine Wirksamkeit und ist nur nach der vertraglichen Bestimmung zu kündigen. — R. 6. Gestern Sie nicht gegen derartige Schäden versichert sind, ersuchen niemand ersatzpflichtig zu sein. — G. 56. Ohne Einschubnahme in die Angelegenheit, die Sie auf Anfrage hin zum „Münchener Kurier“ übermitteln erhalten haben dürfen, läßt sich Ihre Anfrage nicht beantworten. — G. 2. 41. Für die Zeit bis einschließlich Dezember 1913 hat die noch Feuerpflichtig. Reklameren Sie bei der Kreisbehörde, soweit das Vertriebsjahr Januar bis März 1914 in Frage kommt. — 20. Neukölln. Ihre Ehefrau kann zur Hälfte verurteilt werden. Ist der Beitrag nicht beizubringen, so haften Sie als Ehemann, sofern Sie nicht durch Ehevertrag das Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht ausgeschlossen haben. — R. P. 11. 1. Rufen Sie den Landgericht direkt Mitteilung. 2. Sofern es sich um Ihren Prozeß handelt, können Sie beim Gericht Mitteilung einer Abschrift beantragen. — R. 25. 1. und 2. Rein. — R. W. Treptow. Ja, jedoch muß, sofern die Unterrichtsstunden in die übliche Schulzeit fallen, der Schulverwaltung Mitteilung gemacht werden. — R. J. 7. Verjährung ist nicht eingetreten. Anspruch auf Zinsen für die Zeit bis 18. Dezember 1912 hat die Gläubigerin nur dann, wenn Zinsen bei Übergabe des Darlehens vereinbart sind. — R. R. 10. 1. und 2. Privatgerichtliche Schuldenrückgabe genügt. — G. R. 2. Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. Falls dies nicht möglich, wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie den Todestag der Verstorbenen, die Anzahl und das Alter der Familienangehörigen an. — R. 36. 1. Rein, 2. Rein, Sie können die Rückgabe fordern, eventuell Klagen. 3. Objektlos, jedoch kann das Bemühen der Straßbahn Handlung gemeint werden. — G. W. Rein.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Bezirksbureau

Wasserstand		am		am		Wasserstand		am		am	
	8. 6.	7. 6.		8. 6.	7. 6.						
	cm	cm		cm	cm						
Remel, Mühl	147	-8	Scale, Großh.	106	-12						
Regel, Unterburg	81	-4	Sabel, Spandau	24	-2						
Reichel, Thorn	133	-3	Reichel, Rantow	7	+1						
Ober, Rantow	210	+17	Spree, Spremberg	74	0						
• Krossen	109	-3	• Besen	79	-1						
• Frankfurt	115	-3	• Besen, Rantow	198	-30						
• Bärde, Schimm	86	+2	• Besen, Rantow	318	-40						
• Landsberg	20	-2	• Rhein, Mühlhau	471	-1						
• Rebe, Borsdam	-13	-3	• Rhein, Rantow	253	+1						
• Elbe, Leimnitz	-17	-17	• Rhein, Rantow	258	+11						
• Dresden	-120	+6	• Rhein, Rantow	76	-16						
• Rantow	78	0	• Rhein, Rantow	176	-1						
• Magdeburg	74	+5	• Rhein, Rantow	60	-1						

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unteregel. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.